



DAS WIR ENTSCHEIDET.

**DAS REGIERUNGSPROGRAMM
2013 – 2017**



BÜRGER/INNEN-PROJEKTE IM REGIERUNGSPROGRAMM

Der SPD Bürger-Dialog ist das größte Projekt zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Geschichte der SPD!

Auf bundesweit mehr als 350 Veranstaltungen haben wir Menschen gefragt:

„Was muss in Deutschland besser werden?“

Zehntausende ausgefüllte Dialog-Karten haben die SPD seit September 2012 erreicht: Insgesamt über 40.000 Vorschläge, Anregungen, Ideen, Kritik zu den verschiedensten Politikbereichen – vom Schutz vor Altersarmut über die Gesundheitsversorgung, bessere Schulen und Hochschulen, faire Löhne, Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen bis zur schärferen Regulierung des Banken- und Finanzmarktes.

Die interessantesten Anregungen wurden ausgewählt, die Absenderinnen und Absender eingeladen zum großen SPD-Bürgerkonvent. Mehrere Hundert haben diskutiert. Gemeinsam haben sie aus den Ideen konkrete Projekte und Vorschläge erarbeitet. Und damit unmittelbar am Regierungsprogramm der SPD mitgeschrieben.

Ein Regierungsprogramm neuen Typs, transparent und im intensiven Dialog ist entstanden – mit „klassisch“ erarbeiteten Programmpunkten UND den Projekten der Bürgerinnen und Bürger. Die Projekte der Bürgerinnen und Bürger sind entsprechend hervorgehoben.

INHALT

	Vorbemerkung	4
I.	 Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land	6
II.	 Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen	13
II.1	Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum	13
II.2	Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft	17
II.3	Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa	24
II.4	Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern	26
II.5	Sichere und bezahlbare Energie – Die Energiewende zum Erfolg führen	35
III.	 Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft	42
III.1	Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung	42
III.2	Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen	49
III.3	Familien gehen vor	52
III.4	Jugendpolitik	55
III.5	Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik	58
III.6	Kultur-, Medien- und Netzpolitik	60
IV.	 Für eine gerechte Steuerpolitik	66
V.	 Soziale Sicherheit und Vorsorge	72
V.1	Gesundheit und Pflege	72
V.2	Gute Arbeit, gute Rente	79
V.3	Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen	82
VI.	 Gute Nachbarschaft	84
VI.1	Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen	84
VI.2	Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung	85
VI.3	Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen	86
VI.4	Ländliche Räume	88
VII.	 Umwelt und Verbraucherschutz	91
VII.1	Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik	91
VII.2	Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken	93
VIII.	 Demokratie leben	96
VIII.1	Demokratie als Gesellschaftsprinzip	96
VIII.2	Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken	97
VIII.3	Für Freiheit in Sicherheit	99
IX.	 Für ein besseres Europa	103
X.	 Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige	108
XI.	 Deutschland besser regieren!	118

VORBEMERKUNG

Dieses SPD-Regierungsprogramm 2013 steht in einer Reihe und zugleich großen Tradition von Programmen unserer Partei. Mit unseren Regierungsprogrammen haben wir immer wieder den Nachweis von Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit geliefert. Vor allem aber haben wir stets bewiesen, dass wir – programmatisch gerüstet und geschlossen – die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse für die Menschen in unserem Land nachhaltig verändern wollen.

Gerade im Vorfeld von Wahlen ist es unerlässlich, dass sich die SPD ganz konkret darüber im Klaren ist, was politisch zu tun ist, wenn es die Verhältnisse im Lande, um uns herum in Europa und in der Welt erfordern. Auf der Höhe der Zeit zu sein, bedeutet zuerst, dass wir uns daran erinnern: Die Kraft der Erneuerung hat in der SPD eine Tradition, die Gründungsgedanke und Gegenwartsaufgabe zugleich ist. Wir haben unser Land zum Besseren verändert und wollen dies weiter tun.

In diesem Jahr fällt die Bundestagswahl mit unserem historischen Jubiläum zusammen: Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Damit sind wir die älteste demokratische Partei Deutschlands und die traditionsreichste sozialdemokratische Partei der Welt. Seit ihrer Gründung 1863 kämpfen Millionen unserer Mitglieder für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie treten ein für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt.

Wir wissen: Die Frage von sozialer Gerechtigkeit und gleichen Rechten ist heute und in Zukunft genauso aktuell wie immer wieder in den vergangenen 150 Jahren. Ohne die SPD sähe unser Land anders und ärmer aus, gäbe es keinen Acht-Stunden-Tag, keine Arbeitnehmerrechte, keine Arbeitsschutzgesetzgebung und keine Sozialstaatlichkeit in unserer Verfassung. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt daher eine Daueraufgabe.

Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Nazis vor 80 Jahren durch die SPD ist bis heute ein beispielloser Ausweis für unsere demokratische Grundhaltung und Überzeugung.

Dafür wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder in der deutschen Geschichte verfolgt, unterdrückt, interniert, gedemütigt und getötet. Sich daran immer wieder zu erinnern, macht uns demütig, stolz, aber eben auch selbstbewusst.

Zu dieser großen sozialdemokratischen Geschichte gehört auch die Gründung der SDP oder Ost-SPD im Oktober 1989, mit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Beitrag zur friedlichen Revolution in Deutschland geleistet haben. Wir leben Demokratie und werden dies weiter tun.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit dem 19. Jahrhundert für die Gleichstellung von Frauen und Männern, in diese Tradition gehören die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1919, die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz 1949 und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau in den 1970er Jahren. Sie kämpfen seit Jahren für gleichen Lohn für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen von Staat, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieser Einsatz ist für uns aber keine Frage von Kalkül und Wahlkämpfen, sondern von Haltung und Grundüberzeugungen. Mut und Entschlossenheit zeichnen sozialdemokratische Bundeskanzler aus. Dazu gehört die visionäre Ostpolitik Willy Brandts genauso wie das weltwirtschaftliche Krisenmanagement Helmut Schmidts, die Überwindung des Reformstaus durch die rot-grüne Bundesregierung, das Nein Gerhard Schröders zum Irak-Krieg und das erfolgreiche Krisenmanagement in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Jahr unseres 150jährigen Bestehens blicken wir selbstbewusst und zuversichtlich nach vorn. Wir wollen und werden weiter als die starke politische Kraft für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland und in Europa kämpfen. Wir wissen um die gewaltigen globalen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten. Doch wir wissen genauso um die Interessen, Nöte, Sorgen und Leidenchaften von Millionen Menschen in Deutschland, die Hoffnung und Vertrauen in eine starke Sozialdemokratie setzen. Diesen Menschen fühlen wir uns zuallererst verpflichtet. Für sie wollen wir Politik machen – mit dem „Blick von unten“ und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit. Gemeinsam mit traditionellen, aber auch mit neuen Bündnispartnern wollen wir ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes schreiben.

**Diese Kraft der Erneuerung bleibt Kern unserer Politik:
Wir wollen eine bessere Zukunft für alle Menschen und für unser Land,
in Europa und in der Welt.**

I. DEUTSCHLAND BESSER UND GERECHTER REGIEREN: FÜR EIN NEUES SOZIALES GLEICHGEWICHT IN UNSEREM LAND

Wir wollen und werden besser und gerechter regieren. Wahlversprechen werden heute skeptischer denn je betrachtet. Zu häufig wurde von Parteien und Regierungen vor Wahlen zu viel versprochen und nach der Wahl zu wenig gehalten. In einer Welt, die sich ständig wandelt, fällt es zudem immer schwerer, Gewissheiten zu verkünden und Garantien abzugeben.

Für den Fall unserer Regierungsübernahme bei der Bundestagswahl 2013 wollen wir deshalb in diesem Regierungsprogramm keine unrealistischen Wahlversprechen vorstellen, sondern vor allem unsere Idee von einem neuen Miteinander in unserem Land und vom Zusammenleben in Europa und in der Welt.

Deutschland ist ein starkes Land. Wir können und wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland soll aber auch ein Land sein, in dem alle am Erfolg teilhaben. Die Politik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Einzelinteressen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen endlich wieder die Bürgerinnen und Bürger sein.

Wir versprechen, dass wir dieses neue Miteinander und das Gemeinwohl in allen vor uns liegenden Herausforderungen unseres Landes wieder zur Leitlinie unseres Handelns machen werden. Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versprechen nicht allen alles, aber was wir versprechen, werden wir halten.

Unsere Idee von einem neuen Miteinander.

Wir wollen mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft: Junge und Ältere, Frauen und Männer, Deutsche und Nicht-Deutsche, Gesunde und Kranke, Menschen mit und ohne Behinderung. Wir alle gehören zusammen. Wir alle sind Deutschland. Und wir alle gehören zu Europa, dem einzigen Kontinent, der die individuelle Freiheit jedes Einzelnen mit der Verantwortung und Solidarität aller Menschen füreinander verbindet.

Die SPD steht für Gerechtigkeit auch über Generationen hinaus: Wir orientieren unsere Politik daran, sowohl heutigen als auch kommenden Generationen eine angemessene Lebensgrundlage zu ermöglichen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert beinhaltet deswegen qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten.

Deutschland steht trotz der Krise gut da. Die Menschen in unserem Land haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht.

Auch die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern haben sich verbessert. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung können Ost- und Westdeutsche stolz sein auf das bisher Erreichte. Aber noch gibt es schmerzliche ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen Ost und West, die wir durch eine solidarische Politik überwinden wollen.

Die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sind von der SPD-geführten Bundesregierung mit Gerhard Schröder gelegt worden: Statt wie andere europäische Länder nur auf die Finanzmärkte und neuen Dienstleistungen der so genannten „new economy“ zu setzen, stärkte der SPD-Kanzler Gerhard Schröder auch das produzierende Gewerbe, Industrie und Handwerk.

Während andere Staaten aufgrund ihrer Deindustrialisierung heute enormen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüberstehen, wuchs mit dieser von der SPD vorangetriebenen aktiven Industriepolitik Deutschland zu einer modernen und zugleich einer der erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas und der Welt. Dazu trug auch die vor zehn Jahren begonnene Reformpolitik der SPD-geführten Bundesregierung bei. Diese Reformpolitik der „Agenda 2010“ erhöhte die Investitionen in Forschung und Innovation, beschleunigte den Ausbau der Erneuerbaren Energien und holte hunderttausende Menschen vom Abstellgleis der Sozialhilfe und bezog sie erstmals ein in die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Den in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und ist notwendig, um das Vertrauen in die Arbeitsmarktpolitik sicherzustellen. Denn Menschen unabhängig von Transfers zu machen und Zugänge zu guter, sicherer und sozialversicherter Arbeit zu schaffen, bleibt das Ziel unserer Politik.

Verbunden mit Investitionen in die frühe Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und dem Start des ersten bundesweiten Ganztagschulprogramms, haben wir vor zehn Jahren mit dieser Reformpolitik den Paradigmenwechsel zu einem vorsorgenden Sozialstaat eingeleitet. Sozialstaat, Sozialpartnerschaft und aktive Wirtschaftspolitik haben sich in der Krise der Finanzmärkte als Garanten von Stabilität und Erfolg erwiesen.

Als die Konjunktur 2008 und 2009 einbrach, haben wir mit gezielten Investitionsprogrammen in den Kommunen und für die Autoindustrie den Wachstumsmotor neu in Gang gesetzt. Kurzarbeit hat Massenentlassungen verhindert und eine Beschäftigungsbrücke zum Aufschwung gebaut, der ab dem Sommer 2009 einsetzte. Das Ergebnis ist eindeutig: Die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1998 bis 2009 hat Deutschland zu einem starken Land mit großen Potenzialen gemacht.

Daraus erwächst Verantwortung. In Europa, aber auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade aus der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes heraus ist es möglich,

die Voraussetzungen für eine bessere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen: Für ein neues Miteinander, mehr Chancengleichheit und ein neues soziales Gleichgewicht.

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat diese Chance nicht genutzt. Im Gegenteil: Das Risiko, arm zu werden, nicht mehr am Leben in der Gesellschaft teilnehmen zu können, ist in den vergangenen vier Jahren größer geworden für viele Menschen, die weniger qualifiziert sind, länger arbeitslos oder in unsicherer und niedrig bezahlter Arbeit beschäftigt sind, für Alleinerziehende, für Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt oder behindert sind oder bereits in armen Familien aufwachsen. Benachteiligungen bei Gesundheit, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung sind nicht überwunden.

Wir werden die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen – und nicht die Interessen anonymer Finanzmärkte. Deshalb haben wir als erste Partei in Deutschland in einem breit angelegten Bürgerdialog die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden muss. Die Antworten und Projekte aus diesem Bürgerdialog sind in dieses Regierungsprogramm eingeflossen. Aus unserem Bürgerdialog wissen wir, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem Fragen der sozialen Sicherung, der guten Arbeit, der Situation von Familien, eines gerechten Finanzsystems und der sozialen Gerechtigkeit interessieren. Wir wollen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Eine moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder Einzelne Freiheit leben kann. Eine Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen zur persönlichen Entfaltung und für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Das gilt mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands für die Bürgerinnen und Bürger im Osten wie im Westen unseres Landes.

Das gilt 95 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts und 64 Jahre nach Inkrafttreten des Artikels 3 des Grundgesetzes für Frauen wie für Männer. Und das gilt 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland für Menschen aller Schichten, Berufe und unabhängig von ihrer Herkunftsgeschichte. Die Voraussetzungen dafür kann nur eine starke und solidarische Gemeinschaft schaffen. Eine Gesellschaft, die weiß, dass die Chancen jeder und jedes Einzelnen auch immer vom Fortkommen aller anderen abhängen. Und von einer Politik des Gemeinwohls, nicht einer des Egoismus und der Lobby- und der Sonderinteressen.

In den vergangenen 20 Jahren wurde den „Märkten“ viel Raum gegeben, sie sollten die Regeln unseres Zusammenlebens prägen. Das Wettbewerbsprinzip der Wirtschaft wurde genauso auf Staaten und Regionen wie auf das Verhältnis der Menschen untereinander übertragen. Konkurrenz war angeblich die einzige Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung. Wer nicht mithalten konnte, wurde an den Rand gedrängt. Demokratisches Engagement, soziale, ökologische und wirtschaftliche Regeln galten als Hindernis in diesem Wettbewerb, wurden zu unnützen Kostentreibern erklärt, die es zu minimieren oder am besten ganz abzuschaffen galt. Die Erfolgsgeschichte der sozialen Regelsetzung für die Marktwirtschaft wurde zu einem unzeitgemäßen Hindernis im globalen Wettbewerb erklärt.

Das Ende ist bekannt. Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wissen wir: Diese Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene Marktgesellschaft. In ihr zählt, was schnell Geld bringt. Und in ihr hat Chancen, wer über ausreichend Geld verfügt. Volkswirtschaften, die nicht mithalten konnten, versuchten, sich Wohlstand über Schulden zu erkaufen. Nachhaltigkeit, langfristige Investitionen, Verantwortung und Vorsorge für die Zukunft zählten immer weniger. Bildung, Gesundheit, Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wurden nicht mehr für alle garantiert, sondern sie wurden zum Marktprodukt, das man sich kaufen und leisten können muss.

Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum – die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gleiche erleben wir in Europa.

Demgegenüber strebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gesellschaft an, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland sind ihre Ziele weder erreicht noch überlebt. Das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bleibt eine dauernde Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt. Heute heißt das, wieder für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land und in Europa zu sorgen. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und ein soziales Europa schaffen.

Ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland.

Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwesens sind unfair verteilt: Menschen mit normalem Einkommen tragen immer mehr, Kapital- und Vermögenseinkünfte und sehr große Einkommen immer weniger. Und nicht zuletzt: Heimat geht verloren, weil Städte und Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und soziale Angebote geschlossen, Stadtteile und Infrastruktur vernachlässigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.

Das alles muss sich wieder ändern. Deutschland ist nicht wirtschaftlich stark und erfolgreich geworden, weil die Ungleichheit wuchs, sondern weil die Idee der Sozialen Marktwirtschaft alle Menschen teilhaben lassen wollte am wachsenden Wohlstand unseres Landes. Wir wollen deshalb die Sozialpartnerschaft und ihre Institutionen stärken. Wir wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen erreichen. Dazu tragen zuerst gerechte Löhne bei, aber auch eine Politik, die öffentliche Aufgaben gerecht finanziert. Wir wollen dafür sorgen, dass gute Ausbildung und gute Arbeit wieder guten Lohn und sichere Arbeit zur Folge haben. Und dass endlich Frauen

und Männer in Deutschland für gleiche und gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen und die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Unterstützung bei Pflege in unserem Land zur Normalität wird. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse im Osten wie im Westen Deutschlands erreichen. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und kulturell lebendig bleiben und Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Wir wollen die Chance des Alters nutzen und die Herausforderung durch eine moderne und gerechte Politik meistern. Wir wollen, dass Menschen in Deutschland keine Angst mehr vor Armut im Alter haben müssen. Und wir werden dafür sorgen, dass Gesundheit und Pflege wieder Kernaufgabe unseres Sozialstaates werden und nicht die Privatisierung dieser Aufgaben immer mehr zur Zwei- oder Dreiklassen-Gesellschaft führt.

Wir wollen mehr als vier Jahre regieren, denn es wird Zeit brauchen, um alle Maßnahmen für eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft und mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg zu bringen und ihre nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Deshalb beschreiben wir in diesem Programm Projekte, die wir in den nächsten vier Jahren umsetzen wollen, ebenso wie solche, die nur mittelfristig zu erreichen sind und machen dies durch die jeweiligen Formulierungen deutlich. Denn die einzelnen Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, wollen wir Steuermittel verantwortungsvoll einsetzen, konjunkturelle Mehreinnahmen für den Schuldenabbau nutzen sowie die Einnahmen der öffentlichen Hand grundsätzlich verbessern.

Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.

Wir wissen: Vor uns stehen stürmische Zeiten. Die europäische Krise macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung hat alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen. In der Folge bricht das Wirtschaftswachstum Europas ein. Statt sinkender Schulden, explodieren die Staatsschulden Europas ebenso wie die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Europas. Als Exportland, dessen Arbeitsplätze davon abhängen, dass vor allem in den anderen Ländern Europas deutsche Produkte gekauft werden, spürt unser Land die Folgen dieser immer größer werdenden europäischen Wirtschaftskrise. Sinkende Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft und eine nachlassende Innovationstätigkeit, vor allem des deutschen Mittelstandes auf den Feldern Forschung und Entwicklung, bedrohen zunehmend die Arbeitsplätze und damit den Wohlstand unseres Landes.

Der drohende Fachkräftemangel und die Folgen der durch CDU/CSU und FDP völlig fehlgeschlagenen Energiepolitik gefährden zusätzlich die Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Weg zu soliden Staatsfinanzen begleiten durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze. Vor allem die Bekämpfung der dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit muss dabei im Mittelpunkt europäischer Politik stehen. Deshalb unterstützen wir das europäische Projekt der Jugendgarantie. Die finanziellen Mittel für die Rückkehr zu einer wachstumsorientierten

Wirtschaftspolitik dürfen dabei allerdings nicht durch neue Schulden aufgebracht werden, sondern durch die gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf diesen Finanzmärkten sind es gewesen, die zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Nicht zuletzt deshalb muss der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen.

So wichtig und bedeutend der Dienstleistungssektor in unserem Land auch geworden ist: Deutschland muss auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben. Deutschland steht heute so erfolgreich da, weil insbesondere die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder den Industriestandort Deutschland verteidigt und ausgebaut hat. Nach wie vor ist der Wohlstand unseres Landes abhängig von unserer Innovationsfähigkeit und der industriellen Produktion. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch die Erneuerung der Infrastruktur, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken.

Unseren besonderen Schwerpunkt wird dabei die Mittelstandsförderung bilden. Die Verbindung zwischen vielen hochinnovativen und flexiblen mittelständischen Unternehmen mit großen und erfolgreichen Industriebetrieben und einer exzellenten Bildungs- und Wissenschaftsstruktur macht den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes aus. Wir wollen durch bessere Abschreibungsbedingungen, steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung und eine gute Kreditversorgung diese Struktur auch in den kommenden Jahren erhalten und stärken.

Wir leben heute in einer radikal veränderten Welt. Deshalb wollen wir die Demokratie stärken und das Vertrauen daraus zurückgewinnen, dass demokratisches Engagement und demokratische Politik unser Zusammenleben besser und gerechter machen können. Deshalb sind vor allem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefordert, auf neuen Wegen, die sozial und ökologisch ausgerichtet sind, unser historisches Projekt der Emanzipation neu zu begründen und zu verwirklichen. Das ist heute die Leitidee der Nachhaltigkeit, die heutiges Handeln mit der sozialen und ökologischen Erneuerung unserer Wirtschaft und Gesellschaft verbindet.

Wir leben in einer Zeit, in der alte Konflikte aufbrechen und sich neue große Herausforderungen stellen: Wir haben es mit gewaltigen ökologischen Herausforderungen zu tun; die zusammenwachsende Welt darf nicht zu einer Welt der sozialen Ausgrenzung werden; die gewaltigen technischen und ökonomischen Möglichkeiten müssen für eine „Green Economy“ genutzt werden; die Digitalisierung der Welt wollen wir für mehr internationale Verständigung und Solidarität einsetzen.

Es ist eine Zeit großer Möglichkeiten. Dafür setzen wir erneut auf die große Idee der sozialen Emanzipation. Mehr Demokratie, Teilhabe und gemeinsame Verantwortung können verwirklicht werden. Das ist seit 150 Jahren die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie. Und sie ist es auch heute. Sie wird auch von uns vertreten, um mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand möglich zu machen – nachhaltig und damit für alle.

Die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

Zwischen 2009 und 2013 haben CDU/CSU und FDP trotz höchster Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen noch einmal 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Die Zahlungsverpflichtungen für die Euro-Rettung sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Diese Politik wachsender Neuverschuldung, selbst in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, war unverantwortlich und wird von uns nicht fortgesetzt werden. Wir stehen zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.

Denn in unserem Land gibt es eine neue soziale Frage: Wie kommen wir wieder zu einer fairen Verteilung der Lasten für unser Gemeinwohl? Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen arm und reich so groß wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgeben wie heute.

Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.

Wir wissen: Niemand freut sich über Steuererhöhungen, auch die nicht, die sie finanziell leicht verkraften können.

Wir sind aber auch sicher: Viele der von diesen Steuererhöhungen betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit hohem Einkommen oder großem Kapital- und Vermögensbesitz werden diese akzeptieren, wenn sie sicher sein können, dass die dadurch erzielten Einnahmen auch tatsächlich nur und ausschließlich für die Senkung der Verschuldung und für Investitionen in Bildung und Infrastruktur genutzt werden.

Wir werden deshalb nachweisen, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen durch die genannten Steuererhöhungen sind und dass wir sie für den Abbau der Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur nutzen.

Das ist unser Weg, um Deutschland zu erneuern. Wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.

II. FINANZKAPITALISMUS BÄNDIGEN – WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND STÄRKEN – GUTE ARBEIT SCHAFFEN

II.1 MÄRKTE BRAUCHEN REGELN – FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM

Das Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Die Ideologie von Konservativen und Neoliberalen, die Märkte sorgten schon selbst für das Gemeinwohl und die Steigerung des Wohlstands, ist spätestens unter den Trümmern der weltweiten Finanzkatastrophe begraben worden.

Statt nach marktwirtschaftlichem Prinzip Risiko und Haftung in einer Hand zu lassen, hat der Marktradikalismus Gewinne privatisiert und Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet. Er hat seine eigenen Grundlagen zerstört und weltweit Billionen von Schulden hinterlassen. Sie bedrohen heute noch immer die Weltwirtschaft und müssen mühsam und mit schweren Belastungen für viele Menschen abgebaut werden. Nichts wirkt dabei verheerender auf die öffentliche Moral als die Tatsache, dass die Verursacher der gigantischen Schuldenberge bis heute kaum zu deren Beseitigung beitragen müssen. Konservative und liberale Regierungen wie in Deutschland schützen lieber Banken und Finanzjongleure, als die Menschen vor deren rücksichtslosen Spekulationen.

Wir wissen: Märkte – vor allem Finanzmärkte – brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass die Demokratien der Welt von Banken und Börsen erpressbar gemacht werden. Eine Neubegründete Soziale Marktwirtschaft kann wieder zum weltweit erfolgreichen Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit werden. Allerdings werden wir dafür mehr als rein nationalstaatliche Mittel brauchen. Die internationale Zusammenarbeit, allem voran die europäische Zusammenarbeit, ist dafür die zwingende Voraussetzung.

Für uns gilt: **Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein.** Unser Grundsatz lautet dabei: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein.

Europa muss Vorreiter einer neuen Marktordnung werden, mit der wir die Finanzmärkte bändigen. Neben einer umfassenden Finanzmarktregulierung brauchen wir eine stärkere Demokratisierung Europas: Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt auch für die Eurozone. Wir benötigen politische Mechanismen und Institutionen, die sozialen Ausgleich, eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum in der EU gewährleisten.

Unsere Maßnahmen für die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 muss zu einem modernen Stabilitäts- und Wohlstands-gesetz 2020 weiterentwickelt werden. Vier Dimensionen der Nachhaltigkeit bestimmen unser Verständnis von einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft:

- Staatliche Nachhaltigkeit: Ein Abbau der öffentlichen Schuldenlast ist unausweichlich. Er darf aber nicht zu Lasten der öffentlichen Zukunftsaufgaben erfolgen.
- Wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Wohlstand und der Erfolg unserer Wirtschaft bemessen sich für uns nicht allein am Bruttosozialprodukt, sondern auch an einem hohen Beschäftigungsstand und einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz.
- Soziale Nachhaltigkeit: Sie zeigt sich vor allem in der Bekämpfung von Armut, in einer gerechten Einkommensverteilung, Bewertung und Entlohnung von Arbeit und in besseren Bildungschancen.
- Ökologische Nachhaltigkeit: Es gilt, Wachstum und Ressourcenverbrauch absolut zu entkoppeln, die Treibhausgasemissionen zu senken und Ressourcen produktiver zu nutzen.

Dazu gehören auch eine Reform des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ein Jahreswohlstandsbericht und die stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik.

Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren.

Dazu fordern wir

- eine wirksame **Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme**,
- ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni, ebenso wie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen.

Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung.

Im Aktiengesetz muss festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionärinnen und Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind.

Im Bereich der **Unternehmensmitbestimmung** muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.

Die **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen.

Wir setzen uns für eine Förderung des **Genossenschaftswesens** ein. Genossenschaften haben sich gerade in Zeiten großer struktureller wirtschaftlicher Veränderungen als innovative und stabile Unternehmensformen erwiesen. Nicht ohne Grund sind etwa in der Finanzkrise die Genossenschaftsbanken Volks- und Raiffeisenbanken im Vergleich zu Instituten anderer Rechtsformen am besten durch die Krise gekommen.

Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen beispielsweise aus dem demografischen Wandel und beim Wohnungsbau können mit Hilfe von Genossenschaften erleichtert werden. Auch bei der Regelung der Unternehmensnachfolge bietet das Genossenschaftsmodell eine Alternative. Wir wollen deshalb das Genossenschaftsrecht weiterentwickeln, um die Attraktivität des Genossenschaftswesens zu steigern und die Gründung von neuen Genossenschaften zu erleichtern, auch durch Erleichterungen für Kleinstgenossenschaften.

Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.

Wir brauchen eine wirkungsvollere Wettbewerbs- und Kartellpolitik mit Augenmaß.

Das Wettbewerbs- und Kartellrecht dient dazu, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren. Wir werden bei Zusammenschlüssen von Unternehmen die Interessen der Verbraucher wahren. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht ist aber kein Wert an sich und muss mit anderen Interessen abgestimmt werden, etwa im Gesundheitsbereich.

Die **Verbraucherinnen und Verbraucher** sollen sich als Patientinnen und Patienten, bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften oder beim Bestellen und Einkaufen sicher und auf Augenhöhe der Unternehmen bewegen können. Unsere Verbraucherpolitik ist zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt faire Marktbedingungen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, nachhaltigen Konsum und einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Insofern brauchen wir mehr **Markttransparenz** für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Zugänge zu Informationen müssen erleichtert werden. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten und Dienstleistungen, schnell vergleichbare Informationen, wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln. Unternehmen sollen die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellung offenlegen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher informiert auswählen und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln belohnen. Im Gegenzug wird deutlich, wo Dumpinglöhne und repressive Marktpraktiken vorherrschen. Wir werden die **Verbraucherforschung** ausbauen, um der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung zu tragen.

Unsere Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte.

Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen – in einem ersten Schritt im Rahmen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der EU. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten.

Unser Ziel: Keine Bank darf ganze Staaten mit in den Strudel ziehen. Durch strengere Eigenkapitalvorschriften muss die Krisenfestigkeit von Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstituten gestärkt werden. Banken, die als systemrelevant gelten, sollen mit deutlich mehr Eigenkapital für Verluste vorsorgen. Das international vereinbarte Baseler Regelwerk für die Eigenkapitalausstattung muss deswegen umgesetzt und, wo nötig, ergänzt werden, z. B. durch flexible Obergrenzen für die Beleihung von Immobilien. Dabei beachten wir die besonderen Bedingungen des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektors, z.B. bei Sparkassen und Volksbanken.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Keine Sozialisierung von Verlusten und Kosten bei Privatisierung von Gewinnen.“



Unser Ziel: Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften. Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselschaft der Banken und Spekulanten genommen werden. Je größer eine Bank ist, desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir wollen eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels und eine klare **Trennung von Investment- und Geschäftsbanken**. **Dann liegt die Haftung für Risiken dort, wo auch die Gewinne aus den Risiken erzielt werden. Und fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt. Wir wollen, dass die Substanz des Bankgeschäftes stabiler, hochriskante Spekulation eingedämmt wird und der mögliche Schaden nicht mehr auf die Gesellschaft übertragen werden kann.**

Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des so genannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Auf Grund der wachsenden Risiken im Schattenbankensektor für die Stabilität des gesamten Finanzsystems müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen, müssen Offshore-Finanzplätze, die durch niedrige Steuern, Intransparenz und eine minimale Finanzmarktregulierung gekennzeichnet sind, bekämpft werden.

Wir wollen schädliche Finanzprodukte verbieten und den Verbraucherschutz stärken. Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Derivate müssen künftig grundsätzlich auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen. Auch Verbraucherschutzorganisationen kommt eine wichtige Rolle als Marktwächterinnen zu, wenn sie den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Wir wollen den Hochfrequenzhandel einschränken, um unkontrollierte Börseneinbrüche künftig zu verhindern. Mehr und mehr wird der Börsenhandel von Hochleistungs-

computern dominiert, die in Sekundenbruchteilen eine unkontrollierbare Menge von Transaktionen durchführen. Wir wollen diesen automatisierten Spekulationsmechanismus durch Mindesthaltedfristen entschleunigen und mit den Algorithmen auch direkt die Hochfrequenz-Händler streng überwachen.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir unterbinden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben.

II.2 GUTE ARBEIT IN EINER MODERNEN GESELLSCHAFT

Unser Ziel ist Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit muss wiederhergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. Der Einstieg in einen gesicherten Beruf muss für alle ebenso möglich sein wie existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit und für möglichst viele auch der Aufstieg im Beruf.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Der erzwungene Ausschluss von Erwerbsarbeit bedeutet deshalb Ausschluss von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Verantwortliche Politik im Interesse der Menschen darf sich daher niemals mit verbreiteter Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit abfinden. Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik müssen auf das **Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit** ausgerichtet sein. Auch die Unternehmen müssen ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden.

Arbeit ist und bleibt die Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Menschen, die den Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, verdienen Anerkennung und Belohnung. Wir treten der zunehmenden Entwertung der Arbeit entgegen. Wir brauchen starke Gewerkschaften und bekennen uns zur Tarifautonomie. Wir werden das **Normalarbeitsverhältnis stärken** und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Mehr Wertschätzung durch bessere Entlohnung bei Arbeitnehmern im sozialen Bereich (personenbezogene Dienstleistungen)“



Qualifizierte Beschäftigte, gute Produkte und Produktionsverfahren sind wesentliche Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das geht nicht mit Billiglohnstrategien. Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert ebenso eine deutlich stärkere gesellschaftliche **Anerkennung und Förderung der Dienstleistungen am Menschen**, beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Alten- und Krankenpflege. Dazu gehört auch, die bestehende Benachteiligung bei der Ausbildung zu überwinden.

Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt müssen für Fortschritte in der **Qualität der Arbeitsbedingungen** genutzt werden. Wir wollen, dass die Beschäftigten Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können.

Die Arbeitswelt wandelt sich durch die **Digitalisierung** grundlegend. Digitale Technologien können neue Freiheitsräume im Arbeitsalltag der Beschäftigten schaffen, beispielsweise mit Blick auf orts- und zeitflexible Arbeit. Ob Erwerbstätige diese auch tatsächlich zu ihrem eigenen Nutzen realisieren können und nicht neue Formen der (Selbst-)Ausbeutung entstehen, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz den neuen Herausforderungen anpassen, so dass Flexibilität ermöglicht und zugleich Schutz für neue Arbeitsformen geschaffen wird. Unser Bildungssystem muss jeden in die Lage versetzen, die Aufstiegschancen der Digitalisierung für sich zu nutzen.

Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung stellen besondere Herausforderungen an **alters- und altersgerechtes Arbeiten** in der Zukunft. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potenzial darstellen. Der demographische Wandel löst die Arbeitsmarktprobleme nicht von alleine. Ohne deutlich erhöhte Investitionen in die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen besteht die Gefahr eines Fachkräftemangels bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit von geringqualifizierten Menschen.

Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne ermöglichen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist tief gespalten. Der Niedriglohnsektor ist deutlich gewachsen, prekäre Beschäftigungsformen, insbesondere sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, haben zugenommen. Die vordergründig gute Arbeitsmarktentwicklung kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langzeitarbeitslose und Ältere weiter deutlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Spaltung des Arbeitsmarktes verläuft insbesondere auch zwischen Männern und Frauen. Während die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt – häufig ist die tatsächliche Arbeitszeit **von Frauen** niedriger oder **von Männern** höher als die gewünschte. Bei steigender Frauenerwerbsquote geht das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zurück. Gleichzeitig sind 67 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten Frauen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt 22 Prozent, und beruflicher Aufstieg gilt immer noch als Männersache, während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Frauensache gilt. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht existenzsichernd und sie führt geradewegs in die Altersarmut.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben über Jahre Reallohnverluste hinnehmen müssen. Über viele Jahre hat in unserem Land ein Lohnsenkungswettkampf statt-

gefunden. Dies ist das Ergebnis des Irrglaubens, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, wenn sich die Arbeitsbedingungen der Menschen verschlechtern. Rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Niedriglohnbereich. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird. **Nach Jahren der Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf die gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg. Deutliche Lohnsteigerungen und die Stärkung der Binnennachfrage sind im gesamtwirtschaftlichen Interesse.**

Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse. Diesen Trend wollen wir umkehren. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Einführung eines gesetzlich geregelten Mindestlohnes.“



Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden **Mindestlohn** in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom BMAS eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird. Den Mindestlohn werden wir mit klaren Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung verbinden. Wir werden den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen ausweiten und stärken damit die Möglichkeit, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn auf alle Beschäftigten einer Branche zu erstrecken.

Wir brauchen aber auch wieder eine **Stärkung des bewährten Tarifvertragssystems und der Tarifbindung**. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen, um dem Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss, auch in der Realität des deutschen Arbeitsmarktes wieder Geltung zu verschaffen. Die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ist ökonomisch notwendig zur Stärkung der Binnennachfrage und ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land. Wir wollen die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern. Die Bedingung, dass mindestens 50 Prozent der Beschäftigten bei tarifgebundenen Arbeitgebern arbeiten, wollen wir durch eine Prüfung des öffentlichen Interesses ersetzen. Ziel ist dabei die Vermeidung von unfairen Wettbewerbsbedingungen, bei denen nicht die Qualität der Leistung und Produkte zählt, sondern die Konkurrenz um die schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Wir treten für das Prinzip der Tarifeinheit ein.

Die schnellere Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auf der Basis guter Arbeit ist unser Ziel. Mit einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West kommen wir diesem Ziel näher. Wir unterstützen die Gewerkschaften dabei, die zum Teil noch

gravierenden Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten in Ost und West schneller zu beseitigen. Die Stärkung der Tarifbindung ist dazu unabdingbar, denn in Ostdeutschland arbeiten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, die an einen Branchen- oder Firmentarifvertrag gebunden sind.

Bund, Länder und Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für den tariflichen Schutz aller Beschäftigten und Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. **Tariftreue** werden wir daher genauso wie soziale Kriterien (Entgeltgleichheit und Frauenförderung) zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen.

Es muss sichergestellt werden, dass kein Arbeitsuchender auf einen Arbeitsplatz unterhalb der ortsüblichen Entlohnung verwiesen wird. Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss in jedem Fall gewährleistet sein.

Frauen werden trotz bester Ausbildung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** werden wir die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beenden.

Leiharbeit ist in den letzten Jahren zunehmend zur Umgehung von Tarifverträgen und für Lohndumping genutzt worden. Wir werden das **Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit** und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbesetzungen gesetzlich durchsetzen. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen werden wir untersagen. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Deshalb sollen die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) unzulässig sein. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden.

Die SPD hat durchgesetzt, dass es mittlerweile einen tariflichen Mindestlohn für den Bereich der Leiharbeit gibt. Mehr Unternehmen nutzen seitdem fragwürdige **Werkvertragskonstruktionen**, um diese erste Regulierung der Leiharbeit zu umgehen. Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Auch Schein-Selbstständigkeitsverträge sollen klarer definiert werden.

Für viele junge Menschen ist der Berufseinstieg prekär: Viele werden nicht übernommen, andere bekommen nur ein Praktikum oder einen befristeten Vertrag angeboten. Das alles schafft Unsicherheit. Verständlicherweise zögern viele junge Menschen deshalb, eine Familie zu gründen und sich eine eigene Existenz aufzubauen. Auch und gerade für junge Menschen sind die Regulierung von Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einführung eines Mindestlohns wichtig.

Wir werden außerdem den Missbrauch von Praktika wirkungsvoll bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Praktika und Arbeitsproben sind Lern- und Ausbildungsverhältnisse. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden. Zu den Mindeststandards bei Praktika gehören ein Vertrag, eine Mindestvergütung, ein qualifiziertes Zeugnis sowie bei Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, die Befristung auf maximal drei Monate.

Die Möglichkeit der **sachgrundlosen Befristung** von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.

Wir werden den Missbrauch von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Lohndumping und zur Verdrängung regulärer Beschäftigung stoppen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei **Mini-Jobs** künftig ausgeschlossen **und deren soziale Absicherung verbessert** wird. Grundlegende Ansprüche wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Kündigungsschutz werden häufig in der Praxis nicht gewährt. Wir werden gesetzlich regeln, dass bei gewerblichen Mini-Jobs die grundlegenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt werden und die Möglichkeit der Kontrolle ihrer Einhaltung verbessert wird. Wir wollen gleitende Übergänge in reguläre Beschäftigung verbessern und Barrieren, die dem entgegenstehen, abbauen. Auch geringfügige Beschäftigung muss nach Tarif bezahlt werden. Der von uns angestrebte gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss in jedem Fall eingehalten werden. Wir werden weitere Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse in den Zweigen der Sozialversicherung einleiten.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen am Arbeitsplatz einen besseren **Schutz vor Überwachung** und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten. Für den besseren Persönlichkeitsschutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz ist ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz notwendig. Gewerkschaftliche Vertrauensleute und so genannte Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Druck und verdichtete Arbeitsabläufe führen zunehmend zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht werden wir daher den neuen Herausforderungen anpassen. Wir wollen, dass die Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben stärker kontrolliert wird, insbesondere hinsichtlich psychischer Belastungen. Wir wollen mit einer **Anti-Stress-Verordnung** im Arbeitsschutzrecht mehr Verbindlichkeit schaffen und den Handelnden und Betroffenen in den Betrieben Rechtssicherheit bieten.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Mitbestimmte Unternehmen sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Mitbestimmung ist ein wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmung erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die Mitbestimmung – auch auf europäischer Ebene – stärken und eine Flucht aus der Mitbestimmung wirkungsvoll verhindern.

Wir wollen, dass wesentliche Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht ohne Mitbestimmung gefällt werden. Dazu werden wir einen gesetzlichen **Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte** im Aufsichtsrat eines Unternehmens schaffen. Wir wollen den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung** auf 1.000 Beschäftigte senken. Das deutsche Mitbestimmungsrecht muss zudem auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform und Sitz in Deutschland erstreckt werden.

Die **Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte**, um prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Dies gilt insbesondere für Umfang und Dauer von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen im Betrieb, für den der Einsatz erfolgt. Beim Einsatz von Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte auch für die Ausgestaltung der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausweiten. Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen Öffentlichen Dienst. Öffentliche Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. Um seine Leistungen zu sichern, wollen wir den öffentlichen Dienst weiterentwickeln. Der öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. In diesem Sinne wollen wir die **Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte** im Bund und in den Ländern stärken.

Soweit die Kirchen und ihre Einrichtungen in Caritas und Diakonie Arbeitgeber sind, muss die Grenze ihres Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrechts als Arbeitgeber von den Grundrechten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer her bestimmt werden und nicht umgekehrt. Gleiche Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte bei Kirchen sind vereinbar mit dem kirchlichen Selbstverwaltungsrecht. Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und muss auch im kirchlichen Bereich gelten. Tarifverträge zu verhandeln und frei in der Wahl der Mittel zu ihrer Durchsetzung zu sein, sind also mit dem so genannten Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht vereinbar.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an modernen Erwerbsbiografien orientiert. Sie soll Arbeitslosigkeit verhindern, die Arbeitsvermittlung verbessern und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufbrechen. Wir werden weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Situation von älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen richten. Vollbeschäftigung ist unser Ziel.

Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird. Ein hohes Niveau der **Mittel für aktive Arbeitsförderung** ist unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt ein zentrales Ziel.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und die finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau verstetigen, um jedem Langzeitarbeitslosen ein passgenaues und zumutbares Angebot machen zu können. Vorrangig geht es um Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein nicht unerheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen hat aber derzeit geringe

Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir dürfen diese nicht zurücklassen. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben.

Deshalb werden wir mittelfristig einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird. Dabei wollen wir, dass eine adäquate sozialpädagogische Begleitung sowie Qualifizierungsmaßnahmen Bestandteile dieses Angebots sind.

Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist für viele Arbeitslose nicht mehr gegeben. Viele Menschen erreichen aufgrund unsteter und kurzzeitig befristeter Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld mehr, obwohl sie Beiträge zahlen. Wir wollen dies durch eine Änderung der Anwartschaftsregelungen wieder verbessern. Wir werden die Rahmenfrist, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, von zwei auf drei Jahre verlängern. Wir setzen uns für Betreuungsschlüssel in den JobCentern ein, die eine echte Betreuung möglich machen, nicht nur eine Verwaltung der Akten.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und dafür die Arbeitsmarktdividende nutzen. Durch sinkende Arbeitslosigkeit freiwerdende Mittel werden wir für den Aufbau der Arbeitsversicherung nutzen. Denn Arbeitslosigkeit soll nicht nur schnell beendet, sondern möglichst von vornherein vermieden werden. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die Arbeitsversicherung soll außerdem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwirklichung ihrer beruflichen Ziele unterstützen.

Die Arbeitsversicherung stellen wir auf drei Säulen: den bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die Arbeitsmarktförderung der Bundesagentur für Arbeit im Falle von Arbeitslosigkeit, einen gestärkten arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation und einen neuen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung, über den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst entscheiden.

Nur wenn wir das Potenzial aller in Deutschland lebenden Menschen erschließen, können wir einem Fachkräftemangel entgegenwirken und unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Dazu ist ein enges Bündnis zwischen Wirtschaft und Politik erforderlich.

Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir allen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen.

Deshalb ist es auch notwendig, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher nach dem Schulabschluss ohne Anschluss bleibt. Voraussetzung dafür sind eine systematische

und realistische Berufsorientierung und Berufsvorbereitung bereits innerhalb der letzten drei Schulbesuchsjahre.

Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft.

Jeder Jugendliche hat ein **Recht auf Ausbildung**. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen besondere Förderung. Für sie wollen wir ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ auflegen, das mit passgenauen Instrumenten auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie zum Ausbildungsabschluss führt. Wir wollen, dass das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell gefördert wird. Auch insgesamt wollen wir, dass die Qualifizierung und Weiterbildung aller Beschäftigten mit verbindlichen Ansprüchen gefördert werden.

Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernnt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartung einer Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist dies in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

II.3 MITEINANDER FÜR MEHR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN EUROPA

Europa hat die Krise noch nicht überwunden. Der Finanzmarkt- und Bankenkrise ist auch aufgrund der immensen Rettungsmaßnahmen die Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten gefolgt.

Die Wirtschaft liegt in einigen europäischen Ländern am Boden. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter jungen Menschen teils bedrohlich. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt weiter zu, das Vertrauen in die Demokratie nimmt ab. Bleiben wir auf dem aktuellen Kurs, steuern wir in Europa auf eine Demokratiekrise zu, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der europäischen Gesellschaften und des europäischen Einigungsprozesses ernsthaft bedroht. Wir brauchen deshalb in Europa eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft mit klaren Regeln für die Märkte.

Die Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat in Europa nicht mehr Stabilität, sondern wachsende Instabilität geschaffen. So wichtig solide Finanzen sind, Sparen allein führt nicht ans Ziel. Stabilität und Prosperität setzen Wachstum und soziale Gerechtigkeit voraus. Das macht die Soziale Marktwirtschaft im Kern aus.

Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die politische Union Europas weiter vertiefen.

Dafür brauchen wir eine klare Regelsetzung für Banken und Finanzmärkte. In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Bankenaufsicht für die großen, grenzüberschreitend tätigen Institute. Das kann derzeit so nur die Europäische Zentralbank (EZB) leisten. Dabei muss eine strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet sein. Perspektivisch streben wir eine Ausgliederung der Aufsichtseinheit aus der EZB in eine eigenständige europäische Aufsichtsbehörde an. Die Aufsicht über kleine und mittlere Banken soll auf nationaler Ebene verbleiben und nur in Krisenfällen auf die EZB übertragen werden. Bei der Aufsicht müssen die Unterschiede zwischen den Geschäftsmodellen der Banken berücksichtigt werden. Komplexität und Risikoorientierung müssen sich auch konkret in der Intensität der Aufsicht und der Prüfungen widerspiegeln.

Wir setzen uns auch für europäische Abwicklungsregeln für Banken ein, im Krisenfall müssen Boni zurückgefordert, Dividenden einbehalten und die Eigentümer durch Schuldverzicht oder Schuldumwandlung an den Verlusten beteiligt werden. Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde und eines europäischen Restrukturierungsfonds für große Banken. Dieser Bankenfonds soll über eine Bankenabgabe finanziert werden, deren Höhe sich nach der Systemrelevanz, dem Risikoprofil und dem Verschuldungsgrad der Banken richtet. Er muss zumindest die Zinsvorteile abschöpfen, die systemrelevante Banken derzeit aus unterstellten Staatsgarantien genießen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Neben der Verschärfung der bestehenden Regeln für Ratingagenturen fordern wir die Einrichtung einer Europäischen Ratingagentur.

Wir setzen uns für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten ein. Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen sind nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz.

Bessere Regeln auf den Finanzmärkten reichen noch nicht aus, um die europäische Wirtschaft aus ihrer Schieflage zu holen. Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive

wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen. Eine Währungsunion braucht auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden. Wir müssen in den Mitgliedstaaten und in Europa abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ergreifen.

Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik sind notwendig, um die zum Teil dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Die gemeinsame Verpflichtung zu soliden Finanzen muss deshalb durch ein gemeinsames Verständnis und konkrete gemeinsame Zielvorgaben für eine europäische Wachstumsstrategie ergänzt werden, die wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung zusammenbringt. Dabei wollen wir auch die industrielle Erneuerung Europas auf den Weg bringen. Wir streben einen **Europäischen Investitions- und Aufbaufonds** an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, setzen wir uns für eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Europa ein. Wir brauchen Projektanleihen, die Umschichtung bestehender Strukturfondsmittel, die Aufwertung der Europäischen Investitionsbank und Mittel aus der Finanztransaktionssteuer. Die Mittel sollen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, den Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze und ein Sofortprogramm gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU eingesetzt werden. Dazu muss es einen Strukturwandel im EU-Budget mit der Ausrichtung auf Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Ausbildung und die Modernisierung der Verwaltungen geben.

Mit einem **europäischen Schuldentilgungsfonds** wollen wir die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherstellen. Mit einem verbindlichen Schuldenabbau- und Reformplan nimmt er die Staaten in die Pflicht, damit die Europäische Zentralbank nicht weiter gezwungen ist, auf den Anleihemärkten einzugreifen. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.

II.4 DEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UNSERES LANDES SICHERN

Deutschland ist wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig auf den Weltmärkten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich unser Wirtschafts- und Sozialsystem als erfolgreich, flexibel und robust bewährt.

Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand mit einem erfolgreichen Handwerk und verantwortungsbewusste Tarifpartner sind die Erfolgsfaktoren der

Sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheit, soziale Verantwortung und Teilhabe gehören untrennbar zusammen.

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Es geht für uns um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, um sichere Arbeitsplätze, um gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.

Unsere Ziele:

- Deutschland ist ein Industrieland und braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Wir stehen für eine **integrierte Industriepolitik** als Querschnittspolitik zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen.
- **Dienstleistungen** haben bereits heute einen Anteil von 70 Prozent an der Wertschöpfung und werden auch zukünftig weiter wachsen. Unser Ziel ist eine integrierte Dienstleistungspolitik, die durch die Verzahnung von Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Forschungs- und Innovationspolitik Dienstleistungen von hoher Qualität fördert.
- Deutschlands Potenzial sind **hochqualifizierte Fachkräfte**. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum braucht qualifizierte Frauen und Männer, die mit guten Löhnen ihren Anteil am Erfolg ihrer Unternehmen erhalten und zu einer kräftigen Binnenkonjunktur beitragen.
- Eine **leistungsfähige Infrastruktur** ist Voraussetzung für den weiteren Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes. Als Grundlage für neues Wachstum braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mit entsprechenden Investitionen. Die Mobilität der Zukunft muss bezahlbar und umweltschonend sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern.
- **Kreativität** ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts mit immensen Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen. Wir werden zusammen mit Kreativen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potenziale zu entfalten und gleichzeitig sozial besser abzusichern.

Eine integrierte Industriepolitik ist Grundlage für die Sicherung einer erfolgreichen Wirtschaft. Wir brauchen in Deutschland die gesamte Wertschöpfungskette – von der industriellen Grundstoffproduktion bis zum hoch spezialisierten Hightechmittelstandler, sie ist eine wichtige Voraussetzung für Innovationen.

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss Deutschland noch mehr in moderne Produkte und nachhaltige Prozesse investieren. Deshalb wollen wir die Anstrengungen für **Forschung und Innovationen intensivieren** und die Forschungsinvestitionen über die Marke von drei Prozent des BIP hinaus steigern. Für Deutschland stehen

dabei die Entwicklung von „High-End-Produkten“ und der Wandel in der Produktion im Vordergrund. Besonders erwünschte Investitionen, z.B. im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz, wollen wir durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) oder mit einer Investitionszulage fördern. Neben der Projektförderung wollen wir eine neue Form der steuerlichen Forschungsförderung etablieren, die kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.

Wir wollen eine **Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte** voranbringen. Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten. Dort, wo Potenziale existieren, muss die Industrie erneuert und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu gehören die Leitmärkte Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur. Wir brauchen für den Standort Deutschland die Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur. Denn: **Digitalisierung und Vernetzung** spielen heute in Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Die Softwareindustrie hat hierzulande nicht nur mit Blick auf Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle großes Potenzial. Gleichzeitig gibt sie als Querschnittstechnologie wichtige Impulse auch für andere Wirtschaftszweige.

Deutschlands wirtschaftliche Stärke kann nur gesichert und ausgebaut werden, wenn die Industriepolitik ergänzt wird durch eine **moderne und integrierte Dienstleistungspolitik**. Dienstleistungen und Produktion sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich immer stärker, z.B. im Bereich der industrienahen Dienstleistungen.

Die überwiegend mittelständisch geprägte dienstleistungsintensive Tourismusbranche ist ein Beispiel für eine Dienstleistungsbranche, die wir durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen stärken wollen. Gute Arbeit ist im Bereich aller Dienstleistungen unser Leitbild.

Der Postuniversaldienst, der die flächendeckende Versorgung des Landes mit Postdienstleistungen zu erschwinglichen Preisen vorsieht, muss auch in Zukunft in gleicher Qualität erbracht werden. Der Wettbewerb bei den Postdienstleistungen darf zum einen nicht weiterhin in erster Linie über Dumpinglöhne geführt werden; zum anderen müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Deutsche Post so gestaltet werden, dass die Gewährleistung des Universaldienstes und der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens gleichermaßen gesichert werden.

Die Kreativbranche wird immer wichtiger für den Erfolg unserer Wirtschaft. Wir wollen die Kreativwirtschaft noch stärker fördern und ausbauen. **Unsere Maßnahmen für einen Kreativpakt:** Der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss für die Kreativwirtschaft angepasst und geöffnet werden, die bestehenden Existenzgründungsprogramme des Bundes hinsichtlich Eigenkapitalanteil-Forderungen, Anerkennung von Immaterialgütern, Beratung und Qualifizierung müssen an die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst und dabei neben der Gründungs- auch die Wachstumsphasen der Unternehmen berücksichtigt werden.

Mittelstand und Handwerk sind das Zentrum unserer Wirtschaft. Sie garantieren wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, innovativ und ihrer Region stark verbunden. Gerade in Ostdeutschland prägen sie die regionalen Wirtschaftsstrukturen maßgeblich. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung verbessern.

Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbstständigen. Die Selbstständigenquote in Deutschland ist dabei mit ca. zehn Prozent im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbstständigengesellschaft aufstellen. Vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen und auch in den freien Berufen entstehen Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbstständigen begeistern.

Wir wollen die berufsständische Selbstverwaltung der Freien Berufe durch die Berufskammern bewahren und stärken.

Das Handwerk.

Handwerksbetriebe und Handel erbringen die Hauptleistung der beruflichen Bildung. Diese Stärke wollen wir erhalten und, wo nötig, unterstützen. Gleichzeitig stehen auch sie in einem harten Wettbewerb um Fachkräfte, haben einen eingeschränkten finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise stärker betroffen.

Bei der Mittelstandsfinanzierung wollen wir Hemmnisse, insbesondere für neu gegründete Unternehmen, gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.

Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktrefinanzierung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer Ratingagentur für den Mittelstand einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen.

Gleichzeitig werden wir im Bereich der Existenzgründungen dafür sorgen, dass Fördermöglichkeiten nicht ausschließlich auf technologische Innovationen beschränkt bleiben. Auch sozial-innovative Gründungen sollen als Social Entrepreneurs verstärkt Zugang zu Förderungen und Beratung bekommen und so mittelständische Beiträge

zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unterstützen, genauso wie die Wohlfahrtsverbände.

Um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern, setzen wir auf den Abbau von Bürokratie. Die nationale und europäische Rechtsetzung soll besser auf den Mittelstand ausgerichtet und, wo möglich, sollen Verwaltungswege verkürzt werden.

Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Ländern und Kommunen werden wir eine politische **Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfs** in Deutschland starten. Wir wollen **Bildungsmobilität und Aufstiegschancen** verbessern. Mit der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meisterin/Meister, Technikerin/Techniker, Fachwirtin/Fachwirt) steht bereits eine bewährte Karriereform zur Verfügung. Diese „Oberstufe“ des dualen Systems wollen wir weiter ausbauen. Sie bietet auch eine Alternative zum Hochschulabschluss. Weitere Aufstiegswege für Fachkräfte sind die Hochschulen und deren Studienangebote. Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit wollen wir die **Hochschulen noch mehr für beruflich Qualifizierte öffnen** und die Zugänge erleichtern, z.B. durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren.

Auch die **Berufsbilder im Dienstleistungsbereich** müssen zeitgemäß ausgestaltet und nach dem Berufsbildungsgesetz neu geregelt werden. Geschlechterspezifische Zuordnungen müssen überwunden werden. Dazu werden wir mit den Sozialpartnern neue Qualifikationen, Berufe und Ausbildungsfelder erschließen. Nur so können die Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich erschlossen werden.

Unser Ziel ist es, die **Erwerbsbeteiligung zu erhöhen**. Wir werden dazu die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit für Ältere, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose erweitern durch die Fortführung des Eingliederungszuschusses für Ältere, den Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder und Pflegebedürftige sowie des Sprachkurs-Angebotes und die Rücknahme der Kürzungen bei den Qualifizierungskosten für Arbeitssuchende. Auch **nachholende Qualifizierung** wollen wir erleichtern. In den letzten beiden Jahrzehnten standen häufig nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung.

Investitionen in die Realwirtschaft fördern.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. In den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Investitionen auf Zukunftsmärkten – also den Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Mit einer Nettoinvestitionsquote von gerade einmal drei Prozent im Jahr 2011 liegt Deutschland im OECD-Vergleich weit hinten. Die öffentlichen Investitionen decken im Durchschnitt der letzten Jahre nicht einmal den Ersatzbedarf.

Zugleich sind die Möglichkeiten zur Mobilisierung von privatem Kapital für Investitionen in die Realwirtschaft enorm und bei weitem nicht ausgeschöpft. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor. Allein das Geldvermögen erreichte jüngst den neuen Rekordstand von 8,5 Billionen Euro. In Deutschland wird mehr gespart als in den meisten anderen Ländern. Das Staatsvermögen hingegen verringert sich bereits seit

Jahren. Zwischen 1992 und 2012 ging es um über 800 Milliarden Euro zurück. Im gleichen Zeitraum hat sich das Netto-Gesamtvermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Wir brauchen mehr öffentliche wie private Investitionen. Dazu wollen wir Anreize schaffen. Und wir werden ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten prüfen, das langfristige Realinvestitionen fördert und den gesamten Lebenszyklus einer Investition im Blick hat.

Es geht auch um die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens und ihre materielle Teilhabe am technologischen Fortschritt. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken und sollten ausgebaut werden.

Die Einheit Deutschlands vollenden.

Die ostdeutschen Länder haben in den beiden letzten Jahrzehnten einen enormen Entwicklungsprozess durchlaufen. Ost- und Westdeutsche können gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. Trotz aller Anstrengungen gibt es aber noch deutliche Unterschiede in Wirtschaftsentwicklung und Lohnniveau.

Viele Herausforderungen haben die ostdeutschen Länder bereits seit Jahren zu meistern: die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum oder drohende Altersarmut. Diese Probleme haben inzwischen ganz Deutschland erreicht. Um sie zu bewältigen, werden wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen. Man kann aber schon jetzt aus den in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen lernen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun.

Eine wachsende Disparität der regionalen Entwicklungsverläufe sowie unvermindert große Unterschiede bei den Löhnen und Einkommen erschweren den Aufholprozess. Der Ausbaustand der Infrastruktur ist weit vorangeschritten. Eine Reihe ostdeutscher Unternehmen ist in ihren Branchen zu Weltmarktführern aufgestiegen, international gefragte Produkte werden mit dem **Gütesiegel „Made in Ostdeutschland“** produziert. Dennoch zeigen sämtliche Wirtschaftsindikatoren, dass der ökonomische Aufholprozess ins Stocken geraten ist. Hinzu kommt, dass 20 Prozent aller Ostdeutschen für Löhne von unter 8,50 Euro/Stunde arbeiten. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15 bis 45 Prozent unter Westniveau. Auch deshalb brauchen wir einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn, der den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders zu Gute kommt und der Einkommensentwicklung insgesamt neuen Schub verleiht.

Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Abschaffung des geteilten Rentenrechts ebenfalls eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. In unserem Rentenkonzept ist der Stufenplan zum Erreichen dieses Ziels ein wichtiger Punkt. Damit sind wir die erste Partei, die ein in sich geschlossenes Konzept umsetzen will.

Wir werden den drängenden Fragen in den ostdeutschen Ländern nicht ausweichen, sondern klare, eigene Ziele auf dem gemeinsamen Weg abstecken und mit Klarheit und Entschlossenheit verfolgen. Eine lebendige Demokratie ist für uns ein stets wichtiges Ziel. Gerade in den ostdeutschen Ländern müssen wir weiterhin dafür streiten, dass möglichst viele Menschen die Demokratie und unser Gemeinwesen mitgestalten. Mit Blick auf die ostdeutschen Länder bildet der unter Kanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebrachte Solidarpakt II die wichtigste Finanzierungsgrundlage für den weiteren „Aufbau Ost“. Er darf nicht angetastet werden. Darüber hinaus werden wir Anschlussregelungen z.B. im Rahmen der Neujustierung des Länderfinanzausgleichs prüfen. Denkbar ist etwa ein gesamtdeutscher „Solidarpakt strukturschwache Regionen“ (Solidarpakt III) ab 2020, der die besonderen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt.

Investitionen fördern. Teilhabe ermöglichen.

Wir wollen, dass Investitionen insbesondere dort begünstigt werden, wo sie auf die zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens bei Infrastrukturen und Zukunftsmärkten und auf die Deckung gesellschaftlicher und sozialer Bedürfnisse gerichtet sind. Hierzu bedarf es Anreize und Fördermechanismen zugunsten eines Kurswechsels in Richtung Realwirtschaft.

Wir wollen bürgerschaftliche Beteiligungsformen fördern, da sie die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen stärken. Eine grundlegende Beteiligung der Menschen vor Ort stellt dabei unverändert die kommunale Trägerschaft dar. Deshalb unterstützen wir Infrastrukturen in der Hand von Städten, Gemeinden und Kreisen und werden die Rahmenbedingungen zur Kommunalisierung entsprechender Einrichtungen weiter verbessern.

Wir wollen außerdem Modelle prüfen und entwickeln, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Finanzierung gesellschaftlich wünschenswerter Investitionen beteiligen.

Regionale „Bürger-Fonds“ sollen den Erwerb von Anteilen an Infrastrukturen ermöglichen. Schon bestehende Beteiligungen wie „Bürgerwindparks“ und Energiegenossenschaften sollten substanziell ausgebaut und auch auf leitungsgebundene Infrastrukturen – etwa im Bereich der Strom- und Breitbandnetze – Anwendung finden. **Netze in Bürgerhand** stärken die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen.

Auch durch **kommunale Anleihen** können Investitionsmittel für kommunale Vorhaben generiert werden. Sie können einen wichtigen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Zeichner solcher Anleihen erkennen außerdem den konkreten Zweck bestimmter Projekte. Ein Einsatzbereich könnte der Ausbau von Breitbandnetzen für schnellere Internetverbindungen sein. Erforderlich ist, dass die Kommunen selbst über solche Projekte entscheiden und dass die Haushalts- und Entscheidungshoheit der demokratisch gewählten Gremien in Städten, Gemeinden und Kreisen gewahrt bleibt. Daneben wollen wir genossenschaftliche Organisationsformen in allen Bereichen stärken und deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für erleichterte Gründungen, bessere Förderbedingungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie die Förderung von Genossenschaftsan-

teilen, insbesondere bei Bau- und Wohngenossenschaften, schaffen. Für kleine kooperative Unternehmensformen, beispielsweise die Gründung von Kindertagesstätten durch Elterninitiativen, wollen wir eine unkomplizierte „Kleinstgenossenschaft“ schaffen.

Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur.

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Fortschritt und Infrastruktur erreichen, indem wir die Bürgerinnen und Bürger früher und intensiver bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligen und Planungsverfahren beschleunigen.

Bürgerbeteiligung ist für uns nicht Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Wir setzen auf das Verantwortungsbewusstsein und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und wollen ihn in die Planungsprozesse früher und stärker einbinden. Mehr Teilhabe beschränkt sich nicht allein auf mehr Transparenz und Mitentscheidung, sondern erstreckt sich auch auf materielle Teilhabe. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken. Sie sollten ausgebaut und eine Förderung geprüft werden.

Unser Land braucht einen Neuanfang in der Verkehrspolitik mit klaren Prioritäten. Gute Mobilitätspolitik sichert wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, erhält und schafft Arbeitsplätze und trägt zu Wohlstand und Lebensqualität bei. Der Prozess des zusammenwachsenden Europas und der Globalisierung ist erst durch Mobilität möglich geworden.

Steigende Mobilität, die Zunahme des Güter- und Transitverkehrs und immer längere Reiseentfernungen mit immer schnelleren Verkehrsmitteln führen aber auch zu immer stärkeren Belastungen von Mensch und Umwelt.

Künftige Mobilität muss daher zugleich wirtschaftlich vernünftig, sozial gerecht und ökologisch sinnvoll sein. Sie orientiert sich an langfristigen Zielen und lang anhaltenden Wirkungen. Langfristige Mobilitätssicherung ist deshalb eine zentrale Zukunftsaufgabe.

Deshalb werden wir die Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung im Einklang mit den europäischen Verkehrsbedürfnissen umbauen, bei der das verlässliche Funktionieren des **Verkehrsnetzes** als Ganzes im Vordergrund steht. Dafür brauchen wir eine belastbare Finanzierungsgrundlage: Unsere Verkehrssysteme sind heute chronisch unterfinanziert – es gelingt immer weniger, die Substanz zu erhalten. Wir wollen ausreichend Mittel zuverlässig für die Bundesverkehrswege zur Verfügung stellen. Auch für Brückenbauwerke im Straßen- und Schienenverkehr.

Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und die Zahl der Staus auf Deutschlands Straßen drastisch verringern. Wir werden deshalb ein Nationales Verkehrswegeprogramm auflegen, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen.

Damit werden wir die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen schnellstmöglich beseitigen.

Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der **Bahn** werden. Wir wollen deshalb einen Deutschland-Takt aus bundesweit funktionierenden und aufeinander abgestimmten Anschlüssen. Wir streben zudem eine deutliche Erhöhung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an. Dazu werden wir die Schienenanbindung unserer See- und Binnenhäfen verbessern.

Das entlastet die Umwelt und den Straßenverkehr. Damit Bahnhöfe und Gleise schnellstmöglich wieder in einen guten Zustand kommen, werden wir unseren Einfluss dahingehend geltend machen, dass die Infrastruktur gestärkt wird und ausreichende Mittel in das Schienennetz und Bahnhofssanierungen fließen. Eine Zerschlagung und Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir ab.

Wir wollen den Schutz vor Bahn- und anderem Verkehrslärm verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. Euro jährlich verdoppelt werden. Wir unterstützen die Abschaffung des Schienenbonus und werden ein wirksames lärmabhängiges Trassenpreissystem einführen. Darüber hinaus wollen wir den Lärmschutz an Flughäfen und Straßen verbessern. Wir brauchen ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Luftverkehrskonzept.

Um die Mobilität bezahlbar zu halten, wollen wir die Energieeffizienz des Verkehrs verbessern und seinen CO₂-Ausstoß deutlich vermindern. Dazu werden wir die technische Steigerung der Effizienz bestehender Antriebssysteme vorantreiben, die Entwicklung und Markteinführung neuer Antriebe und Kraftstoffe sowie eine ökologisch und ökonomisch effiziente Organisation von Verkehr und Logistik fördern.

Wir wollen, dass unsere Verkehrswege sicherer werden. Deswegen messen wir der Verkehrssicherheit und der Arbeit in diesem Bereich – professionell und ehrenamtlich – hohe Priorität bei.

Wir wollen, dass Gemeinde- und Landstraßen in gutem Zustand und ohne Schlaglöcher sind, und dass der öffentliche Nahverkehr reibungslos funktioniert. Von besonderer Wichtigkeit ist eine vollständige Teilhabe auch von Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Wir wollen, dass alle Menschen sich barrierefrei fortbewegen können.

Die Länder sollen sich, wenn sie Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten, im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden für die kommunale und regionale Verkehrsinfrastruktur zu verwenden. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Radwege ein.

Deutschland braucht ein schnelles Internet – für alle und überall. Wir wollen deshalb rasch eine **flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen**. Darüber hinaus werden wir den weiteren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes vorantreiben.

II.5 SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE – DIE ENERGIEWENDE ZUM ERFOLG FÜHREN

Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland. Gelingt die Energiewende, kann das für Schwellenländer wie China und Indien zum Wachstumsmodell werden und damit dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen.

Denn klar ist: Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Die Energiewende verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das gilt für alle Einsatzbereiche: Strom, Wärme und Mobilität. Oberstes Ziel ist die Vermeidung eines nicht notwendigen Energieverbrauchs auch, damit durch einen sinkenden Verbrauch Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.

Chancen und Perspektiven der Energiewende sind allerdings gefährdet. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Dabei bilden diese das Fundament für das Wirtschafts- und Sozialmodell in unserem Land. Sie sind die Voraussetzung für die breite industrielle Basis Deutschlands – von der Grundstoffproduktion bis zu Hightech-Dienstleistern – deren große Bedeutung für stabile wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise erneut eindrucksvoll bewiesen wurde. Sie sind wichtig für die Menschen in unserem Land.

Weltweit wachsen Interesse und Nachfrage nach Zukunftsenergien und Energieeffizienz. Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management“ auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs ist sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze geworden.

Die Stärke Ostdeutschlands bei den Erneuerbaren Energien muss genutzt werden, der notwendige Umbau des Energiesystems kann und wird zu „der“ Standortfrage für die Zukunft werden. Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden. Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.

Die eklatante Unfähigkeit der Bundesregierung zur Steuerung und Koordinierung hat dazu geführt, dass es in Deutschland keine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den übrigen Akteuren der Energiewende gibt. Hinzu kommt die ständige Flickschusterei am Förderregime für die erneuerbaren Energien, die das Vertrauen der Marktteilnehmer in den energiepolitischen Rahmen nachhaltig erschüttert hat. Das Ergebnis sind Investitionsrisiken, Planungsunsicherheit und steigende Strompreise. Auch die fehlende Abstimmung mit den europäischen Partnern

hat Deutschland Ansehen als verlässlicher energiepolitischer Partner gekostet. Eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – der Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur – wird so leichtfertig verspielt.

In dieser Situation ist ein Politikwechsel erforderlich, der der breiten gesellschaftlichen Verantwortung zur Realisierung der Energiewende gerecht wird und damit die Energiewende zu einem Erfolg führt. Planungs- und Investitionssicherheit, eine stabile Stromversorgung, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zum Kennzeichen des ökologischen Umbaus der deutschen Energiepolitik werden.

Unsere Ziele:

Die Energiewende ist die technologische und ökonomische Herausforderung, deren Bewältigung Deutschland in das 21. Jahrhundert katapultiert. Unsere Ziele sind dabei klar: Wir wollen

- eine bessere politische Koordinierung beim Management der Energiewende;
- die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer;
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie, erhalten;
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40 bis 45 Prozent Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25 Prozent durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, anstreben und bis 2030 75 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen;
- 20 Prozent des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken;
- eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern;
- die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln;
- die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.

Ein Management für die Energiewende aufbauen.

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt. Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch beim Netzausbau erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegration der Erneuerbaren Energien voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

Wir wollen die Kompetenzen, insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien,

Netzausbau und Speicher, in einem **Energieministerium** bündeln. Darüber hinaus muss der Bund seine Rolle auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.

Außerdem muss der Bund eine Abstimmung der Länder-Energiekonzepte mit der Energiepolitik des Bundes sicherstellen. Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein **„Deutscher Energie-Rat“** einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt. Aufgrund der technologischen Eigenschaften der Erneuerbaren Energien und der Liberalisierung der Energiemärkte verbindet sich die Energiewende mit einer deutlichen Dezentralisierung der Energieversorgungsstrukturen. Dabei sind die Kommunen mit ihren vielfältigen Funktionen – als Planungsträger für die Ansiedlung von EEG-Anlagen, als Besitzer von rund 176.000 Gebäuden, als größter öffentlicher Auftraggeber von umweltfreundlichen Waren und Investitionen sowie als Versorger mit Strom und Wärme durch kommunale Energieunternehmen – besonders wichtige Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung der dezentralen Energiewende. Wir schaffen Rechtssicherheit für die Kommunen bei der Übernahme der Verteilnetze.

Städte, Gemeinden und Kreise betreiben seit vielen Jahren in enger Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern, der kommunalen Kreditwirtschaft und den kommunalen Wohnungsunternehmen, aber ebenso zusammen mit karitativen Verbänden, Verbraucherzentralen und Energieberatungsagenturen eine qualitativ hochwertige Energieberatung für Privathaushalte. Wir werden die Energieberatung für Privathaushalte, Hauseigentümer und Wirtschaft ausbauen, erfolgreiche Kooperationen weiter fördern und mit neuen Anreizen deutlich verbreitern.

Zur Umsetzung der Energiewende wollen wir einen **Bundestagsausschuss „Energie“** einrichten.

Es ist ein **„Masterplan Energiewende“** aufzustellen und jährlich fortzuentwickeln. Der Masterplan wird nach einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der Energiewende aufgestellt und soll alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials zusammenführen.

Die Weichen für eine neue Strommarktordnung stellen.

Das im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einem international beispiellosen Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt – heute beträgt ihr Anteil am Stromverbrauch bereits über 25 Prozent. Allerdings hat die Überförderung in einigen Bereichen auch zu einem drastischen Anstieg der EEG-Umlage und damit auch zu einem Anstieg der Strompreise geführt. Umgekehrt wurden die gesunkenen Strompreise auf der Beschaffungsseite, die auf die hohe Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zurückzuführen sind, von den Energieversorgern nicht oder kaum an die Stromverbraucher weitergegeben. Hinzu kommt, dass der Ausbau der Stromnetze nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt hält.

Eine weitere Begleiterscheinung des Erfolgs der Erneuerbaren Energien sind die Konsequenzen für konventionelle Kraftwerke. Aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sinken die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Deshalb werden keine neuen Kraftwerke gebaut und bestehende Anlagen stillgelegt. Das birgt Risiken für die Versorgungssicherheit. Denn solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke zur Verfügung stehen.

Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien sozial- und naturverträglich fördern und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Wir wollen eine grundlegende **Reform des EEG**, die den Ausbau langfristig und berechenbar sichert, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist. Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien ist weiterhin erforderlich. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der Erneuerbaren Energien werden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. Dies ermöglicht, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.

Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die **Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung** übernehmen. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien und fossile Energieerzeugung sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmanagement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Erneuerbare Energien müssen und können auch Systemdienstleistungen, wie etwa Blindleistung und Speicherung, bereitstellen. Anreize für erhöhte Volllaststunden pro Anlage können in der Systembetrachtung zur Kostenentlastung beitragen.

In einem künftigen Strommarkt müssen gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden. Zukünftig müssen Kraftwerke entsprechend flexibel einsetzbar sein, um komplementär zu wirken. Dabei sind europäische Kraftwerkskapazitäten zu berücksichtigen.

Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur vorantreiben.

Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur. Die Folge sind regionale Netzengpässe und Abriegelungen von Erzeugungsanlagen, die volkswirtschaftlich ineffizient sind und das Risiko von Versorgungsengpässen erhöhen. Erforderlich ist eine Syn-

chronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein hohes Maß an Netzstabilität und Versorgungssicherheit ist dauerhaft nur gesichert, wenn die Netzintegration der Erneuerbaren Energien in effizienter und systemoptimaler Weise gelingt.

Ausbau und Modernisierung ist auf allen Netzebenen erforderlich, sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilernetz. Die regionalen Verteilernetze müssen zu „intelligenten“ Leitungssystemen ausgebaut werden, weil zunehmend mehr Verbraucher zu Erzeugern werden und ihren Strom unregelmäßig einspeisen. Die überregionalen Übertragungsnetze müssen mit bedarfsgerecht innovativer Technik, wie etwa Hochspannungsgleichstromübertragung, ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, um die Erzeugungszentren im Norden mit den Lastzentren im Süden Deutschlands zu verbinden.

Wir streben die Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer **Deutschen-Netz-Gesellschaft** an. Die öffentliche Hand beteiligt sich an der Netz-AG (und ihren Erträgen) durch Investition in den Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen Großprojekten und nimmt somit eine Steuerungsfunktion wahr.

Die **Anreizregulierung** muss Innovationen und Investitionen in den Verteilnetzen besser abbilden als bisher. Der Netzbetrieb muss intelligenter auf die zunehmende Einspeisung auf unteren Spannungsebenen reagieren können, um Systemstabilität zu gewährleisten. Die Anreizregulierung muss so ausgestaltet werden, dass sie den Aufbau von Intelligenten Netzen, Stromspeichern und Komplementärkapazitäten fördert.

Zur Netzstabilität und Kostensenkung trägt auch eine **Flexibilisierung der Energienachfrage** („Demand-Side-Management“) bei. Neben der Vergütung abschaltbarer Lasten von Großverbrauchern ist dazu auch das Potenzial des Mittelstands wie der privaten Verbraucher zu nutzen.

Für **Akzeptanz** und Durchsetzbarkeit von Energieinfrastrukturprojekten ist die frühzeitige Konsultation und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen unabdingbar. Hilfreich sind auch unmittelbare Beteiligungen der Bevölkerung, wie z. B. in Form von „Bürger-Windparks“, Energiegenossenschaften, Netzbeteiligungen etc.. Wir werden eine **Clearingstelle „Naturschutz und Energiewende“** einrichten. Als Anlaufstelle für Kommunen, Bürgerinitiativen, Planungsträger, Energiewirtschaft und Umweltverbände soll sie die Interessen der Energiewende und des Naturschutzes in Einklang bringen.

Wir brauchen zu unseren Nachbarländern mehr **grenzüberschreitende Kuppelstellen**, um ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz zu schaffen.

Komplementär zum Netzausbau müssen **Speichertechnologien** gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen. Auch europäische Speichermöglichkeiten, etwa Wasserspeicher in Skandinavien und den Alpen, sollten gefördert werden.

Das geltende **Atomgesetz** lässt den Betreibern von Atomkraftwerken nach deren Stilllegung die Wahl zwischen dem Antrag auf Genehmigung eines „sicheren Einschlusses“ und auf Rückbau eines Atomkraftwerks. Der „sichere Einschluss“ ist ein für die Bevölkerung unzumutbares Verfahren im Umgang mit stillgelegten Atomkraftwerken. Wir wollen diese Option im Atomgesetz streichen. Wir werden nicht nur an den Atomausstiegsbeschlüssen in Deutschland festhalten, sondern uns auch international für mehr Sicherheit bei Atomkraftwerken bzw. für deren Abschaltung engagieren. Auch darf der Export von Atomtechnologie etwa zum Bau neuer Reaktoren im Ausland nicht unterstützt werden.

Wir gestalten die Suche nach einem nationalen Atommülllager mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien neu, um einen gesellschaftlichen und politischen Konsens zu erreichen.

Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der **Fracking-Technologie** zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll so lange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.

Die Energieeffizienz zur Priorität machen.

Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau, sondern auch in den so genannten Querschnittstechnologien (z. B. Beleuchtung, Kühlung, Pumpen, Motoren, Druckluft) stehen innovative Technologien zur Verfügung, die den Strombedarf drastisch vermindern.

Bei den Energiesteuern darf es für die Industrie in Zukunft nur noch Steuervergünstigungen geben, wenn im Rahmen eines angemessenen **Energiemanagements** nachgewiesen wird, dass der Energieverbrauch tatsächlich so weit vermindert wurde, wie es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

Der deutliche Ausbau der dezentralen, effizienten und klimafreundlichen **Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** ist einer der wesentlichen Beiträge zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen schaffen und sorgen für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme.

Die **Gebäudesanierung** bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Wir wollen das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wieder deutlich erhöhen. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Um einen möglichst hohen Effizienzgewinn zu erreichen, sollte beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden. Bisher geht es um die Verbesserung der Energieeffizienz einzelner Gebäude.

In Zukunft wird sich der Blick stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten müssen. Wir werden dabei dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden.

Der daniederliegende **europäische Emissionshandel** ist zu reaktivieren. Er muss wieder das zentrale marktwirtschaftliche Instrument werden, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen.

Europäische Verbrauchsstandards für Autos, Haushaltsgeräte, Beleuchtung, die bisher weit hinter den technischen Möglichkeiten zurückbleiben, sollen sich am fortschrittlichen Stand der technischen Entwicklung orientieren, ohne bestimmte Technologien festzulegen (Top-Runner-Ansatz).

Die Energiewende muss sozialverträglich gestaltet werden.

Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Umso wichtiger ist es, sie effizient umzusetzen und die Lasten gerecht zu verteilen. Deutschland hat bereits heute mit die höchsten Strompreise in Europa. Knapp die Hälfte des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen. Ziel muss es sein, die Belastungen sowohl für den einfachen Stromkunden als auch für die in Deutschland produzierende Industrie so gering wie möglich zu halten. Preissenkungs-Potenziale auf der Erzeugungs- und der Verbrauchsseite müssen ausgeschöpft werden.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Wie die Bergwerke sollten auch die Energiekonzerne für Folgeschäden haften, indem sie Rückstellungen bilden.“



Wir sorgen dafür, dass die Kosten für den Atommüll und den Abriss von Atomkraftwerken auf jeden Fall durch die Verursacher getragen werden. Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.

Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und sollte reduziert werden. Die Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen. Dies kann durch erhöhte Einnahmen aus der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage finanziert werden.

Damit alle Einkommensgruppen sich energieeffiziente Geräte und Anlagen leisten können, werden wir neben Energieberatungen auch Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte und kleine Unternehmen auflegen. Bei Leistungsbeziehern ist sicherzustellen, dass Zuschüsse nicht auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden.

III. BILDUNG, GLEICHBERECHTIGUNG UND ZUSAMMENLEBEN IN EINER MODERNEN GESELLSCHAFT

Sozialdemokratische Politik will allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Alle Menschen sollen gleiche Chancen und Perspektiven haben, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung oder einer bestehenden Behinderung. Freiheit, damit meinen wir nicht allein eine Freiheit von etwas, sondern auch eine Freiheit zu etwas: die Freiheit, sich zu entfalten, teilzuhaben und selbst zu entscheiden. Es geht darum, sein Leben in die eigenen Hände nehmen, aus seinem Leben etwas machen zu können. Dass Freiheit kein leeres Versprechen ist, sondern eine Realität, die für alle gilt, ist unser Anspruch an eine moderne und gerechte Gesellschaft.

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten **Bildung ein Grundrecht**, und zwar für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem ist entscheidend für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Solidarisches Miteinander, gegenseitige Unterstützung und das Stärken der jeweiligen individuellen Fähigkeiten prägen unsere Bildungspolitik.

Fortschritt und Erfolg einer Gesellschaft bemessen sich auch daran, wie Menschen miteinander leben und arbeiten. Nur eine **gleichgestellte Gesellschaft** ist eine moderne Gesellschaft. Und nur eine gleichgestellte Wirtschaft ist eine zukunftsfeste Wirtschaft. Gleichstellung und Selbstbestimmung machen es möglich, aus eingefahrenen Rollen auszubrechen und die Herausforderungen im Alltag, in Beruf und Familie partnerschaftlich zu teilen, ohne dass einer der Partner den Kürzeren zieht. Dafür brauchen wir klare Regeln für die Wirtschaft und eine Politik des Miteinander.

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse und ein modernes Leitbild. Dabei wollen wir den gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern in den Blick nehmen und passgenaue Rahmenbedingungen anbieten, die in jeder Lebensphase jeder und jedem die gleichen Wahlmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnen. Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. „Gender-Mainstreaming“ soll wieder durchgängiges Leitprinzip im Regierungshandeln sein.

III.1 CHANCENGLEICHHEIT UND AUFSTIEG DURCH BILDUNG

Internationale Vergleiche zeigen die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Insbesondere finanzielle Hürden verstärken soziale Benachteiligungen und halten Menschen von Bildung fern. Unser Ziel ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

Wo wir Verantwortung tragen, gibt es keine Studiengebühren und werden Kita-Gebühren soweit möglich schrittweise abgeschafft. Und wir unterstützen Menschen in Schule, Berufsbildung und Studium, wenn sie Hilfe brauchen. Allein die Ziele und Wünsche, der Eifer und die Potenziale der Menschen sollen über Bildungswege entscheiden.

Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, in dem individuelle Förderung gelebt wird. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und Chancengleichheit im Bildungssystem verwirklichen.

Wir wollen, dass alle Menschen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihr Potenzial zu entwickeln.

Frühkindliche Bildung ist entscheidend für gleiche Startchancen. Deshalb müssen wir sowohl das Angebot an Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen, als auch die Qualität der Bildungsinhalte erhöhen. Der **Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz** muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts oder die Höhe der Kita-Gebühren über Bildungschancen der Kinder entscheidet. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch daher werden wir das bildungsfeindliche **Betreuungsgeld abschaffen**. Die bis zu **2 Mrd. Euro**, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder, einschließlich der gezielten Sprachförderung zur besseren Integration von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Situation oder den geringen deutschen Sprachkenntnissen ihrer Eltern benachteiligt sind. Die gestiegenen Anforderungen müssen ihren Niederschlag auch in einer guten, inklusions- und praxisgerechten Ausbildung des Fachpersonals finden. Wir werden dies von der Bundesseite durch eine **Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher** unterstützen.

Im Schulbereich wollen wir durch mehr und bessere Ganztagsangebote und längeres gemeinsames Lernen mehr Chancengleichheit erreichen. Die **Ganztagschule** ist ein Erfolgsmodell, das mehr Zeit zum Lernen bietet. Hier gibt es Möglichkeiten für die gezielte Förderung für jede und jeden Einzelnen und für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anbieten – egal wo und in welcher Schulform. Wir wollen im Rahmen eines zweiten Ganztagsschulprogramms aber auch die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Nur mit ihnen können wir die großen Potenziale der Ganztagschule wirklich heben und mit Leben füllen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, gute Ganztagschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen und die Übergänge im Bildungssystem zu verbessern. Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen. Wir werden deshalb zunächst dafür sorgen, dass die von uns im Bildungs- und Teilhabepaket 2011

durchgesetzten Bundesmittel auch zukünftig zur Verfügung stehen, damit die eingesetzten Schulsozialarbeiter ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

Von der Kita bis zur Erwachsenenbildung ist Inklusion für uns ein grundlegendes Prinzip und integraler Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen. Sport und Bewegung spielen dabei eine wichtige Rolle. Unser Ziel ist es, gleiche Bildungschancen und ein Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems wollen wir sorgfältig vorbereiten und durch einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten.

Eine bessere, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für gleiche Bildungschancen. Die Grundlagen müssen schon in der Kita gelegt werden, aber auch die Schulen müssen einen Beitrag leisten, um besonders bei der Sprachförderung vorhandene Defizite auszugleichen und gemeinsam mit den Eltern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu schaffen. Wir sehen in der natürlichen Zwei- oder Mehrsprachigkeit ein wichtiges Potenzial, das durch eine gezielte sprachliche Förderung realisiert werden kann.

Die Qualität von Schule ist uns ein wichtiges Anliegen, denn auch hier gilt unsere Grundüberzeugung, dass Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem zwei Seiten derselben Medaille sind. Gute Bildung ist nicht denkbar ohne professionelle, engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen den Stellenwert der Lehrerausbildung an den Universitäten stärken. Außerdem wollen wir für alle, die schon im Berufsleben stehen, Angebote zur Lehrerfortbildung ausbauen, um sie bei der Vorbereitung auf neue Aufgaben zu unterstützen.

Es ist eine berechnete Erwartung an unser Schulsystem, dass Umzüge von einem Bundesland ins andere keine unnötigen Probleme schaffen. Der bereits eingeschlagene Weg hin zu mehr Vergleichbarkeit und Mobilität durch die Einführung nationaler Bildungsstandards ist richtig und muss konsequent weiter beschritten werden.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Bund soll Gesetzgebungskompetenz für Bildung bekommen durch
Grundgesetz-Änderung“



Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. Wir wollen es durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben, und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden.

(Fortsetzung)

Die SPD wird dafür sorgen, dass die zwischen den Ländern bereits vereinbarten nationalen Bildungsstandards auch verbindlich umgesetzt werden. Die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen wird sich dadurch deutlich verbessern. Insbesondere für die gymnasiale Oberstufe sollen in weiteren Fächern nationale Standards entwickelt werden. So machen wir das Abitur bundesweit vergleichbar.

Der weitere Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur und die Bewältigung der großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft erfordern massive Investitionen, die aber nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht lohnend sind: Durch Bildungsinvestitionen kann der zukünftige Fachkräftebedarf besser gedeckt werden. Zugleich können soziale Folgekosten, die sich aus zu geringen oder unterlassenen Bildungsinvestitionen ergeben, vermieden werden.

Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014 wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Davon soll der Bund 10 Mrd. Euro bereitstellen. Die Länder sollen in ihrer eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit so gestärkt werden, dass sie weitere 10 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren können. Wir halten an dem Ziel fest, die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten zu heben. Dem Ziel von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung kommen wir mit 20 Mrd. Euro mehr pro Jahr einen großen Schritt näher und schaffen damit die Grundlage für einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland.

Duale Ausbildung als tragende Säule der Fachkräfteausbildung stärken und Fachkräftemangel abwenden.

Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Viele junge Menschen haben nach wie vor Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben. Immer noch erhalten jährlich über 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und fast 270.000 junge Menschen stecken in Maßnahmen, ohne eine qualifizierende Ausbildung zu erreichen. Und es ist nicht hinnehmbar, dass junge Menschen allein aufgrund des Namens oder der Herkunft bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden.

Wir wollen jungen Menschen einen reibungslosen Start in ihren Lebensweg ermöglichen. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds können das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Mit der Berufsausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben und setzen dabei zuallererst auf eine Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze. Wir werden ihnen mit der Bündelung und Intensivierung der zahlreichen Beratungsangebote und gemeinsam mit den Berufsschulen den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern und den Übergang in die duale Berufsausbildung fördern.

Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass Mädchen und Jungen gleichermaßen gut beraten in den Beruf starten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufe sowie der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe wollen wir eine Beratungsgarantie vor der Ausbildung für junge Menschen, die verbindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen gewährleistet. Obwohl es rund 350 Ausbildungsberufe gibt, legen sich fast 80 Prozent der Jugendlichen nur auf etwa 40 Berufsmöglichkeiten fest.

Für die Sozialdemokratie bildet die **duale Ausbildung** eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen. **Zu einer guten Ausbildung gehört aber nicht nur ein Ausbildungsplatz. Auch die Ausbildungsqualität muss stimmen.** Wir wollen die Qualität der schulischen Ausbildungen und die Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben verbessern und werden deshalb gemeinsam mit den Tarifpartnern eine Qualitätsoffensive für die betriebliche Ausbildung starten. Dazu gehört für uns auch eine Mindestausbildungsvergütung. Die drei- und dreieinhalb-jährigen Ausbildungsgänge werden wir wieder stärken. Die berufliche Aufstiegsfortbildung werden wir stärken, indem wir die Förderung verbessern und die Absolventinnen und Absolventen auf ihrem Weg in unternehmerische Verantwortung besser unterstützen.

Wir wollen die **Übergänge** von frühkindlicher Bildung in die Grundschulen, vom Primar- in den Sekundarbereich und von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung verbessern. Auch die Übergänge zwischen verschiedenen Schulformen sollen erleichtert werden. Wir begrüßen die Vielfalt von Schulträgern, wo sie mit diesen Zielen vereinbar ist.

Wir setzen uns dafür ein, Räume der non-formalen Bildung zu stärken, da hier ebenso wichtige Ergebnisse in Bildungsprozessen erreicht werden.

Gute Hochschulen sind Motoren für die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Als Bildungsinstitutionen und als zentrale Orte der Wissenschaft sind Hochschulen Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Ein gutes Studium für alle Studierenden zu ermöglichen – das muss an den Hochschulen wie auch in der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren eine herausgehobene Rolle spielen. Akademische Bildung muss in ihrem Anspruch dem Heranführen der Studierenden an eigenständige und eigenverantwortliche, an den Prinzipien der Wissenschaft orientierte Arbeit gerecht werden.

Das Thema gute Lehre und Initiativen zur **Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium** gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen, denn gute Lehre ist ein, wenn nicht das wesentliche Qualitätsmerkmal einer guten Hochschule. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen.

Es kommen immer mehr Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien,

sozialen und kulturellen Hintergründen und Lebensentwürfen an die Hochschulen – dem müssen die Hochschulen durch gezielte Angebote, aber auch durch eine bessere Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten gerecht werden. Die **Öffnung der Hochschulen** für beruflich Qualifizierte wollen wir weiter vorantreiben, indem wir die Hochschulen bei der Schaffung und dem Ausbau von Angeboten des **Studiums ohne Abitur** unterstützen.

Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine **Ausweitung des Hochschulpakts** die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine **Master-Zugangsberechtigung**.

Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir auf der Grundlage neuer verfassungsrechtlicher Möglichkeiten die **Grundfinanzierung der Hochschulen** stärken, um durch verlässliche Finanzstrukturen vor allem die Qualität der Lehre zu verbessern.

Zu einem guten Studium gehört eine gute **soziale Infrastruktur an Hochschulen**. Wir wollen das Angebot an günstigem studentischem Wohnraum, Beratungsmöglichkeiten und Mensen bedarfsgerecht ausbauen. In Zukunft müssen außerdem die Probleme von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt und Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen erweitert werden.

Ein **gebührenfreies Studium** und ein starkes **BAföG** sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass finanzielle Gründe niemanden vom Studium abhalten. Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiterentwickeln. Das Schüler-BAföG wollen wir revitalisieren.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Deutschlandstipendium wollen wir auslaufen lassen und die frei werdenden Mittel zur Verbesserung des BAföG verwenden.

Forschung und Entwicklung für den Fortschritt.

Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von herausragender Bedeutung. Innovationen aus Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zur Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bei. Mit der Forschungsförderung aus öffentlichen Mitteln gewährleisten wir, dass Forschung und Entwicklung in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden.

Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Energiewende und ressourcenschonendes Wirtschaften, Gesundheit und Demographie, sozialer Zusammenhalt und digitale Sicherheit – dazu brauchen wir neue Vorstöße aus allen Wissenschaftsdisziplinen.

Gute Hochschulen sind ohne **Forschung** nicht denkbar. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Durch eine entsprechende Aus-

richtung der Forschungsfinanzierung wollen wir dafür Sorge tragen, dass Forschung an Hochschulen so gefördert wird, wie es ihrer zentralen Rolle im Wissenschaftssystem entspricht. Der Schlüssel liegt in einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten exzellente Arbeit. Um ihnen eine verlässliche Planung über längere Zeit hinweg zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder im **Pakt für Forschung und Innovation** verpflichtet, die Förderung der großen Forschungsorganisationen jährlich zu steigern. Diese verlässliche Förderung wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die Wissenschaft in Deutschland hat durch die Exzellenzinitiative deutlich an internationaler Sichtbarkeit gewonnen. An vielen Universitäten wurden strategische Entwicklungen in Gang gesetzt, interdisziplinäre Cluster wurden gegründet und der Ausbau von Graduiertenschulen hat einen Schwung erfahren. Es ist wichtig, dass diese positive Entwicklung auch zukünftig fortgesetzt wird.

Das Prinzip der „**Guten Arbeit**“ muss auch in **Wissenschaft und Forschung** gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** Mindeststandards für Befristungen schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.

Um den zahlreichen **Nach Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern**, die insbesondere im Rahmen der Exzellenzinitiative in das deutsche Wissenschaftssystem gekommen sind, **verlässliche Karriereperspektiven** zu bieten, brauchen wir zusätzliche Stellen in allen Personalkategorien: Professuren, Juniorprofessuren und akademischer Mittelbau.

Frauen sind in Wissenschaft und Forschung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir wollen den **Frauenanteil im Wissenschaftssystem** durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen. In wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von mindestens 40 Prozent erreichen.

Transparenz und Partizipation bei der Festlegung von Forschungszielen und deren finanzieller Ausstattung wird von der Zivilgesellschaft zu Recht eingefordert. Wir richten daher beim Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Wissenschaftsforum ein, in dem der Zivilgesellschaft eine signifikante Partizipation, insbesondere bei der Bearbeitung zentraler Zukunftsfragen (z.B. Klimawandel, Energiewende, Ernährungssicherheit, Urbanisierung, Armutsbekämpfung), in öffentlich geförderten Projekten sichergestellt wird. Das Wissenschaftsforum unterhält zudem einen eigenen Wissenschaftsfonds, durch den partizipative und transdisziplinäre Projekte mit besonderer gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung zusätzlich unterstützt werden können.

Niemand darf zurückbleiben.

Niemand darf zurückbleiben. Unser Bildungssektor muss immer wieder neue Chancen

eröffnen und durchlässig sein. Das ist in Deutschland bisher nicht erreicht. Im Gegenteil: 7,5 Millionen Menschen in Deutschland verfügen heute nicht über notwendige Lese- und Schreibkompetenzen. Rund 2,2 Millionen junge Erwachsene unter 35 haben keinen Berufsabschluss und bleiben überwiegend in gering bezahlten Hilfstätigkeiten. Wir wollen diesen Gruppen durch gezielte Maßnahmen neue Perspektiven eröffnen. Mit einer Alphabetisierungs-Dekade wollen wir die **direkten Grundbildungsangebote** ausbauen.

Jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss wollen wir eine nachholende, vollwertige Qualifizierung anbieten.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle, der den Bürgerinnen und Bürgern gute Beratung und abgesicherte Freistellungsphasen garantiert. In diesem Sinne wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Tarifpartner wollen wir unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern. Denjenigen Berufstätigen, die ihren beruflichen Aufstieg durch Bildung durch Lehrgänge oder ein Studium in die Hand nehmen, wollen wir helfen, unabhängig von ihrem Alter oder bisherigen Bildungsstand. Das Aufstiegsstipendium für beruflich Qualifizierte wollen wir zu einem Förderanspruch für ein Studium ohne Abitur weiterentwickeln.

Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernnt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

III.2 GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN

Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedliche Leben führen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Jeder Form des Sexismus und allen Formen von frauenverachtendem Verhalten und Gewalt gegen Frauen sagen wir den Kampf an. Politik muss das Rüstzeug bereitstellen für unterschiedliche Lebensmodelle. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann.

Die umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und sich in ihr engagieren. Wir wollen eine Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich jeder Form der Diskriminierung widersetzt und eine Kultur des Widerspruchs fördert, wenn bewusst oder unbewusst Rechte und Würde des Menschen verletzt werden, und einen Staat, der diese Würde und Rechte wirksam schützt. Wir bekämpfen jede Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Deswegen wollen wir die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um die sexuelle Identität ergänzen. Wir gehen entschieden vor gegen Homophobie und tragen zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen bei. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen. Wir achten und schätzen die Religionsfreiheit und die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Deutschland. Deutschlands große Stärke ist seine vielfältige Gesellschaft. Integration findet aus der Mitte der Gesellschaft statt.

Frei in ihren Entscheidungen sein und den eigenen Lebensentwurf verwirklichen – das wollen auch gleichgeschlechtliche Paare. Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften allein mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen.

Nicht jeder Mensch fühlt sich dem Geschlecht zugehörig, das bei der Geburt festgestellt wurde. Und nicht jeder Mensch wird eindeutig weiblich oder männlich geboren. Im Bewusstsein dieser Realität setzen wir uns für die Achtung der Menschenwürde, der geschlechtlichen Selbstbestimmung und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit trans- und intergeschlechtlicher Menschen ein.

Die Rollen von Frauen und Männern haben sich verändert, ebenso die Vorstellungen von **Partnerschaft und Familie**. Die Menschen leben in unterschiedlichen Modellen allein oder miteinander. Sie sind verheiratet oder unverheiratet, sie sind Singles oder geschieden, allein erziehend oder in Patchwork-Familien. Sie leben in einer oder mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Das erfordert eine in sich schlüssige Politik, die nicht länger nur unverbunden repariert, sondern sich am Lebensverlauf orientiert.

Das gilt auch für das Einkommensteuerrecht. Das **Ehegattensplitting** begünstigt die Einverdienerehe und die Steuerklassenkombination III/V führt zu einer unangemessen hohen monatlichen Belastung des niedrigeren Einkommens. Dies hindert Frauen an Erwerbstätigkeit und hält sie hartnäckig in der Rolle von Zuverdienerinnen. Außerdem ist es gesellschaftlich ungerecht: Der Splittingvorteil ist am größten einerseits für Spitzenverdiener und andererseits für Paare mit der größten Einkommensdifferenz zwischen den Partnern. Wir wollen das Steuersystem so erneuern, dass sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für verheiratete Frauen lohnt und die Vielfalt der Familienformen berücksichtigt wird. Wir wollen Alleinerziehende steuerlich mehr als bisher entlasten. Das Familiensplitting lehnen wir ab, weil es nur die Spitzeneinkommen begünstigt.

In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, wobei aber die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das so genannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert.

Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind: beim Start in das Erwerbsleben, beim Lohn, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie bei beruflichem Aufstieg und der Beteiligung in wirtschaftlichen Entscheidungen.

Immer mehr Frauen sind berufstätig. Finanziell auf eigenen Beinen stehen viele deshalb noch lange nicht. Frauen werden trotz bester Ausbildung weiterhin benachteiligt. Diese Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden. Dass Frauen erheblich weniger verdienen als Männer hat strukturelle, keinesfalls aber selbst verschuldete Gründe.

Frauen müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden wie Männer. Wir werden mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** die Betriebe verpflichten, Lohndiskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden. Durchschlagskraft hat ein solches Gesetz nur, wenn Betriebe bei Untätigkeit sanktioniert werden.

Auch um die gläserne Decke für Frauen einzureißen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Wir werden deshalb eine **40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte** und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen, auch weil eine ausgewogenere Führungsstruktur die Unternehmenskultur auf allen Ebenen verbessern kann. Bei der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen muss der öffentliche Sektor beispielhaft vorangehen.

Das Bundesgremienbesetzungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz werden wir überarbeiten. Der öffentliche Sektor muss mit gutem Beispiel vorangehen. Damit werden wir bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen in Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen beginnen.

Wir wollen analog dem Bundesgleichstellungsgesetz verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien, in denen sie unterrepräsentiert sind, für die Privatwirtschaft einführen.

Wir wollen den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Wir wollen sie stärker dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

Dauer und Lage der Arbeitszeit beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Wir sehen

den generellen Trend zu wieder längeren Arbeitszeiten kritisch. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den **Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen** und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen.

Es bedarf sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch einer besseren Infrastruktur und verlässlicher Rechtsansprüche bei der Bildung und Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Auch Väter wollen sich verstärkt in die Familie einbringen und mehr Zeit investieren. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.

Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

Wir werden im Teilzeit- und Befristungsgesetz für Eltern und pflegende Angehörige den Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit um ein Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit ergänzen. Wir werden das bestehende Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchsetzen. Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Es geht darum, den Bedürfnissen der Beschäftigten über verschiedene Phasen des Erwerbslebens besser gerecht zu werden.

Jobs auf unterschiedlichen Hierarchieebenen müssen flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können. Die Möglichkeiten von **Job-Sharing** sollen ausgebaut werden. Die Arbeitszeiten sollen dem Lebensverlauf folgen. Dafür werden wir den **Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung** konkretisieren und stärken.

Wir wollen Betriebe in dieser Revolution des Arbeitsmodells unterstützen: Sie brauchen Anreizsysteme zur Einführung von **Lebensarbeitszeitkonten** und **Arbeitszeitkonten**, die kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen bspw. für Pflege und Betreuung oder längere Unterbrechungen für Weiterbildung ermöglichen. Wir setzen uns auch für mehr **Mitbestimmung** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, wenn Arbeitszeiten aus betrieblichen Gründen reduziert werden.

Wir brauchen eine **neue Arbeitskultur**. Es muss um Ergebnisse der Arbeit gehen, statt um Anwesenheitszwang und Überstunden. Die Möglichkeiten von mobilen und internetbasierten Arbeitsformen können helfen, mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zu schaffen. **Aber:** Freizeit muss Freizeit sein. Wir unterstützen die Tarifpartner darin, Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ermöglichen. Wir wollen familienfreundliche und gesunde Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung.

III.3 FAMILIEN GEHEN VOR

Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen. Zur Familie gehören

Jung und Alt. Es geht uns um ein solidarisches Miteinander der Generationen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaftlichkeit leben zu können.

Dafür brauchen wir vor allem eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Unsere moderne Familienpolitik orientiert sich an diesem Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld.

**Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Förderprogramm von Ganztagskitas und -schulen durch den Bund“**



Wir wollen in ganz Deutschland stufenweise ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagssschulen ausbauen. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts über Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch deshalb werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

Die SPD hat bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab einem Jahr durchgesetzt. Wir werden diesen zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung weiterentwickeln. Mit einem Stufenplan soll ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagssschulen entstehen.

Wir wollen gute frühkindliche Bildung.

Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Familienzentren bieten wichtige Angebote der Elternbildung und -beratung. Wir wollen sie weiter fördern. Wir wollen auch die Qualität der Einrichtungen weiterentwickeln. Die gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher müssen ihren Niederschlag auch in einer guten Ausbildung finden. Wir werden dies vom Bund aus durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher unterstützen.

Auch die Kindertagespflege muss konsequent in das Gesamtkonzept einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und Betreuung eingebunden werden, um Eltern bei Bedarf eine Alternative zu Krippe oder Kita zu bieten und den Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder auch im ländlichen Raum zu realisieren. Bislang bleibt jedoch ihr Ausbau deutlich hinter den gesetzten Zielen zurück. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Ländern bessere Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige

Kindertagespflege schaffen. Dazu gehört unter anderem eine aktivere Steuerungsrolle der Jugendämter in der Kindertagespflege, eine stärkere Vernetzung von Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen sowie die bessere und überregional vergleichbar geregelte Qualifizierung, Fortbildung und Bezahlung von Tagespflegepersonen.

Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen können.

Neben einer guten Infrastruktur brauchen Familien aber auch eine gute materielle Absicherung. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit in der Familienförderung sorgen. Heute bekommt ein Spitzenverdiener mehr Entlastung für seine Kinder als ein Normalverdiener, dies ist ungerecht. Gleichzeitig gelingt es im aktuellen System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Deshalb werden wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Mit unserem „sozial gestaffelten Kindergeld“ werden wir ein einkommensabhängiges Kindergeld für geringe und untere mittlere Einkommen einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Es wird künftig **Familien mit kleineren Einkommen überdurchschnittlich fördern** und nicht mehr die mit den höchsten Einkommen. Beispielsweise sollen berufstätige Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von unter 3.000 Euro monatlich künftig ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat **erhöhtes Kindergeld** erhalten. Alle anderen Familien erhalten je Kind einheitlich wie bisher ein Kindergeld von 184 Euro im Monat. Der darüber hinaus gehende bisherige Steuervorteil für Familien mit hohen Einkommen entfällt. Für dritte und weitere Kinder bleibt es bei den erhöhten Kindergeldsätzen. Für die Finanzierung des sozial gestaffelten Kindergeldes werden wir auch die Familienleistungen einer Überprüfung unterziehen.

Das Neue Kindergeld ist eine wichtige Ergänzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro. Mindestlohn und Neues Kindergeld sorgen gemeinsam dafür, dass Eltern, die Vollzeit arbeiten, nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.

Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen, gekoppelt mit dem Neuen Kindergeld, ist unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Sie verbindet gute Bildungschancen für alle Kinder mit einer gerechten materiellen Absicherung für Familien.

Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Dieses Recht gilt es sicherzustellen. Das Bildungspaket für bedürftige Kinder, das 2011 eingeführt wurde, erfüllt diesen Anspruch nicht in zufriedenstellender Form. Wir werden es reformieren.

Um die Kinder von Alleinerziehenden zu stärken, werden wir den Unterhaltsvorschuss ausbauen und Alleinerziehende besser dabei unterstützen, Unterhaltsansprüche durchzusetzen.

Wir wollen mehr Zeit für Familie schaffen, indem wir Eltern besser dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

Wir brauchen mehr Zeit für Familie. Neben einer besseren Infrastruktur ist eine familienfreundliche Arbeitswelt notwendig. Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben,

ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

Wir wollen sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird. Wer familienbedingt in Teilzeit gegangen ist, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren. Das erfolgreiche Elterngeld werden wir so weiterentwickeln, dass Partnerschaftlichkeit gestärkt wird. Mütter und Väter können heute nur sieben Monate lang gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen. Das werden wir ändern: Auch sie sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können.

Wir werden auch Alleinerziehenden mit gemeinsamer Sorge den Bezug von maximal 14 Monaten Elterngeld ermöglichen, wenn vom anderen Elternteil kein Elterngeld beansprucht wird. Wir wollen das Basiselterngeld für SGB II Empfänger/innen wieder anrechnungsfrei stellen.

Aufgrund des demografischen Wandels sind immer mehr Menschen pflegebedürftig. Die meisten von ihnen werden von Familien gepflegt. Die große Herausforderung für die Angehörigen von Pflegebedürftigen hat längst die Familien erreicht. Die Doppel- manchmal Dreifachbelastung der Betroffenen führt oft zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsprozess bleiben und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir Angehörige von Pflegebedürftigen besser dabei unterstützen, Beruf, Pflege und Sorgearbeit zu vereinbaren. Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden gesetzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld koppeln. Für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entwickeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, müssen wieder auf die alte Arbeitszeit zurückkehren können. Beide Maßnahmen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

III. 4 JUGENDPOLITIK

Gestiegene Bildungserfordernisse, Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten, Leistungs- und Zeitdruck – die Anforderungen an junge Menschen sind gewachsen. Aufgrund dieser gestiegenen Anforderungen ist für ein gutes Aufwachsen aller jungen Menschen mehr denn je öffentliche und gesellschaftliche Verantwortung gefragt. Wir wollen junge Menschen befähigen, ihre Talente zu entdecken und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Sichtbare und unsichtbare Hindernisse, die durch soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche Unterschiede bestehen, wollen wir aus dem Weg räumen – wie auch Hindernisse, die auf das Geschlecht oder die sexuelle Identität zurückzuführen sind. Wir wollen allen jungen Menschen gutes Aufwachsen und Aufstieg durch gleiche Chancen und echte Teilhabe ermöglichen. Passgenaue Rahmenbedingungen müssen an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der

jungen Menschen ausgerichtet sein. Dies geht nur mit einer schlüssigen und stimmigen Jugendpolitik, die auf die Bedürfnisse der jungen Menschen abgestimmte Angebote für verschiedene Lebenslagen macht. Notwendig ist, Jugendpolitik als zentrales Politikfeld, als Zukunftspolitik zu begreifen und zu gestalten.

Gute Jugendpolitik lässt deshalb Zeit und Raum für Entwicklung. Jugendpolitik muss der Persönlichkeitsentfaltung verpflichtet sein. Deshalb wollen wir alle jungen Menschen dabei unterstützen, ihren Weg zu gehen und sich selbst zu entfalten durch ein selbstbestimmtes Leben. Dazu brauchen Jugendliche lokale, zeitliche, partizipative und ökonomische Freiräume.

Besonders bei den **Übergängen von Schule in Ausbildung oder Studium** und dann in den Beruf müssen Jugendliche immer wieder Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden. Wir wollen eine Politik, die Fehler verzeiht und zweite, dritte und jede weitere Chance gewährt, die ein junger Mensch braucht, um seinen Weg zu finden. Gute Jugendpolitik ist „integrierte soziale Lebenslaufpolitik“, die in der jeweiligen Lebenslage die optimale Unterstützung gewährt.

Damit junge Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können, damit sie ihre Freiräume nutzen können, müssen sie frei sein von existenziellen Sorgen. Sie brauchen eine **verlässliche soziale Sicherung**. Deshalb setzen wir auf gute Arbeit, existenzsichernde Löhne, soziale Sicherung – für die Eltern und für die Jugendlichen selbst. Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene ist das Armutsrisiko besonders hoch, wenn der Übergang in eine existenzsichernde und sozial abgesicherte Beschäftigung schwierig ist oder nicht gelingt. Deshalb wollen wir allen Jugendlichen einen Schul- und Berufsabschluss ermöglichen. Ein fairer Einstieg ins Berufsleben und gute Arbeit müssen sich anschließen. Dabei darf uns kein junger Mensch verloren gehen. Das BAföG muss sicherstellen, dass Bildungsbeteiligung nicht an mangelndem Geld scheitert.

Gute Jugendpolitik stellt gute Infrastruktur zur Verfügung. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen verlässliche Strukturen und gute Angebote. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur Freizeitgestaltung, Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrechterhalten und neu schaffen zu können. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer starken Demokratie. Denn dort, wo soziale Infrastruktur wegbreicht, werden antidemokratische Strukturen gestärkt.

Für uns ist dabei klar: Orte der **Jugendarbeit** gehören genauso wie Kita und Schule zur Grundversorgung. Jugendarbeit muss gestärkt werden und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern sind hierfür die zentralen Förderinstrumente. Hierzu zählt auch eine ausreichende Förderung bundeszentraler Infrastruktur der Jugendverbände.

Wir wollen eine **Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen** unter

Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln. Diese Gesamtstrategie umfasst die vier Dimensionen, die das Bundesjugendkuratorium 2009 in seiner „Neupositionierung von Jugendpolitik“ entwickelt hat. Das sind Schutz- und Unterstützungspolitik, Befähigungspolitik, Teilhabepolitik und Generationenpolitik.

Eine gute Jugendpolitik muss flexibel bleiben. Denn die Bedingungen, unter denen junge Menschen heranwachsen, sind im Fluss, die Jugendphase verändert sich stetig. Was gute Jugendpolitik ausmacht, muss deshalb ständig neu ausgehandelt werden. Wir wollen diesen Dialog suchen und führen und hierfür entsprechende Strukturen zur Verfügung stellen. Dabei ist wichtig, junge Menschen als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner anzuerkennen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Ein zentrales Instrument sind die Strukturen der **Jugendverbandsarbeit**. Jugendverbände sind breit und heterogen zusammengesetzt und demokratisch legitimierte Interessenvertretung junger Menschen. Wir wollen Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Sie können wichtige Beiträge im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik leisten.

Gerade das freiwillige Engagement junger Menschen ist wichtig für die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Bei dem neu eingeführten Bundesfreiwilligendienst sehen wir erheblichen Nachbesserungsbedarf. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau der bewährten Jugendfreiwilligendienste. Wir wollen Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste durch ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen und mehr Anerkennung für Freiwilligendienstleistende erreichen.

Wir wollen auch die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gezielt verbessern. Deshalb werden wir gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem werden wir prüfen, wie wir Auszubildenden mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement geben können.

Gute Jugendpolitik hat die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und damit die Verwirklichung der **Rechte von Kindern und Jugendlichen** zum Ziel. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie vereinbar sind mit den international vereinbarten Kinderrechten. Außerdem wollen wir die **Kinderrechte im Grundgesetz verankern**.

Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen soll frei von jeder Form von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt stattfinden. Um sexualisierter Gewalt entschieden entgegenzutreten und ihr zum Schutz der Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig vorzubeugen, fördern wir verstärkt Präventionskonzepte und -maßnahmen. Betroffenen wollen wir verbesserte Hilfen ermöglichen. Wir wollen die strafrechtliche Verfolgbarkeit von Kindesmissbrauch durch Verlängerung der strafrechtlichen Ruhens- und Verjährungsfristen ausweiten. Zudem ist für uns die unabhängige Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens in der Vergangenheit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die wir unterstützen werden.

III.5 GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE: FÜR EINE MODERNE INTEGRATIONSPOLITIK

Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.

Gemeinsam mit den Ländern wollen wir deshalb die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung weiterentwickeln.

Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber auch: Das erfolgreiche Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen. Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.

Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind die Grundlagen einer solchen Gesellschaft. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Aber ob Integration und Zusammenleben gelingen, entscheidet sich in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Deshalb dürfen die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration nicht alleine gelassen werden. Stadtteile, die besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen erbringen, bedürfen gezielter Unterstützung. Die massiven Kürzungen beim Programm „**Soziale Stadt**“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP haben verheerende Folgen für die Integration vor Ort. Dies betrifft insbesondere die komplette Streichung sozial-integrativer Maßnahmen, wie etwa zum Spracherwerb oder zur Betreuung von Jugendlichen. Auf kommunaler Ebene wollen wir unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen die lokalen Bündnisse für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt wieder stärken.

Denjenigen, die nach Deutschland eingewandert sind, wollen wir mehr Teilhabe ermöglichen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine **Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts**. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Was wir brauchen ist ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entspricht, faire Chancen auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle eröffnet und das Selbstbild Deutschlands als ein weltoffenes Land unterstreicht.

Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche Staatsbürger sind und bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet. Ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. Meisterprüfung) erwerben, wollen wir ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten.

Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das **kommunale Wahlrecht** nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Wir werden die Integrationsförderung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und die Qualität der Integrationskurse, einschließlich der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verbessern. Den Familiennachzug werden wir erleichtern.

Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legitimation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen. Mit weiteren Modellversuchen werden wir prüfen, ob auch die anonymisierte Bewerbung geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen. Zudem wollen wir die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten stärken.

Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Die SPD steht für eine **menschenwürdige Flüchtlingspolitik**. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern – müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren. Schutz benötigen insbesondere Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel oder Gewalt geworden sind.

Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention werden wir zügig dafür Sorge tragen, dass alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch wie Kinder behandelt werden. Wir wollen die so genannte Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken, die aber auch durchgesetzt werden muss.

Das sogenannte Flughafenverfahren hat heute angesichts sehr geringer Fallzahlen nur noch eine geringe Bedeutung. Deshalb wollen wir das Verfahren, das mit erheblichen Restriktionen verbunden ist, aussetzen.

Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldeten künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen. Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen: Wir werden das Aufenthaltsgesetz so ändern, damit bislang ausreisepflichtigen Jugendlichen und Heranwachsenden nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstigen ausreisepflichtigen Personen in Fällen nachhaltiger Integration ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird.

Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.

Die EU-Mitgliedstaaten sehen sich aktuell mit Armutszuwanderung aus Südosteuropa konfrontiert. Asylsuchende aus Serbien oder Mazedonien, aber auch EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Rumänien und Bulgarien verlassen ihre Herkunftsländer, um den prekären Verhältnissen, in denen sie leben, zu entkommen. Nur wenige der von außerhalb der EU Kommenden haben dabei Aussicht, als Flüchtlinge anerkannt zu werden.

Die armutsbedingte EU-Binnenwanderung stellt besonders die Kommunen vor gewaltige Herausforderungen. Die betroffenen Kommunen brauchen schnell die Unterstützung des Bundes.

Die SPD wird für die besonders von Armutszuwanderung betroffenen Städte ein Sofortprogramm des Bundes zur Verfügung stellen. Das Programm soll sich sowohl an die Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Kinder richten als auch an die ortsansässige Bevölkerung, um eine gemeinsame Entwicklung der Stadtteile und Quartiere zu ermöglichen, das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten und die Bildungs- und Integrationsangebote der Städte zu finanzieren.

Entscheidend ist aber auch hier eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten. Die Mitgliedstaaten der EU müssen den Schutz ihrer Minderheiten in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht gewährleisten.

III.6 KULTUR-, MEDIEN- UND NETZPOLITIK

Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zuallererst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die **Künstlerinnen und Künstler** im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern

verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und -honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist **Teilhabe** ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur sollen allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.

Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische **Verantwortung des Staates** sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.

- Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der **öffentlichen Kulturfinanzierung** unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung.
- **Denkmalschutz und Denkmalpflege** zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Verstetigung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt.

- Das **Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen** darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen.
- Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den **Filmstandort Deutschland** international wettbewerbsfähig zu erhalten und **Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche** zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Film-schaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.
- Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln, Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik**. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine **gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik** zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderungspolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen.

Netzpolitik ist für uns Gesellschafts- und Zukunftspolitik und ein Instrument der Gestaltung für die digitale Welt. Sie gehört in die Mitte der politischen Debatte. Uns ist zuallererst der **Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht** wichtig. Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Wir wollen, dass digitale Chancen für die Gestaltung des täglichen Lebens, für Teilhabe und auch für soziale Dienste so genutzt werden, dass Bürgerinnen und Bürger auch künftig souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können. Im Internet und bei sozialen Netzwerken sind wir für einen rechtlichen Ordnungsrahmen, der die Verbraucher schützt, die Meinungsvielfalt gewährleistet und für einen fairen Wettbewerb sorgt. Dafür setzen wir uns auf nationaler Ebene und in Europa ein.

Eine flächendeckende Breitbandversorgung auch in ländlichen Räumen wollen wir durch eine **Universaldienstverpflichtung** gesetzlich absichern. Darüber hinaus brauchen wir den dynamischen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Dabei setzen wir auf zusätzliche private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen werden. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern. Wir wollen dafür sorgen, dass in öffentlichen Räumen ein Zugang zum WLAN ermöglicht wird. Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Wir wollen überdies mehr Transparenz staatlichen Wissens durch **Open-Data-Projekte**, soziale Sicherheit in der digitalen

Arbeitswelt und das Nutzen emanzipatorischer Freiräume durch digitale Arbeit auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließlich das Nutzen der Chancen der digitalen Gesellschaft für eine Revitalisierung der Demokratie.

Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine **Modernisierung des Urheberrechts** ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.

- Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung.
- Das von Schwarz-Gelb beschlossene Leistungsschutzrecht lehnen wir ab. Wir werden nach der Regierungsübernahme ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Wir wollen unter Einbeziehung aller Akteure einen Vorschlag entwickeln, der die Möglichkeiten der Presseverleger zur Rechtsdurchsetzung im Hinblick auf ihre bereits bestehenden Urheberrechte stärkt, dabei die Interessen der Urheber (hier insbesondere Journalistinnen und Journalisten) vollständig wahrt, den Grundsatz der Informationsfreiheit gewährleistet und die Auffindbarkeit von Informationen gewährleistet.
- Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden.
- Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inhaftierung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90 Prozent aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Koope-

ration mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren. Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung bezüglich der Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus.

- Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden.

Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristig internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.

Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbstständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.

Unabhängige und vielfältige Medien sind ein Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern politische Teilhabe und Zugang zu Wissen. Die Medienwelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen. Um diesem Wandel zu begegnen, wollen wir in enger Abstimmung mit den dafür in erster Linie verantwortlichen Bundesländern Maßnahmen zur Fortentwicklung der Medienordnung der digitalen Gesellschaft, der verfassungsrechtlich garantierten Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und zum Erhalt der Vielfalt unserer Medienlandschaft ergreifen.

Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte** im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline. Öffentlich-rechtliche Medien müssen ihre besondere Stellung allerdings auch selbst immer wieder rechtfertigen: durch die besondere Qualität ihres Programms ebenso wie durch die Qualität ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Zugleich setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen privater Fernseh- und Rundfunksender ein. Denn die Verantwortung für qualitätsvolle Angebote liegt nicht nur beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch bei den privaten Anbietern.

Eine **freie Presse und ein unabhängiger Journalismus** gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Jedoch bedrohen die ökonomischen Umbrüche, wie Auflagen- und Anzeigenrückgänge, zunehmend die Finanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redaktioneller Produkte und damit mittelbar auch Pressefreiheit, Medienvielfalt und allgemeine Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Herstellung und Vertrieb journalistisch-redaktioneller Produkte auch künftig profitabel sein können. Wir wollen außerdem dabei helfen, neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen zu entwickeln. Dabei ist die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Presse zu garantieren.

Medienkompetenz – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern alle Generationen – ermöglicht es, sich in einer von Medien durchdrungenen Welt zurechtzufinden. Ermöglicht und gefördert werden muss die „digitale Selbstständigkeit“, die jeden in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten der „Digitalen Gesellschaft“ möglichst selbstständig nutzen und sich vor damit verbundenen Risiken gut schützen zu können. Notwendig sind hierzu die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Computer und die Schaffung eines digitalen Lernumfeldes und digitalen Klassenzimmers. Das ist nur sinnvoll, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es auch der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz.

IV. FÜR EINE GERECHTE STEUERPOLITIK

Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches Gemeinwesen zu erfüllen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Daseinsvorsorge, Sicherheit, soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle verfügbar sind. Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlage dafür, dass der Staat diese Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives Wachstum, um Wohlstand für alle zu schaffen und zu sichern. Die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft baut auf einem gerechten Steuersystem auf. Unsere Politik steht in der Pflicht einer soliden Finanzierung. Es darf keine Lastenverlagerung auf künftige Generationen geben. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss eingehalten werden.

Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle stehen der Schuldenabbau und Investitionen in Bildung. Es folgt die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.

Die ungestüme Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat sich nicht selten als teurer Irrweg erwiesen. Wir widersprechen Privatisierungen insbesondere, wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen. Privatisierungen dürfen nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst mit einem modernen Berufsbeamtentum.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte rückt mit der Schuldenbremse stärker als bisher in den Mittelpunkt. Bund und Länder müssen ihren Beitrag dazu leisten. Dabei setzen wir auf den gelebten Föderalismus und das Prinzip, füreinander einzustehen.

Die Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet bleibt ein zentrales politisches Anliegen. Die Sicherung von stabilen Flächentarifverträgen und die Begrenzung des Auseinanderdriftens der Einkommen, auch im öffentlichen Dienst, sind Ausdruck bundesstaatlicher Solidarität.

Angesichts des Verschuldungsverbots für die Länder ab 2020 sind zukünftig gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern vernünftig. Vor diesem Hintergrund werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für Bund und Länder eine gemeinsame Kreditaufnahme („Huckepackverfahren“) möglich ist.

Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Das Steuersystem folgt allerdings einem Gesellschaftsbild, das vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet. Es wird den sich abzeichnenden Herausforderungen der Zukunft nicht mehr

gerecht. In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, wobei aber die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert. Mit dieser Umgestaltung passen wir das Steuerrecht in einem ganz zentralen Bereich der Einkommensbesteuerung den Realitäten unserer heutigen Gesellschaft an und erreichen mehr Steuergerechtigkeit. Darüber hinaus wollen wir Alleinerziehende steuerlich gerechter behandeln.

Steuerpolitik begreifen wir als ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein. Und sie muss den Lebensentwürfen in einer modernen Gesellschaft entsprechen.

Anspruch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft. Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Die Schere der **Einkommens- und Vermögensverteilung** geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Das Einnahmenvolumen erhöhen. Z.B. Reichensteuer, Spitzensteuer erhöhen, Sozialabgaben für alle Einkommensbereiche.“



Unsere Steuerpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient einer fairen Lastenverteilung und dem Gleichgewicht in der Gesellschaft. Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.

Vermögen wird in Deutschland im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert. Wir werden die **Vermögenssteuer** auf ein angemessenes Niveau heben, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen.

Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet. Bei der Vermögensteuer stellen hohe Freibeträge für Privatpersonen sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird.

Auch bei der **Besteuerung von Erbschaften** steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten einer geringen Zahl reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die von der schwarz-gelben Koalition eingeführten Begünstigungen zurücknehmen und Begünstigungen bei der Erbschaftsbesteuerung künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln und damit auch mittelstandsfreundlich ausgestalten. Gerade für Familienunternehmen ist es von herausragender Bedeutung, dass der Generationenübergang durch die Besteuerung nicht zusätzlich erschwert wird, und natürlich ist es auch im Interesse des Gemeinwesens, wenn Unternehmen weitergeführt und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft weiterbeschäftigt werden.

Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die **Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen**. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.

Wir wollen eine **Finanztransaktionssteuer** mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen. Das heißt für uns, dass alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen einer Besteuerung unterliegen müssen.

Dabei werden wir die Finanztransaktionssteuer so ausgestalten, dass sie nicht als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, weder von der Einkommen- noch von der Körperschaft- und Gewerbesteuer.

Schließlich werden wir die **steuerliche Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen**, auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen.

Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir **zurücknehmen**.

Wir wollen steuerliche **Subventionen** – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – gemäß unserem Steuer- und Finanzierungskonzept streichen. Dazu gehören unter anderem der Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, die Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie im

Rahmen einer europäischen Lösung die Streichung der Begünstigung von Flugbenzin. Darüber hinaus ist es für die SPD von zentraler Bedeutung, die Subventionierung von Niedriglöhnen endlich zu beenden. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft; die **Einführung eines Mindestlohns** von 8,50 Euro würde zudem zu Steuermehreinnahmen, Minderausgaben bei ALG II sowie „Zweitrundeneffekten“ von über 7 Mrd. Euro führen.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Neue Lastenverteilung, da Gemeinden überproportional belastet sind.“



Unser Land braucht starke **Städte, Gemeinden und Kreise**. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen in unserem Land und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die solidarische Gesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltiges kommunales Handeln haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass die Leistungs- und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel steht. Vielen Kommunen geht es mittlerweile an die Substanz. Die Lebensverhältnisse in den Städte gehen weiter auseinander. Wir wollen Städte und Gemeinden wieder stärken. Deswegen wollen wir eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen herstellen.

Wir streben deshalb einen **Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland** an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise leisten.

Die Kommunen profitieren anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, vom Subventionsabbau und der Einführung eines gerechteren Steuersystems. Teil des Paktes ist daneben die **Weiterentwicklung der Gewerbesteuer**.

Wichtig bleibt ferner eine **Entlastung von steigenden Sozialausgaben**. Ein erster wichtiger Schritt wurde auf Druck der SPD-geführten Länder mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund getan. Wir werden die Übernahme weiterer Sozialleistungen durch den Bund prüfen.

Auch künftig steht den Kommunen **bei Standarderhöhungen und neuen Leistungsansprüchen eine auskömmliche Finanzierung zu**. Konnexität ist im Verhältnis zu den Ländern zwingend, muss aber in der Sache auch auf Bundesentscheidungen Anwendung finden.

In der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages muss der bis 2019 befristete Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden. Wir stehen für einen solidarischen Bundesstaat. Die SPD hat unter Führung von Gerhard Schröder 2001 den Solidarpakt II durchgesetzt, der den ostdeutschen Ländern die Chance auf eigene Entwicklung gegeben hat. Die Klagen der CDU und der CSU gegen den Länderfinanzausgleich machen deutlich, dass diese Solidarität in Gefahr ist. Nur die SPD als gesamtdeutsche Partei steht für einen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Regionen. Der Interessenausgleich darf sich nicht mehr nach Ost oder West orientieren, sondern muss die Strukturprobleme aller Kommunen und Regionen berücksichtigen. Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden wir eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen u.a. durch Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds finden.

Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir nehmen nicht hin, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen. Wir wollen deshalb alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute verpflichten, keine Bankprodukte und -dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können, und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Leistet ein Finanzinstitut mit Sitz in Deutschland oder eine Zweigniederlassung eines ausländischen Instituts nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug oder verweigert sich der Kooperation mit den Steuerbehörden, soll dies bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können: Wir wollen eine sich **steigernde Strafbewehrung**, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der **Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverböten** bis zur **Einschränkung der Banklizenz** und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.

Wir wollen die Kooperation zwischen Bundes- und Landesverwaltungen weiter optimieren, um bei Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung schneller und koordinierter handeln zu können. So soll auch ein einheitlicher Umgang mit Informationsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher sichergestellt werden. Darüber hinaus wollen wir die **Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften** in Fragen des Steuerbetrugs **stärken**.

Wir streben einen **gleichmäßigen Steuervollzug** an und wollen zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung zusammen mit den Bundesländern **bundesweite Standards** festlegen.

Die **Verjährungsfristen für Steuerbetrug** werden wir **anpassen**. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automatisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

Wir wollen **Steuerroasen** mindestens europaweit **trockenlegen**. Der zwischenstaatliche Informationsaustausch muss effektiver werden. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Informationsaustausch zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz. Wir wollen uns intensiv für die Bekämpfung des **Betrugs bei der Umsatzsteuer** auf nationaler wie auf europäischer Ebene einsetzen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und **koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.

Auf **europäischer Ebene** setzen wir uns für die schnellstmögliche Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Sie ist ein wirksames Instrument, um die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten der Aufräumarbeiten zu beteiligen. Sie ist gerecht und wirtschaftlich notwendig.

Innerhalb der Europäischen Union wollen wir künftig sicherstellen, dass zwischen Mitgliedsstaaten **einheitliche Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen bei Ertrags- und Unternehmenssteuern** entwickelt werden.

V. SOZIALE SICHERHEIT UND VORSORGE

Freiheit und Selbstbestimmung haben Voraussetzungen: soziale Sicherheit und die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür brauchen wir ein solidarisches Sozialsystem und eine gute soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt.

Und wir stellen fest: Die Menschen in unserem Land leben länger. Unser Ziel ist, dass sie die Sicherheit haben, gesund und ohne materielle Not in Würde alt werden zu können. Das geht nur mit Sozialsystemen, die alle Bürgerinnen und Bürger versichern und ihnen in jeder Lebenslage Schutz und Unterstützung bieten. Und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen mit besser aufeinander abgestimmten sozialen Leistungen unterstützen. Dazu wollen wir die Kooperation zwischen den Sozialleistungsträgern verbessern. Die Leistungen müssen dem Bedarf der Menschen folgen, nicht den Institutionen.

Für uns heißt das: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Bürgerversicherung unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine **gute Kranken- und Pflegeversicherung** haben. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** für alle weiterentwickeln. Das hilft den Menschen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und in Beschäftigung zu bleiben. Mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wir einen Schritt zu einer **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Wir werden die Grundsicherung im SGB II und SGB XII so gestalten, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Das heißt: ein transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsnah und nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere für eine eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern.

Wir werden die **Armuts- und Reichtumsberichterstattung** so fortführen, dass sie als Grundlage für Konzepte und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Armut und für eine sozial gerechte Verteilungspolitik taugt.

V.1 GESUNDHEIT UND PFLEGE

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik orientiert sich an den Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen. Wir wollen eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger verlässlich sichern und finanzieren.

Unser Ziel ist es, mehr und gleiche Gesundheitschancen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Ein gesundes Lebensumfeld, Arbeit, die nicht krank macht, und ein gleich guter Zugang zu Medizin und Pflege erhöhen die Lebensqualität und tragen insgesamt zu Wohlstand und guter wirtschaftlicher Entwicklung bei. Sie fördern das soziale Miteinander. Deshalb sind der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Einbeziehung aller Personen in die Krankenversicherung.“



Gleicher und wohnortnaher Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt sind für uns besonders wichtig. Denn soziale Spaltung in der Gesundheitsversorgung bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft als Ganzes. Darum muss die Finanzierung durch Beiträge verlässlicher werden – und gerechter. Mit der Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus, eine gute Kranken- und Pflegeversicherung bekommen. Und wir wollen die beste Versorgung ermöglichen und einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Gleiche solidarische Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen sind hierfür die Voraussetzung.

Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.

Die **Bürgerversicherung** wird als Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Dazu werden wir für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen und solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Mit der Bürgerversicherung halten wir an einem gegliederten, öffentlich-rechtlichen und selbstverwalteten Kassensystem als tragender Säule der gesetzlichen Krankenversicherung fest. Wir wollen es stärken. Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen.

Wir wollen in der Bürgerversicherung die Solidarität zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen stärken. Und Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die **tatsächliche Parität muss wiederhergestellt werden**. Wir werden mehr Nachhaltigkeit durch die Einführung einer stetig ansteigenden Steuerfinanzierung erreichen. Wir werden den Zusatzbeitrag abschaffen und den Krankenkassen die Beitragssatzautonomie zurückgeben. Unser Ziel ist, für alle einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung zu schaffen und Privilegierungen im Gesundheitssystem abzubauen, also die Zwei-Klassen-Versorgung beenden.

Mit der Bürgerversicherung werden wir ein **einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung** für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen einführen. Das Gesamthonorarvolumen wird dabei nicht geschmälert, sondern gerechter verteilt. Die Honorierung ambulanter Leistungen im niedergelassenen und stationären Bereich wird angeglichen.

Wir werden für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Das erreichen wir, indem nicht die „Rosinenpickerei“, die Auswahl der „guten Risiken“, belohnt wird, sondern das Angebot der besten Qualität.

Prävention und Gesundheitsförderung.

Gesundes Aufwachsen, ein gesundes Lebens- und Arbeitsumfeld und möglichst gesund alt zu werden, dürfen nicht länger von der sozialen Lage abhängen. Deshalb werden wir Prävention und Gesundheitsförderung zu Schwerpunkten unserer Politik machen.

Umfassende **Prävention** ist mehr als Vorbeugemedizin – sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Prävention und die Stärkung von Gesundheitskompetenzen müssen bei der Gestaltung des Wohnumfelds, der Arbeitswelt und in der Bildung und Ausbildung wichtiger werden. Der Sport und die aktiven Vereine sind dabei sehr hilfreich. Die Gesundheitskompetenz von Einzelnen und Organisationen muss gestärkt werden.

Ebenso muss Prävention in der Aus- und Fortbildung medizinischer und Gesundheitsberufe einen höheren Stellenwert bekommen.

Wir wollen mit einem umfassenden Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz in der nächsten Wahlperiode eine wirksame **Präventionsstrategie** umsetzen. Insbesondere Prävention in Lebenswelten wie Kita, Schule und Arbeitswelt muss ausgebaut werden, um sozial ungleiche Gesundheitschancen auszugleichen. Dazu gehört eine Erhöhung der Ausgaben für Prävention und eine Steuerung gemeinsamer Maßnahmen von Ländern, Kommunen und allen Sozialversicherungsträgern auf der Ebene der Länder.

Wir brauchen endlich die wirkliche Gleichstellung der medizinischen Rehabilitation mit der medizinischen Akutversorgung. Zugangshürden müssen abgebaut, Reha-Deckel und Reha-Budgetbegrenzungen müssen beseitigt werden. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit brauchen wir eine Offensive in der geriatrischen Rehabilitation. Deshalb müssen die Kosten für diese Leistungen von den Pflegekassen erstattet werden.

Nach wie vor ist Tabakkonsum das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Im Sinne einer vorsorgenden Gesundheitspolitik wollen wir verstärkte Anstrengungen bei der Tabakprävention und beim Schutz aller vor den Gefahren des Passivrauchens unternehmen.

Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung.

Das Nebeneinander von medizinischer Unter-, Fehl- aber auch Überversorgung ist ein ernstes Problem. Die Situation in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozialen Brennpunkten wird sich ohne Gegenmaßnahmen in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir wollen die **Versorgungsstrukturen** so weiterentwickeln, dass Versorgungsmängel und damit einhergehende soziale Ungerechtigkeit und Zugangsbarrieren überwunden werden. Ebenso muss die Versorgung insgesamt auf das Alterwerden der Gesellschaft ausgerichtet werden. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu guter medizinischer Versorgung ermöglichen, unabhängig vom Wohnort, der sozialen Lage oder dem Versichertenstatus. Der Erfolg unserer Gesundheitspolitik hängt davon ab, ob Verbesserungen in der medizinischen Versorgung für alle Menschen im Alltag spürbar werden.

Wir wollen die bedarfsgerechte Versorgung in **strukturschwachen Regionen** besonders fördern, die von Unterversorgung bedroht sind. Dazu werden wir die flächendeckende hausarztzentrierte Versorgung sowie die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung mit einer eigenständigen zweckgebundenen Finanzierung neu anstoßen und verstetigen. Damit wollen wir eine qualitätsgesicherte Zusammenarbeit zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich, den nicht ärztlichen Heilberufen, den ambulanten und stationären Sektoren sowie zwischen pflegerischem, rehabilitativem und medizinischem Bereich gewährleisten. So erhalten alle Patientinnen und Patienten einen guten Zugang auch zu spezialisierten medizinischen Leistungen. Wir werden die integrierte Versorgung mit innovativen Mobilitäts- und Telemedizin konzepten verknüpfen.

Um die Versorgung regional sicherzustellen, wollen wir in Zukunft eine sektorübergreifende Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Städten und Gemeinden kommt bei der Gestaltung der lokalen Gesundheitsversorgung eine zunehmend stärkere Rolle zu. Denn jede Situation vor Ort erfordert die dazu passenden, integrierten Versorgungslösungen. Viele Kommunen haben schon Erfahrungen gesammelt. Wir werden mit einem **Programm Gesunde Stadt** beziehungsweise **Gesunde Region** diese Entwicklung fördern.

In Deutschland nimmt die Zahl psychisch bedingter Erkrankungen zu. Psychische Erkrankungen müssen ebenso wie jede andere Erkrankung gut und schnell behandelt werden.

Wir wollen gemäß dem Gedanken „ambulant vor stationär“ den Anteil teilstationärer und ambulanter Hilfen sowohl in der Akutbehandlung als auch in der Rehabilitation ausbauen. Ambulante und stationäre Hilfen müssen enger verknüpft werden. Patientinnen und Patienten sollten Hilfe aus einer Hand erhalten. Die psychiatrischen Institutsambulanzen, Modelle integrierter Versorgung und gemeindepsychiatrische Verbünde wollen wir stärken.

Qualitätssicherung und Verbraucherschutz.

Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung steigern, indem wir die integrierte Versorgung verbessern. Dabei wollen wir Patientenrechte ausbauen und den Verbraucherschutz stärken.

Unser Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten und den **Verbraucherschutz im Gesundheitssystem** insgesamt zu stärken. Ein modernes Gesundheitssystem zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es eine gute Versorgung für chronisch Kranke, Multimorbide oder für Menschen, die einen besonderen Bedarf haben, bietet. Wir werden deshalb Versorgungsstrukturen so umbauen und Versorgungsprozesse so gestalten, dass sie diesem Ziel gerecht werden. Das Gesundheitswesen ist ein hochinnovativer Bereich. Die Möglichkeiten der modernen Medizin wachsen. In pharmakologischen und medizintechnischen Innovationen stecken erhebliche Potenziale für die Verbesserung von Gesundheit und Lebensqualität der Patientinnen und Patienten sowie für die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. In der sozialen Verantwortung kann die

Versichertengemeinschaft aber nur das tragen, was für die Gesundheitsversorgung notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Aus der ethischen Verantwortung heraus kann in einem sozialen Gesundheitswesen nur das Anwendung finden, was den Menschen nützt. Wir wollen deshalb den Nutzengedanken in der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteltherapien, diagnostischen und therapeutischen Verfahren sowie Medizinprodukten stärken.

Immer wieder zeigen Skandale bei Medizinprodukten, dass die unabhängige Überprüfung, Kontrolle und Versorgungsforschung ausgebaut werden muss. Ebenso werden wir die Patientinnen und Patienten wirksam vor Missbrauch mit unnötigen „IGel“-Leistungen schützen. Für einen wirksamen Verbraucherschutz im Gesundheitssystem wollen wir echten medizinischen Fortschritt statt Scheininnovationen.

Wir werden mit einem Patientenrechtegesetz die Menschen, insbesondere bei Behandlungsfehlern, unterstützen. Auch die Korruption im Gesundheitswesen werden wir wirksam bekämpfen.

Qualität in der Versorgung erhöht sich entscheidend durch eine bessere Organisation. Vor allem in den Versorgungsstrukturen liegt großes Innovationspotenzial. Unser Ziel ist es, dass Schwerkranke noch schneller zu den Spezialistinnen und Spezialisten kommen, die ihnen die beste Behandlung bieten können. Und dass nur die Einrichtungen Innovationen und hochspezialisierte Therapien anwenden, die die entsprechende Erfahrung haben. Deshalb werden wir den Grundsatz sicherstellen, dass das Geld dem Bedarf an Leistungen folgt und nicht Institutionen.

Wir werden die integrierte Versorgung für multimorbide und **chronisch kranke Menschen** zur Regel machen. Wir wollen eine verlässliche Versorgungsorganisation. Fall- und Pflegemanagement sind für uns der Schlüssel zu einer nachhaltigen Gesundheitssicherung. In der flächendeckenden Haus- und Facharztversorgung wollen wir die Qualität durch bessere Fortbildung und Standards steigern.

Transparenz über die Qualität von Behandlungsangeboten, unabhängige Beratung und die Förderung der Selbsthilfe sind für Versicherte und die Patientinnen und Patienten wichtig, um selbstbestimmt Entscheidungen mit zu treffen. Wir wollen die unabhängigen Informations- und Beratungsmöglichkeiten, wie die Unabhängige Patientenberatung (UPD), und die Selbsthilfe im Gesundheitssystem stärken und eine verlässliche Finanzierung dafür schaffen. Deshalb werden wir mit den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren mit dem Ziel der Einrichtung einer Unabhängigen Deutschen Patientenorganisation in Dialog treten.

Gerechte und verlässliche Krankenhausfinanzierung.

Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden die Krankenhausfinanzierung so reformieren, dass die flächendeckende Versorgung und Trägereielfalt gesichert und Qualität besser honoriert wird. In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend be-

rücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern einsetzen. Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Behandlung allein medizinisch begründet ist. Wir werden einen Anspruch auf eine Zweitmeinung vor bestimmten Behandlungen verbindlich einführen und damit allen Betroffenen einen Zugang zu den besten Spezialistinnen und Spezialisten ermöglichen.

Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser werden wir weiterentwickeln. Die Krankenkassen sollen zur Verbesserung der Versorgungsqualität selektive Verträge mit Krankenhäusern abschließen können. Qualität und Patientensicherheit sollen bei der Krankenhausplanung und -finanzierung eine stärkere Rolle spielen.

Zehn Jahre nach Einführung der Fallpauschalen werden wir Unter- und Überdeckungen beseitigen, damit Krankenhäuser sich nicht auf finanziell attraktive Leistungen beschränken. Das dient dem fairen Wettbewerb und der bedarfsgerechten Versorgung.

Gute und menschenwürdige Pflege.

Wir wollen Pflegebedürftigkeit vermeiden, die Pflege verbessern und für die Zukunft sicherstellen. Dafür muss die gesamte Gesellschaft auf das Älterwerden vorbereitet werden. Wir wollen Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen: Dazu müssen die Bedingungen verbessert werden, um auch bei Pflege weiter in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Dafür wollen wir die verschiedenen Angebote vor Ort ausbauen und besser vernetzen, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestalten und Angehörige besser unterstützen. Gute Pflege muss für alle bezahlbar sein und die Arbeit in der Pflege muss gut bezahlt sein.

Die Reform der Pflege ist mehr als nur die Reform der Pflegeversicherung. Wir werden zügig eine umfassende Pflegereform einleiten. Eine echte Pflegereform beginnt für uns zuallererst mit einer **Neuausrichtung des Leitbilds der Pflege**: Es geht darum, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Dabei hat die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit Vorrang – wir werden den Anspruch auf Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflege bei den Leistungen und dem Zusammenwirken der Sozialversicherungsträger stärken.

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb wollen wir die Pflege verbessern und für die nachfolgenden Generationen sicherstellen. Ob sich in Deutschland künftig eine strukturelle Zwei-Klassen-Pflege oder ein würdevolles Altern unabhängig von der sozialen Situation entwickelt, hängt davon ab, ob wir die Pflege insgesamt – nicht nur die Pflegeversicherung – sozial gerecht weiterentwickeln.

Wir müssen das **Wohnumfeld alters- und altersgerecht gestalten** und die notwendige Unterstützungsinfrastruktur aufbauen. Dabei steht die Selbst- und Mitbestimmung der Menschen im Vordergrund. Die Neuausrichtung des Pflegesystems erfordert Veränderungen in allen mit der Pflege zusammenhängenden Bereichen. Gute Pflege ist

für uns mehr als die Leistungen der Pflegeversicherung. Damit mehr Menschen länger zu Hause leben können, brauchen wir eine bessere soziale und bauliche Infrastruktur vor Ort, die Hilfe im Alltag und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Wir wollen lokale Hilfenetzwerke fördern, die einen neuen Mix an unterstützenden Alltagshilfen bieten: haushaltsnahe Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten oder Hilfen im Notfall.

Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Unterstützungsnetzwerke aus Angehörigen, professionellen Dienstleistungen und bürgerschaftlichem Engagement vor Ort aufzubauen. Besonders die Kommunen sollen eine stärkere Rolle dabei spielen, eine am Bedarf vor Ort orientierte integrierte Pflege- und Versorgungslandschaft zu gestalten, in der die Träger und Leistungserbringer der Pflege besser zusammenarbeiten können.

Und wir müssen die medizinische und pflegerische Versorgung enger verzahnen, um die geriatrische Versorgung zu verbessern. Wir wollen hierzu die Pflegeforschung weiter stärken und mit der Teilhabe- und Versorgungsforschung vernetzen. Investitionen in eine bessere geriatrische Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten sind eine Voraussetzung dafür.

Wir wollen die Pflegerisiken solidarischer absichern und den verschiedenen Lebenslagen gerechter werden – vor allem bei Demenz. Deshalb muss ein neuer **Pflegebedürftigkeitsbegriff** Kernelement einer Pflegereform sein. Die Leistungen werden wir so differenzieren, dass sie den Betroffenen im Gegensatz zur Minutenpflege besser gerecht werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Wir wollen Pflege weiter professionalisieren und mehr Dienstleistungen anbieten, um pflegende Angehörige zu unterstützen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: Mit einer flexiblen Pflegezeit, die mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist, wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören auch der Ausbau der Pflegeberatung sowie bessere Pflegeleistungen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter voranbringen. Unser Ziel ist es, die bedarfsgerechte umfassende Versorgung der Altershaushalte aufzubauen.

Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich.

Wir wollen **gute Arbeit in Gesundheit und Pflege**. Gute Ausbildung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken, denn die Pflegeausbildung muss für die Absolventinnen und Absolventen kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung ist einzuführen.

Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif Soziale Arbeit, den wir für allgemein verbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden.

Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einsetzen. Eine bessere Personalausstattung und eine höhere Versorgungsqualität können zu Anpassungen in der Krankenhaus- und Pflegefinanzierung führen.

V.2 GUTE ARBEIT, GUTE RENTE

Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende korrigieren. Wir werden uns deshalb vor allem an den konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung messen lassen.

Wir brauchen **bessere Übergänge**. In einer zunehmend differenzierten Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben.

Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.

Dafür schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:

- den abschlagsfreien Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren,
- eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können,
- den abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit,
- erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung.

Wir wollen nicht, dass sich die **Anhebung des Renteneintrittsalters** wie eine Kürzung der Renten auswirkt. Sie ist erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und weitere Rentenansprüche erwerben kann. In diesem Sinne werden wir die Überprüfungsklausel im Gesetz anwenden.

Wir wollen die **Alterssicherung stärken**. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die erste Säule der Alterssicherung und Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter. Sie bildet zugleich die persönlichen Leistungen der Versicherten in ihrem Arbeitsleben ab. Sie muss den Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung tragen.

Wir werden das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten.

2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich.

Vor allem die **betriebliche Altersversorgung** hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden.

Bei der **Riester-Rente** werden wir für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.

Wir wollen eine **Solidarrente einführen**: Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum eine „Solidarrente“ einführen. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 Euro liegt.

Wer diese Solidarrente in Höhe von mindestens 850 Euro durch die Höherwertung der Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszeiten im Niedriglohnssektor innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erreicht, erhält diesen Betrag innerhalb einer zweiten Säule der Grundsicherung, bei der eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt.

Zur Solidarrente zählt auch, familienbedingte Erwerbsverläufe in der Alterssicherung besser abzubilden. Wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und so gezielt Rentenansprüche für Eltern verbessern, die wegen fehlender Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten.

Die Kosten der Solidarrente finanzieren wir aus Steuermitteln. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus werden wir durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sicherstellen.

Die Einbeziehung der Selbstständigen ohne obligatorische Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung reduziert ihr Armutsrisiko im Alter. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung werden Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland nicht mehr akzeptiert. Wir werden deshalb den Weg zu einem **einheitlichen Rentensystem für Ost und West bis 2020** einleiten.

Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenansprüchen weiter schließen.

Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. So nehmen auch die jetzigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland an der Angleichung teil.

Wir werden als ersten Schritt alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen.

Mit der Angleichung der Rentenwerte wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft.

Für Menschen, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen die Probleme in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.

V.3 GEMEINSAM LEBEN – MENSCHEN MIT UND OHNE BEHINDERUNGEN

Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen ist unser Ziel. Wir brauchen Orte und Gelegenheit für Begegnungen, für gemeinsames Arbeiten, Lernen und vieles mehr – so genannte „inklusive Sozialräume“. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt: nicht unterscheiden und trennen, sondern Integration, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist hierfür wegweisend. Die Entwicklung eines Aktionsplans im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt **inklusiv und gemeinsam** mit Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“.

Inklusive Sozialräume entstehen dort, wo Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam die Möglichkeit haben, ihre räumliche und soziale Umwelt im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben nachhaltig zu gestalten. Inklusion ist deshalb auch kein Zustand, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in dem alle daran mitwirken können, dass schrittweise die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zur Leitmaxime im Denken und Handeln, bei der Planung und Gestaltung unseres inklusiven Gemeinwesens wird.

Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Barrieren vermieden und abgebaut werden und der gleichberechtigte Zugang zu Gebäuden und Einrichtungen, zu Verkehrsmitteln, zu Waren und Dienstleistungen und allen Kommunikationswegen möglich ist. Jeder Fortschritt beim Abbau von Barrieren bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Wahlfreiheit, weniger Hilfebedarf. Dies kommt gerade in einer alternden Gesellschaft allen zu Gute.

Teile eines **inklusive Sozialraums** in allen Lebensbereichen sind vor allem inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten, und nicht zuletzt die selbstbestimmte **Wahl des Wohnorts** und der Wohnform.

Außerdem zählen dazu ein inklusiver Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden, und die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen müssen gestärkt werden. Wir werden die Tarifpartner, Job-Center und Arbeitsagenturen stärker in die Pflicht nehmen und den Weg fortsetzen, die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben.

Inklusiver Sozialraum entsteht auf allen Ebenen durch politische und gesellschaftliche Initiativen. Hierfür brauchen wir eine **gemeinsame Koordinierung** und neue rechtlich-

organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Bundes mit den bisherigen Trägern der Behindertenhilfe in Kommunen, Institutionen und Einrichtungen.

Wir haben bereits unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weitergehen bis hin zur vollständigen Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Damit darf aber die Hilfe für Menschen mit Behinderung nicht länger im nachrangigen Fürsorgesystem der sozialen Sicherung verbleiben, das bislang allein von den Kommunen getragen wird. Ziel der Reform ist ein flexibles und passgenaues Unterstützungssystem: für Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir fortsetzen. Inklusion ist ein uneinschränkbares Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeeinrichtungen – unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs.

Wir wollen ein für alle Sicherungssysteme und Leistungsträger einheitliches Bedarfs-ermittlungssystem schaffen. Damit sollen individuelle Beeinträchtigungen von Menschen erkennbar und tatsächliche Hilfebedarfe ermittelt werden. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.

Der Anspruch auf Hilfe zur Inklusion wird nicht mehr als Fürsorgeanspruch, sondern als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Das persönliche Budget ist eine geeignete Leistungsform für selbstbestimmte Teilhabe.

Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst. Damit müssen wir auch eine dringend notwendige Teilentlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe erreichen.

Konkrete Hilfe zu Inklusion und Teilhabe bleibt eine Aufgabe, die **wohnortnah in der Kommune** zu erfüllen ist. Hilfeplanung und die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Hilfeberechtigten sind Teil des inklusiven Sozialraums. Berechtigte und Leistungsträger müssen gemeinsam an einem individuellen und bedarfsgerechten **Teilhabeplan** arbeiten. Die im SGB IX vorgesehenen Servicestellen sind dafür die koordinierenden Beratungsstellen.

VI. GUTE NACHBARSCHAFT

VI.1 SOZIALE STADT UND ZUSAMMENHALT DER REGIONEN

Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik. Denn in den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und leben. In ihnen entscheidet sich, ob Kinder gute Kindergärten und Schulen finden. Ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingen. In ihnen entscheidet sich, ob Menschen in Sicherheit leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Und deshalb wollen wir, dass es in allen Wohnquartieren gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten gibt.

Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene **Städtebauförderung** wieder verlässlich ausstatten. Wir werden das Zusammenwirken der föderalen Ebenen in der Städtebauförderung fortsetzen und die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen weiterentwickeln. Dabei wird geprüft, wo der Finanzierungsanteil des Bundes erhöht werden kann, um Kofinanzierungsprobleme zu mindern. Wir wollen die Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen vereinfachen.

Wir packen die großen Herausforderungen an: sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.

Heimat ist vor der Haustüre.

Unsere Gesellschaft bleibt im Wandel – wirtschaftlich, technisch und sozial. Mit dieser Einsicht wächst ein Bedürfnis nach Verwurzelung, nach Orientierung, nach Verbindlichkeit und nach einem festen Platz.

Die Menschen haben ein wachsendes Bedürfnis nach Vertrautheit und sozialer Sicherheit. Sehnsuchtsort ist die „Heimat“, die wir als Ausdehnung der „eigenen vier Wände“ auf das Stadtviertel oder die Gemeinde verstehen, in dem oder der man zum Beispiel groß und alt werden möchte.

Hier wird demografischer Wandel als gelebte Alltäglichkeit konkret. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich spiegelt sich auch in Tendenzen zur Ghettoisierung wider. An den Rand gedrängte Armutsviertel einerseits und Luxusghettos andererseits. Der „Doorman“ wird zum Schutzmann der Privilegierten. Das gesellschaftspolitische Scheitern der „Privat vor Staat“-Ideologie offenbart sich auch beim Wohnen und in der Stadtentwicklung. Sozialer Zusammenhalt braucht Gemeinschaftsinitiative und Partnerschaft der jeweils gesellschaftlich relevanten Akteure. **So wird Stadtentwicklung mehr denn je zur Stadtteil- und Quartiersentwicklung.**

Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen Bund und Länder die **kommunale Finanzkraft stärken**. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen sind in der Lage, einer Privatisierung zentraler öffentlicher Aufgaben zu widerstehen und ihre Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen haben Gestaltungskraft.

Kurzfristig streben wir einen **Investitionspakt von Bund und Ländern** an, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen oder mit Haushaltssicherungskonzepten und hohen Kassenkrediten profitieren. Wir werden mit einem **„Eigenanteilfonds“** dafür sorgen, dass auch Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können. Sie dürfen nicht von der Förderung ausgeschlossen bleiben, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Denn gerade dort ist der Bedarf am größten.

Wir wollen aber auch die Vollfinanzierung von Projekten ermöglichen, die beispielsweise die Herausforderungen der wachsenden Metropolen bewältigen.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Wasserversorgung sollte weiterhin in staatlicher Hand bleiben.“



Wir unterstützen eine aktive Rolle der Kommunen im Rahmen ihrer **Verantwortung für die Daseinsvorsorge** – sei es durch eigene Unternehmen oder eine aktivere Steuerung: zum Beispiel bei der Wasserversorgung, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der bundes- und EU-rechtliche Rahmen den Kommunen diesen Gestaltungsspielraum lässt. Im Gegensatz zur Regierung Merkel wird sich eine SPD-geführte Bundesregierung in Brüssel und bei anderen EU-Partnern dafür einsetzen, dass insbesondere die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen wird. Das sichert das hohe deutsche Versorgungsniveau.

VI.2 DIE STADT ALS MOTOR WIRTSCHAFTLICHER UND GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und Lebensqualität erhoffen und finden. Städte bedeuten für viele Menschen Zukunft. Vor allem die großen Städte wachsen.

Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen machen die Städte zu Motoren des Wachstums und des Fortschritts.

Städte haben einen Arbeitsmarkt, der breit genug ist, dass im Laufe eines Arbeitslebens der Wechsel des Arbeitgebers auch ohne Wohnortwechsel möglich ist. Und immer wichtiger: Städte haben einen Arbeitsmarkt sowie Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, die es modernen berufstätigen Paaren und Alleinerziehenden ermöglichen, die eigenen beruflichen Wünsche zu realisieren.

Städte ermöglichen es, bekannte Lebensentwürfe zu verlassen und neue auszuprobieren. Gerade in den Städten können immer wieder Chancen für diejenigen eröffnet werden, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Städte sind „Schmelztiegel“ der Integration und können in besonderer Weise Gemeinsinn und Gemeinschaft schaffen.

Neben den starken Wirtschaftszentren gibt es aber auch eine Vielzahl von Kommunen, deren Bevölkerungszahlen rückläufig und die besonders von der Alterung der Bevölkerung betroffen sind. Hier verändert sich der Infrastrukturbedarf in besonderer Weise, indem zum Beispiel die Nachfrage nach Schulen und Kindergärten ab- und die Nachfrage nach altengerechten Einrichtungen und Angeboten gleichzeitig zunimmt.

Um uns den Herausforderungen zu stellen und die Chancen zu nutzen, müssen wir uns an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Deshalb müssen wir verstärkt in Quartieren denken und handeln. Denn hier finden die wirklichen Begegnungen von Mensch zu Mensch statt. Städte sind mehr als Stein und Beton. Sie sind Heimat. Sie geben Halt und Hoffnung. In unseren Städten entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenfinden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen erhalten.

Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration. Das „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ soll dafür wichtiger Impulsgeber sein.

VI.3 AKTIONSPROGRAMM FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT UND BEZAHLBARES WOHNEN

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für
 altersgerechte Wohnungen.“



(Fortsetzung)

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften.

Mit dem „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ werden wir

- das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern, indem wir bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in Stadtquartieren, Städten und Regionen durch demokratische Prozesse ermöglichen und bessere Voraussetzungen für Integration sowie die Stärkung von Verantwortung, Toleranz und gegenseitigem Respekt schaffen.
- die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen haben die Vermieter nach geltendem Recht weitgehend freie Hand, die Miete zu vereinbaren. Die Folge sind häufig deutliche Mietsteigerungen. Deshalb soll eine Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden. Erstvermietungen von neugebauten Wohnungen sind davon grundsätzlich ausgenommen.
- für effiziente, für Mieterinnen und Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern aufgebürdet werden. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen.
- den Neubau fördern, da ohne eine deutliche Zunahme neuer Wohnungen alle Maßnahmen zur Mietpreisdämpfung ins Leere laufen. Unser Ziel ist zukunfts- und altersgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.
- kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht.
- die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verstetigen. Die Länder sollen die Mittel zweckgebunden für Wohnungsneubau und -modernisierung einsetzen.

- bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt unterstützen. Auch Bauland der Kommunen und der Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen.
- den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.
- die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter machen.

VI.4 LÄNDLICHE RÄUME

Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Räume erhöhen. Der ländliche Raum ist Heimat für seine Bewohnerinnen und Bewohner. Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands fest, unabhängig von der Größe der Gemeinde, unabhängig ob in Ost oder West. Denn eine gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur, und damit auch der Zugang zu sozialer Infrastruktur, sind wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben.

Ländliche Räume übernehmen vielfältige Funktionen. Sie sind Wohn- und Arbeitsort, genauso wie Ziel von Erholungssuchenden und Urlaubern. Die Natur- und Kulturlandschaften prägen unser Bild von Heimat. Wir werden deshalb durch eine Politik der ländlichen Entwicklung den Erhalt von Kulturlandschaften mit ihren Dörfern und kleinen Städten unterstützen.

Wir sehen in **Kooperationen auf regionaler Ebene** und zwischen Stadt und Umland einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung insbesondere ländlicher und schrumpfender Räume. Auf regionaler Ebene ist es möglich, **Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** und für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der **Wirtschafts- und Strukturförderung** des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.

Beim Verkauf von Flächen des Bundes setzen wir uns für eine Stärkung der Länder ein.

Schnelle Internetzugänge sind für die **Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen** von enormer Bedeutung. Mit zunehmender digitaler Vernetzung können da-

mit hochwertigen Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen angeboten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Um ländlichen und strukturschwachen Regionen diese Chance zu eröffnen, sichern wir den flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen.

Die **Ernährungs- und Landwirtschaft** hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Sie hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung werden dabei von uns gestärkt.

Eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft bildet die Grundlage für eine lebenswerte und leistungsfähige Kulturlandschaft. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch künftig nur bedingt über die Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen Landwirte und andere Landnutzer einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen.

Das bestehende System der **EU-Agrarförderung** muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient wie alle Politikbereiche, die darauf Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht oder die Verpflegung in öffentlichen Kantinen. Es ist richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden.

Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine breitere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von uns gestärkt. Die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. Mittelfristig treten wir dafür ein, dass die so genannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbetrag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums umgeschichtet wird.

Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als Politik für die ländlichen Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleinere und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen können. Die Förderprogramme für den ländlichen Raum müssen gezielter als bisher ausgerichtet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes. Wir wollen die **Wertschöpfung** im ländlichen Raum erhöhen. Dafür wollen wir die Potenziale der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen. Für die erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterbildung der Unternehmen wollen wir verlässlichere und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen schaffen. Wir fordern gerechte Löhne für gute Arbeit.

Ein gesetzlicher Mindestlohn muss in allen Bereichen der Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. Dabei sehen wir einen besonderen Förderungsbedarf für beschäftigungsintensive Formen der Landwirtschaft. Zustände wie in einigen Schlachthöfen, die per Werkvertrag moderne Sklaverei betreiben, nehmen wir nicht hin.

Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern, und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.

Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür müssen die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und insbesondere den Kommunen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Es braucht eine **Kennzeichnung** von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach und verbraucherfreundlich. Ein weiteres Ziel ist die systematische Qualitätskontrolle für die Tiergesundheit in der Landwirtschaft.

Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wildtieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und gewerbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit weniger Tieren auskommen bzw. weniger schmerzhaft Verfahren beinhalten.

Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet werden. Dazu gehört auch eine **nachhaltige Biomasseproduktion**, mit der den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegengewirkt wird. Der zunehmende Biomasse-, insbesondere Maisanbau konkurriert mit den Arten- und Naturschutzzielen der nationalen **Biodiversitätsstrategie** und führt zu einem verstärkten Stickstoffeintrag in die Gewässer sowie in der Regel zu einer Verschlechterung der Bodenqualität. Im Rahmen einer integrierten Biomassestrategie wollen wir die Nutzungskonkurrenzen entschärfen. Durch einen effizienteren Wissenstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im ländlichen Raum verbessert werden. Kooperationen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten entlang von Wertschöpfungsketten, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Regionen wollen wir besonders fördern.

Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss ebenso gebremst werden wie der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokulturen zurückzudrängen.

VII. UMWELT- UND VERBRAUCHERSCHUTZ

VII.1 LEBENSQUALITÄT UND INNOVATION DURCH GUTE UMWELTPOLITIK

Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte Investition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung (u.a. Schutz vor Feinstaub), Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme sind Voraussetzungen für Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch haben. Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Vor allem finanziell schwache Haushalte in einfachen Wohngebieten leiden beispielsweise häufig unter Lärm und Schadstoffeinwirkungen. Umweltschutz dient deshalb auch dem sozialen Ausgleich. Ziele unserer Umweltpolitik sind darum insbesondere die Reduzierung von (Verkehrs-)Lärm und die Verringerung von Schadstoffen in Luft und Böden. Wir werden ministeriumsübergreifend ein Aktionsprogramm **Lärmschutz** mit dem Ziel umsetzen, die Zahl der von Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in Deutschland bis 2020 zu halbieren.

Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem nachfolgende Generationen belasten werden. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Durch eine Senkung der Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine **Entkoppelung** von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung. Ein wichtiger Beitrag dazu ist eine ökologische Industriepolitik mit innovativen Produkten und Dienstleistungen. Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Im Bereich der Abfallwirtschaft sehen wir die Kommunen als zentrale Akteure, die Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen.

Umwelt- und Naturschutzverbände haben als Anwälte der Natur eine wichtige Bedeutung. Wir werden die Voraussetzungen dafür bieten, dass sie beim Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft ihre Rolle moderierend und gestaltend erfüllen können.

Wir werden den **Klimawandel** bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95 Prozent unserer CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent ein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40 Prozent Senkung bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und mindestens 80 Prozent bis 2040) erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren, wie Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft, beinhalten.

Im Rahmen des Klimaschutzgesetzes werden zudem feste Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 festlegt.

Deutschland hat noch immer einen besonders hohen **Flächenverbrauch**, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden. Langfristig müssen sich Ver- und Entsigelung die Waage halten. Eine kluge Raumordnungspolitik kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen mit zusätzlichem Wohnungsbau in Einklang bringen.

Um **Wälder und Forste** für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet. Dies wollen wir in Form der „Guten fachlichen Praxis“ auch gesetzlich verankern und die einseitig nutzungsorientierte Waldstrategie der Bundesregierung ablösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zehn Prozent der Waldflächen der öffentlichen Hand und fünf Prozent der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Die Wälder im Eigentum des Bundes sollen nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Wir sehen es als sinnvoll an, das Bundesjagdgesetz zu überarbeiten und stärker an waldökologischen Anforderungen und am Tierschutz auszurichten.

Die **Biologische Vielfalt** ist Grundlage unseres Handelns und Wirtschaftens, wir verstehen ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung als unmittelbare Daseinsvorsorge für unsere Bürger.

Nur durch eine konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir außerdem erreichen können, dass das dramatische Artensterben und der dauerhafte Verlust an Biodiversität kurzfristig verringert und langfristig gestoppt werden können. Hierfür ist das Bundesprogramm Biologische Vielfalt von besonderer Bedeutung, daher werden wir administrative Hemmnisse beseitigen. Wir wollen, auch zur Erreichung des 2 Prozent-Wildnis-Ziels der Nationalen Biodiversitätsstrategie, das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 ha erweitern und zu seiner Erhaltung für eine angemessene Finanzierung sorgen.

Wir werden die Renaturierung von Flüssen vorantreiben, um ihnen auch aus Gründen des Hochwasserschutzes mehr Raum zu geben mit dem Ziel, bei der Umsetzung des bundesweiten Biotopverbundes stärker mit den Ländern zusammenzuarbeiten. Dafür ist auch eine Vernetzung der deutschen Naturschutzgebiete, auch im Küstenbereich, notwendig. Wir werden uns aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See und gegen die drohende Überfischung außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete eintreten.

Wie wichtig der umsichtige Umgang mit der Natur für unsere Zukunft ist, muss für alle verständlich vermittelt werden. Das dafür notwendige Wissen muss in Bildung und Ausbildung fest verankert werden. **Umweltbildung** kann in allen Bereichen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit schaffen: Energieeffizienz, Lebensmittelverbrauch, ökologische Landwirtschaft.

VII.2 VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER SCHÜTZEN UND STÄRKEN

Abzocke bei Banken, explodierende Energiekosten, Internethandel und seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht: Der Alltag ist für Verbraucherinnen und Verbraucher in den letzten Jahren komplexer und für viele zur unüberwindbaren Herausforderung geworden. Für den Einzelnen steht heute mehr als früher auf dem Spiel. Wer beispielsweise die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard.

Für uns ist **Verbraucherpolitik** ein wesentlicher Baustein einer gerechten und solidarischen Gesellschaftspolitik. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen in existenziellen Fragen – wie der Vorsorge fürs Alter, für Gesundheit und Pflege – zunehmend auf Leistungen angewiesen sind, die nicht mehr vom Staat bereitgestellt, sondern auf dem freien Markt angeboten werden. Einfache, merkbare und nachvollziehbare Regelungen sollen dafür sorgen, dass nicht nur Expertinnen und Experten zu ihrem Recht kommen, sondern dass der „gesunde Menschenverstand“ ausreicht.

Deshalb stellt unsere Verbraucherpolitik den Menschen in den Mittelpunkt. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Märkte aktiv mitgestalten und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verantwortlich handeln können. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten eingesetzt werden, sondern müssen ernst genommen werden. Wir setzen uns für eine Erweiterung und Präzisierung der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.

Die **digitale Welt** verändert rasant Techniken und Märkte. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sicher nutzen können. Sie müssen sicher sein vor unlauteren Geschäftspraktiken, vor dem Missbrauch ihrer Daten. Ebenso müssen sie geschützt werden vor gefährlichen Produkten und vor existenzbedrohenden Fehlentscheidungen, zum Beispiel bei der Altersvorsorge, aber auch beim Immobilienkauf. Abmahnmissbrauch muss wirksam eingedämmt werden, indem der Streitwert für Urheberrechtsverletzungen im Internet im privaten Bereich begrenzt wird. Sie müssen mit ihren Bedürfnissen und Interessen ernst genommen werden. Hierzu gilt es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken. Diesem Ziel wollen wir auch durch die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen Rechnung tragen. Um bestehende Interessenskonflikte aufzuheben, werden wir die Zuständigkeit für den Bereich Verbraucherpolitik in den Bundesministerien ändern.

Wir wollen mehr **Markttransparenz**: Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter müssen zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und

ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. **Verbraucherinformationen** können aber keine wirksame Marktkontrolle, die u.a. unsichere Produkte von vornherein vom Markt fernhält, und keine Rechtsdurchsetzung ersetzen. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und Versicherungsprodukten. Wir wollen die unabhängige Honorarberatung als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von Nettotarifen verpflichtet.

Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.

Beratung, Forschung und starke „Marktwächter“.

Wir wollen die **Beratung und Information** in Bund und Ländern weiter ausbauen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Stiftung Warentest, dem Verbraucherrat des DIN und den Verbraucherzentralen zu. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr Rechte auf gute Information bekommen. Dazu werden wir das durch Schwarz-Gelb schwach ausgestaltete **Verbraucherinformationsgesetz verbessern**: Der Anwendungsbereich muss auf alle Produkte und Dienstleistungen erweitert, die Informationspflicht der Behörden klar geregelt und sogar ein begrenzter Informationsanspruch gegenüber den Unternehmen geschaffen werden.

Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen und ihre Ergebnisse nutzen, um Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln, die der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.

Wichtig ist auch die **Verbraucherbildung**. Wir setzen uns für entsprechende Angebote der Bildungseinrichtungen ein – vom Kindergarten über Schulen und außerschulische Einrichtungen bis in die Erwachsenenbildung. Schon Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien erlernen. Kinder stehen als Konsumenten von Morgen besonders im Fokus von Wirtschaft und Werbung. Sie brauchen besonderen Schutz: sicheres Spielzeug, eine unbelastete Umwelt, gesundes Essen und werbefreie Räume. Werbung und Sponsoring durch Lebensmittelkonzerne in Kindergärten und Schulen werden wir verbieten.

Wir werden die **Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln**, die Banken zu sicherem Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten, angemessene Dispozinsen in Höhe von maximal acht Prozent über Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen und den Zugang zu einem preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern. Und wir wollen, dass jede und jeder ein Recht **auf ein Girokonto** bei der von ihr/ihm gewählten Bank hat.

Nicht zuletzt aufgrund der regional angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt stellt der Verkauf minderwertiger und/oder auch mangelhafter Objekte eine Existenzbedro-

hung für eine zunehmende Zahl von Betroffenen dar. Hier müssen nicht zuletzt Vermittlern und Finanzinstituten deutliche Schranken gesetzt werden.

Wir wollen Strukturen schaffen, die das Verhältnis von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Anbietern neu austarieren und ein hohes Schutzniveau für Bank- und Versicherungskunden garantieren – unabhängig davon, wo Produkte gekauft werden. Dazu braucht es ein einheitliches und zuverlässiges Aufsichtssystem für alle Teilbereiche des Versicherungs- und Finanzmarktes.

Dazu werden wir die staatlichen Institutionen stärken und zum Beispiel die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung mit neuen Aufgaben in der Verbraucherpolitik betrauen. Zudem prüfen wir die Einrichtung einer staatlichen „Verbraucher-Ombudsperson“ nach dem Vorbild Dänemarks, die die Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen beaufsichtigen soll. Wir wollen mit der **Etablierung von „Marktwächtern“** in allen wichtigen Feldern – Finanzen, Gesundheit, Lebensmittel, Energie und digitale Welt – den Verbraucherschutz stärken. „Marktwächter“ sind – staatlich beauftragte – zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Die Ergebnisse der amtlichen **Lebensmittelüberwachung** müssen grundsätzlich auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Mit einem **Hinweisgeberschutzgesetz** wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Hinweise über rechtswidrige Vorgänge in ihren Betrieben an die Behörden weitergeben können, ohne von Kündigung oder anderen Nachteilen bedroht zu sein. Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität in der Lebensmittel- und Nahrungsmittelbranche ist überfällig. Um Verbraucherrechte effektiv durchzusetzen, wollen wir Unrechtsgewinne einziehen.

Wir lehnen – wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung – den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die **Grüne Gentechnik** darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Damit sie wirklich die Wahl haben, fordern wir eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen: ohne Gentechnik.

VIII. DEMOKRATIE LEBEN

VIII.1 DEMOKRATIE ALS GESELLSCHAFTSPRINZIP

Für die Sozialdemokratie ist Demokratie mehr als Wahlen und Abstimmungen. Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation.

Dazu gehört auch der Zugang für alle zu qualitativ hochwertiger Information. Zugang zu allen Informationsmöglichkeiten ist ein demokratisches Bürgerrecht. In der Sicherung, Aktualisierung und Ausdehnung dieser Voraussetzungen, sehen wir die Sozialdemokratie als Treiber einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft.

Wir wollen unsere **Demokratie stärken**, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und staatlichen Institutionen wieder wächst, damit wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhalten. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Dazu setzen wir auf **mehr Offenheit und Transparenz** politischer Entscheidungen und der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger: Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen so reformieren, dass alle Bundestagsabgeordneten Einkünfte aus ihren **Nebentätigkeiten** vollständig auf Euro und Cent offen legen müssen. Für **Parteispenden** sollte es eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr. Zudem unterstützen wir die Forderung, Sponsoring in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufzuführen.

Damit Entscheidungsprozesse nachvollziehbar werden, wollen wir ein verpflichtendes **Lobbyregister** auf gesetzlicher Grundlage beim Deutschen Bundestag einrichten. Deutschland hat als einzige parlamentarische Demokratie die UN-Antikorruptionskonvention noch nicht ratifiziert, da CDU/CSU und FDP die Strafbarkeit der **Abgeordnetenbestechung** blockieren. Wir werden unmittelbar nach der Wahl erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Auch der Einsatz von externen Beratern in Bundesministerien muss nachvollziehbar sein. Wir wollen deshalb eine „**legislative Fußspur**“ einführen, aus der hervorgeht, welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Über Umfang und Art der Tätigkeit von externen Beschäftigten in der Bundesverwaltung soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen.

Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausscheidender Mitglieder der Bundesregierung aufkommen zu lassen, die innerhalb einer Karenzzeit wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen wollen, brauchen wir einen **Verhaltenskodex**, der die Genehmigung der Tätigkeit durch eine Ethikkommission bzw. den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin vorsieht. Der Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist hier als Vorbild bestens geeignet.

Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der politischen Willensbildung.

Dazu werden wir auf auch Bundesebene **Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide** einführen. Für die notwendige Mehrheit einer Grundgesetzänderung werden wir bei den anderen Fraktionen werben. Wir wollen mehr Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.

Die **digitale und technische Innovation** eröffnet zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten (z.B. durch Internetplattformen, liquid democracy und soziale Medien). Diese Möglichkeiten wollen wir aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen. Die Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen. Gleichzeitig ermöglicht mehr Transparenz auch Kontrolle.

Manche sehen im gesteigerten Bedürfnis von Menschen, an politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen aktiv mitwirken zu wollen, eine Bedrohung für staatliche Handlungsfähigkeit. Als Sozialdemokratie begrüßen wir dieses Bedürfnis und die mit ihm verbundene **Bereitschaft an aktiver Beteiligung**. Woran es jedoch in vielen Fällen fehlt, sind geeignete Partizipationsinstrumente, um auch sozial Schwächeren oder Minderheiten eine faire Chance zur Mitwirkung zu geben.

Wir wollen darum unsere klassisch-repräsentative Demokratie um **neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen** ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerben („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen. Selbstverständlich ist für uns als SPD aber auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.

Damit mehr Partizipation in politischen Prozessen erreicht werden kann, müssen Politik und Verwaltung transparenter werden. Transparenz bedeutet dabei nicht gläserne Politiker, sondern konsequente Offenheit bei all jenen Daten, Verträgen und Verfahren, an denen ein öffentliches Interesse besteht.

Wir setzen uns deshalb auch auf Bundesebene dafür ein, **nach Hamburger Vorbild das Informationsfreiheits- um ein Transparenzgesetz zu erweitern**. Ziel soll es sein, möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich zu machen. Daneben wollen wir die Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung an Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Vorhaben öffnen.

VIII.2 BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND EHRENAMT STÄRKEN

Die Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten. Es muss gelebt werden, deshalb erfordert das Ehrenamt unsere uneingeschränkte Anerkennung und Förderung.

Eine Gesellschaft des längeren Lebens eröffnet neue Chancen – auch für mehr Solidarität zwischen den Generationen. Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen auch „Generationenbündnisse“ zwischen Jung und Alt ermutigen. Hilfe von Mensch zu Mensch, die einfach mehr ist als nur eine erkaufte Dienstleistung. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.

In den **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften** arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind wichtige Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethischer Fragen.

Wir würdigen das Engagement von **Wohlfahrtsverbänden**. In ihnen engagieren sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in der direkten Hilfe und im sozialen Miteinander. Wir wollen vor Ort **Freiwilligenagenturen, Engagementzentren** oder -börsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen initiieren und unterstützen. Wir wollen, dass der Bund die **Kommunen** bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzen wir uns für die Streichung des entsprechenden Kooperationsverbots im Grundgesetz ein. Die für das Miteinander der Generationen so wichtigen **Mehrgenerationenhäuser** werden wir durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter fördern. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken wollen wir genossenschaftlich organisierte Betriebsformen ermöglichen. Hierzu sollen die Gesetze angepasst werden.

Sport ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Sport bringt Menschen zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Wir fördern den Breiten- und den Leistungssport und betrachten beides als geeignetes Instrument, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung für alle transparent und nachvollziehbar zu gestalten und schaffen dafür mit der Verankerung des Sports im Grundgesetz eine klare Grundlage.

Ehrenamt braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Säule unserer Initiative für mehr Zeitsouveränität. In diesem Zusammenhang gibt es besondere Faktoren für bürgerschaftliches Engagement wie Unkostenerstattung, Versicherungsschutz, Freiwilligenmanagement, Fortbildungsangebote. Das Engagement muss Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung bieten und Engagierten Handlungs- und Kreativitätsspielräume einräumen. Wir wollen darum **gute Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen** schaffen für Hospiz- und Besuchsdienste, für Engagierte in Alzheimergesellschaften, für Pflegebegleiter, für Seniorenorganisa-

tionen und für Seniorengenossenschaften. Auch für erfolgreiche Integration ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in den Migrantenorganisationen.

VIII.3 FÜR FREIHEIT IN SICHERHEIT

Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben.

Sicherheit und Bürgerrechte dürfen keine Gegensätze sein. Wir wollen eine **Sicherheitspolitik mit Augenmaß**. Die Polizei leistet unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwohl. Ein friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte **Polizistinnen und Polizisten**, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind. Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.

Kriminalpolitik mit Augenmaß heißt auch: Die **Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen**. Mit gezielter Bildungs- und Jugendarbeit, mit Ausbildungs- und Jobperspektiven wollen wir insbesondere verhindern, dass Jugendliche zu Tätern werden. Werden sie dennoch straffällig, so müssen Jugendliche unmittelbar den **Zusammenhang zwischen ihrer Tat und der verhängten Strafe** erfahren: Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass Ermittlungsverfahren effektiv und effizient, d.h. in engerer Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Behörden, geführt und zum Abschluss gebracht werden, Hauptverfahren zeitnah nach Anklageerhebung eröffnet und abgeschlossen werden. Erziehungsmaßnahmen und Strafen sollen zeitnah nach Rechtskraft des Urteils vollstreckt werden.

Wir wollen eine **Offensive gegen Wirtschafts- und Steuerkriminalität**: Wir lassen nicht zu, dass man die Großen laufen lässt. Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und an manchen Stellen neue Sanktionsmöglichkeiten. Wir wollen bessere Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung, wie auch die Einführung eines Unternehmensstrafrechts. Darüber hinaus werden wir ein bundesweites Korruptionsregister und den gesetzlich verankerten Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einführen. Korruption und Bestechlichkeit müssen scharf geahndet werden.

Die so genannte **Cyberkriminalität**, also die Kriminalität im und aus dem Internet, steigt besorgniserregend. Die IT-Abhängigkeit von Unternehmen, Staat und Bürgerinnen und Bürgern nimmt zu – und damit auch das Schadenspotenzial.

Wir wollen, dass unsere **Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen** bleiben. Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst

werden. Auch die Unternehmen müssen ihren Beitrag gegen Cyberangriffe leisten. Wir wollen, dass sie Attacken melden, damit Polizei und Staatsanwaltschaft rasch Ermittlungen führen können und so Schäden für die Unternehmen, die Kunden und letztlich die Volkswirtschaft minimiert werden. Aber auch jeder und jede Einzelne kann einen Beitrag zur eigenen Sicherheit im Netz leisten. Hierfür wollen wir die Aufklärung und Schulung von Nutzerinnen und Nutzern zur wirksamen Eigenverantwortung in den neuen Netzen vorrangig effektiv fördern. Dazu muss die Vermittlung von Medienkompetenz frühzeitig und lebenslang gefördert werden.

Bei alledem stehen wir dazu: Vertrauliche Kommunikation muss vertraulich bleiben. Ausnahmen kann es nur geben, um schwerste Straftaten zu verfolgen, und auch dann nur unter engsten Voraussetzungen und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Den Umgang mit Verbindungsdaten werden wir auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken, die Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren und Regelungen klar, einfach und zukunftsfähig fassen. Die Speicherung von Bewegungsprofilen wird es mit uns nicht geben.

Wir treten auch in der EU für einen effektiven **Datenschutz** ein. Ziele sind ein hohes Schutzniveau und ein wirksamer Rechtsschutz sowie starke und unabhängige Datenschutzbeauftragte. Der Datenschutz muss auch den Bedingungen der digitalen Welt entsprechen. Die bewährte Zusammenarbeit mit Experten der Netz-Community und Bürgerrechtsorganisationen wollen wir fortsetzen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen.

Wir kämpfen entschlossen gegen **Gewalt gegen Frauen** und werden dazu einen Aktionsplan III zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entwickeln. Gemeinsam mit den Ländern werden wir ein Konzept entwickeln, mit dem durch institutionelle Förderung die Frauenhausfinanzierung auf neue, sichere Füße gestellt und eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungseinrichtungen sichergestellt wird. Wir werden Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder rechtlich gewährleisten. Wir werden das Ineinandergreifen von Gewaltschutzgesetz und Umgangsrecht verbessern. Die Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in deutsches Recht umgesetzt werden.

Frauenhandel, „Ehrenmorde“ und Zwangsheirat werden wir scharf bekämpfen und die rechtliche Regelung zum Aufenthaltsrecht sowie zum Zeuginnen- und Zeugenschutz und Opferschutz verbessern. Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen. Als solches wollen wir sie künftig im Strafgesetzbuch ausdrücklich unter Strafe stellen und hierfür auch die Möglichkeit eines eigenen Straftatbestandes prüfen. Zudem werden wir Genitalverstümmelung in den Katalog der Auslandstaten im Strafgesetzbuch aufnehmen.

Rechtsextremismus bekämpfen.

Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe „NSU“ begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechisch-stämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffende Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie.

Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.

Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wiederherstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose **Aufklärung** der Vorgänge, durch **institutionelle Reformen** und dadurch, dass wir jede Form von **Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen**. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Forderungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.

Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen, ohne in bestehende Länderkompetenzen einzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von Rechts drohen.

Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanziert wird.

Klar ist aber auch: Kein NPD-Verbot, keine Sicherheitsbehörde ist so wirkungsvoll im Kampf gegen Rechtsextremismus wie eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir vor allem die **Zivilgesellschaft stärken**. Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken.

Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern. Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanze der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismusklausel“ wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine **unabhängige Monitoringstelle** einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stärken.

Klimawandel und die wachsende Abhängigkeit unserer modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft von kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Internet stellen auch den **Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe** vor neue Herausforderungen. Wir haben in Deutschland ein weltweit anerkanntes Hilfeleistungssystem, das von dem großen Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen getragen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Hilfeleistungssystem für die Zukunftsherausforderungen gut gerüstet ist und das breite ehrenamtliche Engagement als Basis erhalten bleibt und unterstützt wird.

IX. FÜR EIN BESSERES EUROPA

Die europäische Idee fasziniert die Menschen weltweit – aber die Form und der Zustand, in dem sich die EU derzeit befindet, schreckt viele ab. Das ist kein Widerspruch. Denn im Zuge von immer neuen Reformen in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen an immer neuen Stellen repariert und justiert wurde, sind die Institutionen der EU so unübersichtlich geworden, dass sie keiner mehr versteht. Es liegt an uns, der EU die Form zu geben, damit die Faszination der europäischen Idee wieder sichtbar wird: die Idee nämlich, nach kriegerischen Jahrhunderten mit Europa einen Ort zu schaffen, an dem Frieden und soziale Gerechtigkeit herrschen, der Stabilität in die Welt exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei der die regionale, nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie am besten kann. Ein solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die SPD als die Europapartei in Deutschland ist stolz auf diesen Preis, der den europäischen Völkern und Menschen gehört.

Gerade in Zeiten, in denen offensichtlich ist, wie notwendig der europäische Zusammenschluss ist, damit Europa seinen Wohlstand und seine Stabilität im Wettstreit mit den aufstrebenden Weltregionen bewahren kann, scheint die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP keinerlei Begeisterung oder Inspiration für unser Europa zu haben. Sie hat in den vergangenen Jahren versagt, in denen Europa mit unterschiedlichen Krisen zu kämpfen hatte: Sie hat alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zu spät und nur halbherzig vollzogen und dadurch die Kosten für die Krisenbekämpfung unnötig erhöht. Trotz der großen Solidarität, zu der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren bereit waren, hat die Bundesregierung zunächst kaltherzig auf die Krise reagiert und so getan, als gingen die Probleme unserer Nachbarn und Freunde uns nichts an. Eine Krise, die in manchen EU-Mitgliedsländern verheerende soziale Verwerfungen ausgelöst hat und die in Südeuropa unter den jungen Leuten eine „verlorene Generation“ heranwachsen lässt. Verschiedentlich haben Mitglieder der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sogar öffentlich über das Ende unserer gemeinsamen Währung nachgedacht und so in unverantwortlicher Weise die Spekulation gegen den Euro befeuert und die Sparbemühungen einiger Krisenstaaten konterkariert. Damit hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, dass Europa zeitweise am Abgrund stand, und sie hat somit den Interessen unseres Landes geschadet.

Wir wissen: Scheitert Europa, dann scheitert auch das europäische Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und einen fairen Ausgleich der Interessen angelegt ist. Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und Markttradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden. Nur im gemeinsamen europäischen Staatenverbund wird es uns gelingen, unsere Interessen im 21. Jahrhundert global durchzusetzen und dadurch unseren Wohlstand zu erhalten. Das gilt bei Wirtschafts-, Währungs- und Handelsfragen genauso wie im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes, der Konfliktprävention und Abrüstung und bei der Migrationspolitik.

Die transnationale Demokratie wird aber nur funktionieren, wenn wir das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen:

Deshalb muss die Europäische Kommission zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und ggf. abgesetzt werden kann. In einer zweiten Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedsstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben jeweils das Recht, eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist weiterhin die oberste europäische Judikative, und dabei wacht sie auch darüber, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch die EU nicht verletzt werden. Damit werden zukünftig die Institutionen klarer als bisher für ihre Entscheidungen sichtbar verantwortlich sein. Eine solche Reform hilft, Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer zu machen, und sie ist damit ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Demokratie.

Die SPD findet sich nicht damit ab, dass seit den ersten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 die Wahlbeteiligung immer weiter gesunken ist. Appelle helfen hier nicht, diesen Trend aufzuhalten, sondern es muss zukünftig klarer sein, welche politischen Inhalte und welche Personen zur Wahl stehen. Deshalb begrüßen wir es, dass die europäischen Parteien für die Europawahl 2014 jeweils einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufstellen, die oder der in allen EU-Ländern als Kandidat für die jeweilige Parteienfamilie antritt. Diese Spitzenkandidaten bewerben sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Die SPD bekennt sich dazu, dass sie zukünftig nur einen Kommissionspräsidenten mittragen wird, der zuvor als Spitzenkandidat bei der Europawahl sein politisches Programm zur Wahl gestellt hat und der eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. Ein so gewählter Kommissionspräsident, mit einer hohen parlamentarischen Legitimation als Resultat eines vorausgegangenen Wahlkampfes, macht die EU insgesamt demokratischer. Gleichzeitig werden sich dann im Europaparlament Fraktionen gegenüberstehen, die für bzw. gegen diesen Präsidenten gestimmt haben. Auch so wird ein Stück Parlamentstradition, die in den Mitgliedsstaaten selbstverständlich ist, auch auf die EU-Ebene gebracht. Wir wollen außerdem die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments dadurch stärken, dass wir uns in Deutschland sowie in der EU für Sperrklauseln bei der Europawahl einsetzen.

Das Prinzip der Gewaltenteilung und der vollen Parlamentarisierung der EU muss in allen Bereichen gelten, in denen die EU zuständig ist. Im Zuge einer solchen Reform muss dabei geprüft werden, ob sich die Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene bewährt hat oder ob es hierbei Korrekturen bedarf. Bei diesem Prozess kann es auch zu Rückübertragungen in die Mitgliedsstaaten kommen, wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll erwiesen hat. Die SPD steht hinter dem Subsidiaritätsprinzip.

Eine sich vertiefende EU, die nach der Währungsunion auch endlich die Wirtschaftsunion nachvollziehen muss, braucht nach Euro, Binnenmarkt und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB) auch eine **gemeinsame Wirtschaftsregierung**. Denn es hat sich nicht bewährt, dass siebzehn und mehr Regierungen in einem gemeinsamen Währungsraum ihre unterschiedlichen ökonomischen Vorstellungen gegeneinander durchzusetzen ver-

suchen, sondern dieser gemeinsame Währungsraum muss mit einer Stimme sprechen. Nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinander bricht. Ein Instrument zur Abwehr von Spekulationen gegen Staaten der Währungsunion kann dabei ein europäischer Schuldentilgungsfonds aller Mitglieder in der Währungsunion sein.

Die SPD begrüßt es, dass es durch sozialdemokratischen Druck in Europa gelungen ist, die Finanztransaktionssteuer in elf EU-Mitgliedsstaaten vorzubereiten. In der Regierung werden wir die anderen Euro- und EU-Staaten ermutigen, auch diese Steuer einzuführen, durch die Spekulanten einen gerechten Anteil an der öffentlichen Finanzierung leisten.

Mehr Koordination in Europa braucht auch mehr demokratische Kontrolle und Mitsprache. Wir wollen eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung einrichten. Die im Rahmen dieses integrierten wirtschaftspolitischen Rahmens getroffenen Maßnahmen müssen durch eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung getroffen werden. Im Rahmen der Eurozone werden wir dabei sicherstellen, dass die Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Wirtschafts- und Haushaltspolitik demokratisch legitimiert werden. Wir wollen kein „Weiter-so“ – Europa darf nicht noch weiter ein Europa der Regierungen werden. Es muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger werden. Hierzu müssen Europäisches Parlament und nationale Parlamente weiter gestärkt werden. **Die europäische Soziale Marktwirtschaft braucht eine starke europäische Sozialunion.** Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Wir wollen den **Sozialen Stabilitäts-pakt einrichten.** Um Sozialdumping zu verhindern, müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden – gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen. Wir wollen aber nicht, dass europäische Standards nationale Standards ersetzen. Wir wollen, dass nationale Standards geschützt werden. Wir brauchen soziale Mindeststandards gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.

Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. Dabei geht es uns nicht um die Vereinheitlichung der bewährten nationalen Sozialsysteme in Europa. Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen und so zu entwickeln, dass sie den Menschen zugute kommen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf durch die EU nicht in Frage gestellt werden. Es kann nicht sein, dass die Interpretation der Marktfreiheiten die nationalen Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge bedrohen. Hier müssen klare Stoppschilder für die EU gelten, die im Primärrecht der Union festgeschrieben werden müssen. **Unser Ziel ist die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Wir stellen den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu deren Leistungen sicher. Diese wird oftmals von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in sehr guter Qualität bereitgestellt. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. Wir wollen – auch auf europäischer Ebene – sicherstellen, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Wir werden uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegenstellen. Wir wollen die Stellung der zahlreichen Dienstleistenden durch gute Arbeitsbedingungen und Wahrung ihrer Rechte unabhängig von Rechts- und Organisationsform verbessern.

Wir wollen Europa verändern, um es zu verbessern. Ein starkes und gerechtes Europa im Sinne der Menschen muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren: die Bändigung der Finanzmärkte, nachhaltiges Wachstum durch eine moderne, innovative Industrie und Investitionen in die Zukunft, eine friedensstiftende Politik gegenüber den Nachbarn und in der Welt.

In diesen Bereichen muss Europa durch handlungsfähige gemeinschaftliche Institutionen und vor allem ein starkes Europäisches Parlament noch enger zusammenarbeiten. Doch wir nehmen auch die Sorgen vieler Menschen bezüglich einer Europäischen Union ernst, die sich in zu vielen Bereichen einmischt. Dort wo Aufgaben besser national, regional oder lokal gelöst werden können, muss das Prinzip der **Subsidiarität** gelten. Subsidiarität heißt, dass Politik da gemacht wird, wo sie am besten aufgehoben ist.

Um die Reformmaßnahmen, die für dieses neue Europa notwendig sind, auf den Weg zu bringen, müssen zunächst alle Spielräume der bestehenden Verträge ausgeschöpft werden. Darüber hinausgehende vertragliche Reformschritte müssen durch einen Konvent erarbeitet werden, in dem Parlamente und Regierungen gleichberechtigt arbeiten und die Zivilgesellschaft effektive Mitwirkungsmöglichkeiten hat. Der nächste Europawahlkampf kann in seiner neuen Form bereits der Anfang einer umfassenden Debatte über die Richtung der EU sein. Ein neu gewähltes Europäisches Parlament und eine neue Kommission können dann die Weichen für die konkreten Reformen stellen.

Die Europäische Union droht weiter an Vertrauen zu verlieren, wenn es nicht gelingt, ihre Politik demokratischer und sozial gerechter auszugestalten. Um die Tür für eine solche politische Veränderung zu öffnen, kommt es darauf an, die Mehrheit der

Konservativen und Liberalen in den EU-Institutionen zu brechen und ihre einseitige Politik des Sparens und der Liberalisierung zu korrigieren. Sowohl die Bundestagswahl in diesem Jahr als auch die Europawahl 2014 sind deshalb wichtige Wegmarken, um Europa auf einen anderen, besseren politischen Kurs zu bringen. Die EU muss wieder Vertrauen zurückgewinnen und sie ist dabei darauf angewiesen, dass die Regierungen der Mitgliedsländer dabei mithelfen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird dies tun, indem sie einen Reformprozess initiiert, der die EU demokratischer, transparenter, gerechter und effizienter macht.

X. UNSERE IDEE DER GLOBALISIERUNG: GERECHTIGKEIT FÜR ALLE STATT REICHTUM FÜR WENIGE

Unsere Welt ist im Umbruch. Es ist ein Umbruch, dessen Ausgang offen ist. Noch erscheint vieles widersprüchlich. Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Wir wollen die Chancen dieses Wandels nutzen und alles dafür tun, dass dieser Umbruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wird.

Wir erleben, wie sich in vielen Staaten die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung auflehnen, für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, ihr Leben einsetzen. Doch es bleibt ungewiss, ob in diesen Staaten tragfähige demokratische Strukturen entstehen werden. Wir erleben, wie sich immer mehr Menschen global vernetzen, sich für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung engagieren und so eine kritische Weltöffentlichkeit entsteht. Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nicht ausreichend gehört. Wir erleben, wie Verständigung und Zusammenarbeit über alte staatliche Grenzen hinweg vielerorts besser gelingen. Doch wir sehen auch die Gefahren neuer Konflikte entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien, durch Ressourcenmangel, versagende Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Wir sehen, dass Ungleichheit in allen Gesellschaften zunimmt. Mit China, Indien oder Brasilien streben neue Mächte auf, deren ökonomischer Aufstieg die Weltwirtschaft antreibt. Doch es bleibt offen, ob und in welchen Strukturen mit diesen Staaten zusammen eine sozial und ökologisch verantwortliche Globalisierung gelingen wird.

Die Menschheit wird im globalen 21. Jahrhundert die existenziellen Herausforderungen der Zeit nur noch gemeinsam lösen können: den Klimawandel begrenzen, die entfesselten Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in den Gesellschaften entgegenwirken. Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und Armut endlich überwinden. Das alles sind Herausforderungen, die nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu bewältigen sind. Zugleich sind es Herausforderungen an eine neue Ordnung der Welt, die erst noch entstehen muss.

Wir wollen eine kooperative Weltordnung mit aufbauen, die gemeinsame Problemlösung und Zukunftsgestaltung im Rahmen einer Weltinnenpolitik möglich macht. Gemeinsam mit den Gruppen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen wollen wir diese Zukunft gestalten, um europäisch und global Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit voranzubringen. Die demokratischen Grundlagen einer neuen Weltinnenpolitik dürfen sich nicht in staatlicher Zusammenarbeit erschöpfen. Sie müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung einschließen.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik – dem Frieden verpflichtet, auf Kooperation gerichtet.

Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts hat sie eine lange Tradition für vertrauensbildende Politik, Interessenausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln. In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Dringend erforderlich sind wieder eine klare Orientierung und die Festlegung von Prioritäten im Bereich der Friedensförderung und Konflikttransformation. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ weiterentwickeln. Der Zivile Friedensdienst hat sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden.

Wir wollen, dass Deutschland wieder ein verlässlicher Partner in der internationalen Politik ist. Wir wollen eine kluge, mit den Partnern abgestimmte Außenpolitik mit Augenmaß zum Wohle Deutschlands und Europas. Deutschlands Verantwortung innerhalb der EU ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone gewachsen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP jedoch hat das internationale Vertrauen in Deutschlands Europapolitik geschwächt. Auch aus vielen internationalen Krisen und Konflikten vom Nahen Osten über Iran bis Afghanistan hat Deutschland sich in den letzten vier Jahren als gestaltende Kraft verabschiedet. Wir wollen Vertrauen wiederherstellen und unserer Verantwortung auf internationaler Ebene gerecht werden.

Die **Außen- und Sicherheitspolitik der EU** muss dringend an Substanz und Kontur gewinnen. Europa hat gemeinsame Interessen und wir werden diese nur vertreten können, wenn wir als EU gemeinschaftlich auftreten. Wir brauchen deshalb neue politische Impulse für eine zukunftsfähige, noch stärker vergemeinschaftete, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Unser Ziel ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik setzt vor allem auf politische Mittel und Diplomatie, auf Handel, gerechte Entwicklung und zivile Krisenprävention. Besonders in der Entwicklungspolitik muss Europa noch deutlicher als bisher einen integrierten gemeinsamen Ansatz verfolgen. Eine zentrale Herausforderung für die gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Zukunft liegt zudem darin, die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen, Kompetenzen und Partnerschaften der einzelnen EU-Staaten so zu vernetzen und in die gemeinsame Außenpolitik der EU einzubringen, dass hieraus ein konkreter Mehrwert entsteht. Nur gemeinsam kann Europa seine Werte und Interessen in einer Welt im Wandel wirksam behaupten. Die deutsche Außenpolitik

muss deshalb viel stärker noch als bisher in eine gemeinsame europäische Außenpolitik einfließen.

Europa muss zudem weiterhin seine Türen für neue Mitglieder offen halten. Die **Erweiterungspolitik der EU** hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Gegenüber den Ländern, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen, sowie den Ländern, die eine Beitrittsperspektive erhalten haben, muss Europa zu seinem Wort stehen. Wir treten dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt und ihnen neue Dynamik verleiht. Ein EU-Beitritt der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. Auch an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest. So wichtig eine auf Frieden und Wohlstand gerichtete Erweiterungspolitik der EU weiterhin ist, klar ist dabei aber auch, dass ein Beitritt zur EU nur dann möglich ist, wenn die beitrittswilligen Länder die erforderlichen Kriterien voll erfüllen. Zugleich muss durch weitere Reformschritte der EU die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet werden.

Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.

Wir vertrauen bei unserer vorausschauenden Friedenspolitik auf eine enge Integration politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und humanitärer Mittel. Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang. Militärische Mittel kommen überhaupt nur als letzte Möglichkeit in Betracht: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept. Den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste wollen wir zurückdrängen und strengen nationalen und internationalen Regeln unterwerfen.

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben.

Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann. Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.

Wir haben frühzeitig eine Exit-Strategie für Afghanistan eingefordert. Inzwischen steht fest, dass der Kampfeinsatz 2014 beendet werden soll. Wir wollen den Prozess des **Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung** aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade auch mit Blick auf die **zivile Hilfe**.

Wir werden gegenüber den Vereinigten Staaten auf einen neuen Anlauf im Nahost-Friedensprozess drängen. Zentrales Ziel unser Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Deutschland hat einmal hohes Ansehen bei allen Konfliktparteien genossen. Dahin wollen wir zurück und unseren Beitrag zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung leisten.

Der Konflikt in **Syrien** birgt die ernste Gefahr, die gesamte Region in eine Spirale politisch und religiös motivierter Gewalt hineinzuziehen. Wir wollen, dass Deutschland bei der Lösung dieses Konflikts nicht länger abseits steht, sondern seine diplomatischen Möglichkeiten stärker als bislang nutzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge verstärkt werden.

Die **arabischen Staaten im Umbruch** wollen wir bei ihren Bemühungen unterstützen, die gewonnene Freiheit zu nutzen, um neue wirtschaftliche Perspektiven und rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu entwickeln. Der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone ist eine ernst zu nehmende Bedrohung für Deutschland und Europa. Dieser Bedrohung wird man mit militärischen Mitteln allein auf Dauer nicht begegnen können. Wir brauchen eine Strategie zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region, um das Problem an der Wurzel zu packen.

Um die Identität Deutschlands und Europas als Friedensmacht für Menschenrechte und das Völkerrecht zu fördern, wollen wir den Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates stärken. Menschenrechte sollen unser Handeln in allen Politikfeldern bestimmen. Die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Menschenrechtsverteidigern sind uns besonders wichtig.

Die **Bundeswehr** ist eine Parlamentsarmee, die in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen integriert ist. Das Parlament hat bewiesen, dass es mit seinem konstitutiven Entscheidungsrecht verantwortungsvoll umgeht. Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts lehnen wir ab. Wir wollen, dass die begonnene Reform der Bundeswehr zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führt. Dazu gehört auch, dass die europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederbelebt wird.

Hier wollen wir neue Impulse setzen. Wenn wir unsere Streitkräfte besser europäisch zusammenführen, entstehen hierdurch auch Spielräume für weitere Abrüstungsschritte. Langfristig wollen wir den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss. Die Verankerung der Bundeswehr in unserer demokratischen und pluralen Gesellschaft muss erhalten und gestärkt werden. Wir treten dafür ein, dass die Fragen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, die der Umbau zu einer Freiwilligenarmee aufwirft, in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs beantwortet werden. Gelingen kann dieser Umbau nur, wenn alle Beschäftigten der Bundeswehr auf diesem schwierigen Weg mitgenommen werden. Daher setzen wir uns ein für ein umfassendes Konzept zur Nachwuchsgewinnung und ein Attraktivitätsprogramm, das eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt. Eine überstürzte Entscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen lehnen wir ab. Wir fordern, dass vorher alle sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragen umfassend beantwortet werden.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP gelitten. Wir wollen dieses Ansehen wieder stärken und so auch die Spielräume der deutschen Außenpolitik erweitern. Wir wollen daher an der erfolgreichen Förderung der auswärtigen Kulturpolitik aus unserer Regierungszeit ansetzen und die Auslandsarbeit der Goethe Institute, der deutschen Auslandsschulen und der politischen Stiftungen weiter fördern.

Der deutsche UN-Standort Bonn wird als Ort der Internationalen Zusammenarbeit ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Bundesstadt Bonn als zweitem bundespolitischem Zentrum Deutschlands auf Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes gestärkt und im Dialog mit der Region sowie den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine dauerhafte vertragliche Regelung vorbereitet.

Wir wollen eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Die USA sind Deutschlands und Europas wichtigster strategischer Partner. Die stärkere Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik auf den Pazifik bedeutet keine Abwertung des transatlantischen Verhältnisses. Sie stellt Europa vor neue Herausforderungen, eröffnet aber auch neue Chancen der Kooperation. Diese müssen genutzt werden.

Wir wollen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit neuem Leben füllen, weiterentwickeln und vertiefen. Wir streben eine enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen im Nahen Osten und der arabischen Welt an. Unsere Beziehungen in den asiatischen Raum wollen wir nutzen, um gemeinsame transatlantische Strategien für den asiatischen Kontinent und den Pazifischen Raum zu entwickeln. Wir bieten an, als Mittler eines notwendigen fortgesetzten amerikanisch-russischen Dialogs zu wirken. Die Bemühungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Hierbei sollen die jeweils fortschrittlichsten Regeln hinsichtlich ökonomischer, sozialer und ökologischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und deren Transparenz zugrunde gelegt werden.

Darüber hinaus wollen wir strategische Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten wie zum Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China aufbauen bezie-

hungsweise weiterentwickeln. Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland müssen mit neuem Leben erfüllt werden. Neben Asien mit seiner politischen und wirtschaftlichen Dynamik wird der afrikanische Kontinent in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft an Bedeutung zunehmen. Das gilt auch für die aufstrebenden Mächte in Lateinamerika.

Wir setzen gegenüber **Russland** auf eine Politik, die wirtschaftliche Kooperation, politischen und gesellschaftlichen Dialog in einer umfassenden **Modernisierungspartnerschaft** verbindet. Wir streben im wechselseitigen Interesse Fortschritte in Richtung Visaliberalisierung an.

Deutschland und Europa müssen ihren politischen Einfluss in **Asien** und der **pazifischen Region** als zentralen politischen und wirtschaftlichen Schauplatz der Zukunft entschlossen ausbauen. Wir wollen die Asienpolitik der Europäischen Union auf eine breitere Grundlage als bisher stellen und in den letzten Jahren vernachlässigte Ansätze wie die EU-Zentralasienstrategie revitalisieren.

Die Partnerschaft mit diesen aufstrebenden Ländern und Regionen darf sich jedoch nicht auf die ökonomische Zusammenarbeit beschränken. Wir wollen, dass Deutschland und Europa die eigenen Werte in diese Zusammenarbeit einbringen und demokratische, soziale und menschenrechtliche Fragen nicht aussparen.

Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung.

Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte die politische Globalisierung folgt. Multilaterale Organisationen betrachten wir als Brücke in eine gerechte globale Ordnung. Die Vereinten Nationen bleiben als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit. Wir treten daher für eine notwendige politische Reform und Stärkung der UNO ein, was eine Reform und Stärkung des Sicherheitsrates einschließt. Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in und für Europa. Wir wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen wieder eine aktive und konstruktive Rolle spielt. In der WTO und im Rahmen der G20 soll Deutschland sich stark machen für ein gerechtes und nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen gemeinsame Regeln.

Wir stehen für eine **Stärkung des Systems der Vereinten Nationen**. Wir möchten die Vereinten Nationen mit ihrer universellen Mitgliedschaft und Legitimität in den Mittelpunkt der politischen Globalisierung stellen. Wir unterstützen die Reform der Vereinten Nationen hin zu einer leistungsstarken und effizienten Organisation. Wir wollen uns im Sinne sozialdemokratischer Friedenspolitik für eine Stärkung der Krisen- und Konfliktprävention und des Schutzes der Menschenrechte einsetzen. Das Prinzip der Schutzverantwortung muss sich vor allem auf die zivilen Maßnahmen konzentrieren.

Eine Einbeziehung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich gerade auch in der aktuellen Wirtschaftskrise als wichtig erwiesen. Ihre Stimme muss bei der Gestaltung einer sozialen und nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftsordnung gehört werden.

Wir lehnen ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen ab, die klar gegen die elementaren **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**, wie das „Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierungsverbot und Vereinigungsfreiheit“, das Recht auf Tarifverhandlungen und freie Gewerkschaften sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Deshalb werden wir uns einsetzen für die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards weltweit, für die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen und die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern. Die EU-Handelsabkommen müssen an die Einhaltung und Überwachung der ILO-Kernarbeitsnormen gekoppelt werden. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.

Internationale Politik muss sich dringend mit den **Herausforderungen der Ressourcensicherheit** und des Klimaschutzes befassen. In diesem Sinne treten wir für eine ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik ein. Statt immer auf „das langsamste Schiff im Geleitzug“ zu warten wie in der bisherigen Klimapolitik, wollen wir Allianzen derer schaffen, die vorangehen – und sich dabei die Vorteile der Pioniere erarbeiten.

Menschenrechte umfassend schützen und international durchsetzen.

Die Menschenrechte bilden die verpflichtende Grundlage unserer Gesellschaft – sowohl in Deutschland wie auch in Europa. Sie sind unteilbar und gelten universell – deshalb setzen wir uns innerstaatlich und im Bereich der Europäischen Union, aber auch global für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein. Nur das macht unsere Politik im Inneren und nach Außen friedensfähig, sozial gerecht und damit nachhaltig.

Dabei tritt unsere Politik für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Menschenrechtstandards ebenso ein wie für wirksame Instrumente des Menschenrechtsschutzes. Besonders wichtig sind insbesondere der bessere Schutz der Menschenrechtsverteidiger, aber auch die weltweite Ächtung der Todesstrafe und Folter sowie eine wirksamere Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen auch im internationalen Rahmen.

Überall auf der Welt werden, wenn auch unterschiedlich, Menschenrechte von Frauen immer noch vielfältig verletzt: Systematische Diskriminierung, häusliche Gewalt, die schrecklichen Verletzungen von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Menschenhandel oder fälschlich so genannte „Verbrechen im Namen der Ehre“ werden wir deshalb mit besonderem Nachdruck bekämpfen.

Auch Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch kranke und alte Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, das häufig genug nicht respektiert wird. Das erfordert unsere stärkere Aufmerksamkeit und unser politisches Eingreifen. Auch der Schutz von Minderheiten gehört zu den wichtigen Bereichen der Menschenrechtsarbeit. Deshalb treten wir aktiv für die Menschenrechte von religiösen und ethnischen Minderheiten ein, die häufig genug zu Opfern politischer Konflikte und sozialer und wirtschaftlicher Spannungen in den Krisengebieten der Welt werden.

Auch in Europa müssen durch wirksames Eingreifen der Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene die diskriminierten Minderheiten zu ihrem Recht kommen.

Wir unterstützen aktiv die unverzichtbare Tätigkeit des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und setzen uns in der Europäischen Union für mehr Solidarität mit Flüchtlingen und für eine gerechtere Lastenverteilung bei ihrer Integration ein.

Entwicklungspolitik ist für uns globale Friedens- und Strukturpolitik.

Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.

Ziele unserer Entwicklungspolitik sind die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.

Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben. Nur ein solches Ministerium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforderungen begegnen.

Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen konzentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortgeschrittenen Ländern aufzugeben.

Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, der Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.

Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.

Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu

beitragen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.

Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns beteiligen an der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.

Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.

Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen. Wir unterstützen Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme, um für ihre Aufgaben verstärkt eigene Ressourcen zu mobilisieren.

Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen. Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.

Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor allem bei regionalen Konflikten übernehmen.

Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von technischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur in Deutschland besteht und zu Doppelstrukturen führt, ist zu überwinden.

In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.

Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umweltpolitik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken und um einen schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voranbringen. Die deutschen Finanzausgaben für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt werden wir umsetzen.

Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.

XI. DEUTSCHLAND BESSER REGIEREN!

Unser Wahlprogramm folgt einem einfachen Grundsatz: Wir wollen regieren zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Wir wollen etwas bewegen in unserem Land. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und gemeinsam ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. Wir wollen Schluss machen mit vier Jahren politischem Stillstand und Koalitionschaos. Wir wollen eine andere, eine bessere und gerechtere Politik für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands machen.

Die Regierung von Angela Merkel hat viel versprochen und genauso viele Versprechen gebrochen. Wir wissen sehr genau, was wir wollen. Wir drehen uns nicht wie Fähnchen im Wind. Wir halten Kurs. In stürmischen Zeiten muss Politik handlungsfähig sein. Politik muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie muss einen klaren Kompass haben. Unser Wahlprogramm ist dieser Kompass. Es steht auf festem Grund – unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unser Programm ist die Anleitung für unser Handeln. Unser Programm ist die Aufforderung zum Handeln. Unser Programm soll allen Bürgerinnen und Bürgern konkret in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen nutzen. Unser Programm ist der Auftrag, dass Politik endlich wieder konkrete Ergebnisse liefert.

Unser Wahlprogramm ist der Plan für eine bessere Politik in Deutschland und Europa. Eine Politik, die Soziales und Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, Bürger und Staat, Europa und Deutschland, Globalisierung und Gemeinden, Werte und Wirklichkeit wieder in Einklang bringt.

Unser Programm ist die Grundlage für eine Richtungsentscheidung über unsere Gesellschaft, ohne dabei Maß und Mitte aus dem Blick zu verlieren. Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu Angela Merkels „Alternativlosigkeit“.

Dafür braucht Deutschland klare Mehrheiten: Nur mit Rot-Grün schaffen wir die Erneuerung unseres Landes! Nur eine rot-grüne Regierung steht für den Richtungswechsel in Deutschland!

Die SPD ist die Partei in der Mitte der Gesellschaft und für das Miteinander in Deutschland. Seit 150 Jahren machen wir Politik für eine bessere Gesellschaft. Darauf bauen wir auf.

**DARUM SPD.
DARUM PEER STEINBRÜCK.**

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Fon: 030 25991-500
Fax: 030 25991-375
Mail: parteivorstand@spd.de

Druck:

Braunschweig Druck
Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

Artikelnummer: 3000525

www.spd.de